



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

**Die SPÖ und ihr Umgang mit den ehemaligen
Nationalsozialisten. Von den Anfängen der Zweiten
Republik bis zur Ära Kreisky**

Verfasser

Gernot Karl

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im August 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 190 313 406

Studienrichtung lt. Studienblatt: Lehramtsstudium UF Geschichte und UF Mathematik

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Bertrand Perz

Inhalt

1	Einleitung.....	3
2	Gesetzliche Grundlagen zur Entnazifizierung	9
2.1	Verbotsgesetz 1945	9
2.2	Nationalsozialistengesetz	15
2.3	Amnestiegesetzgebung.....	18
3	Die SPÖ und das Wählerpotential der ehemaligen Nationalsozialisten	24
3.1	Die Ausgangslage der SPÖ nach dem 2. Weltkrieg.....	24
3.1.1	Der Wechsel vom „roten“ ins „braune“ Lager	24
3.1.2	Die Situation der SPÖ nach Kriegsende	38
3.1.3	Die Frage der Remigration des linken Flügels und antisemitische Ressentiments	48
3.1.4	Der Anpassungskünstler Karl Renner.....	50
3.1.5	Schärf und Helmer – zwei Antisemiten an der Spitze der SPÖ?.....	54
3.1.6	Die Integration von ehemaligen Nationalsozialisten in die SPÖ.....	64
3.1.7	Der Fall Gross	72
3.2	Wahlgesetz und Nationalratswahlen 1945	77
3.3	Nationalratswahlen 1949.....	83
4	Der Fall „Boro“	89
5	Die Ära Kreisky	97
5.1	Kreisky und die FPÖ	97
5.2	Das Kabinett Kreisky und seine „Ehemaligen“	100
5.3	Christian Broda und seine „kalte Amnestie“	105
5.4	Die Affäre Peter	109
5.5	Kreiskys psychologisches Trauma?	112
6	Resümee	116
7	Bibliographie	120
7.1	Bundes- und Staatsgesetzblätter.....	120
7.2	Sitzungsprotokolle des österreichischen Nationalrats.....	120
7.3	Zeitungen und Zeitschriften	120
7.4	Monographien und Sammelbände.....	121
7.5	Bilder	124
	Abstract.....	125
	Curriculum Vitae	126

1 Einleitung

Die folgende Arbeit beschäftigt sich mit dem Umgang der SPÖ mit den ehemaligen Nationalsozialisten. Bei einer derartigen Problemstellung ist die Entdeckung großer Widersprüchlichkeiten zu erwarten. Der „Fall Gross“ ist ein Paradebeispiel dafür, dass die Geschichte der SPÖ mit dem einen oder anderen „braunen Fleck“ belegt ist, während die Partei auf der theoretischen Ebene große, scheinbar unüberwindbare Unterschiede zum Nationalsozialismus aufweist. Die Programme der Sozialdemokraten bedienten sich keinerlei antisemitischer Ressentiments und richteten sich auch gegen jede Form von Faschismus. Viele Funktionäre der Partei waren jüdischen Glaubens und mussten daher nicht nur aus politischen Gründen den Nationalsozialismus fürchten. Auch die großen Theoretiker des Austromarxismus, allen voran Otto Bauer, der selbst aus einer jüdischen Familie kam, konnten dem Nationalsozialismus wenige bis gar keine positiven Aspekte abgewinnen. Dass es überhaupt zu einem „Fall Gross“ kommen konnte zeigt jedoch, dass es spätestens in der Zweiten Republik gewisse Berührungspunkte mit den ehemaligen Nationalsozialisten geben muss. Für uns wird daher von Interesse sein, welche Wege die „Ehemaligen“ in die SPÖ führten, und aus welchen Überlegungen heraus die Partei überhaupt auf Personen mit derartigen Biographien zurückgriff. Eine These, die in diesem Zusammenhang verfolgt werden soll, ist, dass sich die Sozialdemokratie aufgrund der schweren Verluste durch Verfolgung und Krieg mehr oder weniger in einer Zwangslage befand, in der sie auf neues Personal angewiesen war.

Von Interesse im Bezug auf den „Umgang“ mit ehemaligen Nationalsozialisten sind auch Botschaften, die an die Wählerschaft gerichtet wurden. Wurde an die Gegner des Nationalsozialismus adressiert oder wurde versucht, den „Ehemaligen“ eine neue politische Heimat zu bieten? In gewisser Weise liegt die Antwort auf diese Frage natürlich auf der Hand. Die versöhnlichen Gesten auf verschiedenen Wahlplakaten, vor allem von der ÖVP, aber auch von der SPÖ, erfreuen sich zum Teil auch heute noch großer Bekanntheit. Insofern liegt die Annahme nahe, dass sich die Sozialisten sehr stark um die Wählerschaft aus den Reihen der ehemaligen Nationalsozialisten bemühten. Zu untersuchen gilt es hierbei, in welcher Form diese Annäherung stattfand. Die Nationalratswahlen von 1945 und 1949 sind in diesem Zusammenhang von besonderem Interesse, da sie unter ausgesprochen unterschiedlichen Bedingungen stattfanden. 1945 waren jene, die durch die Gesetzgebung und die damit verbundene Registrierung als ehemaligen Nationalsozialisten gebrandmarkt waren,

vom Urnengang ausgeschlossen. Allerdings hatten sie auch Familien und sonstige Angehörige, und somit eine, aufgrund der großen Anzahl an betroffenen Personen nicht unbedeutende Lobby. Diese wurde 1949 durch die Zulassung der sogenannten „Minderbelasteten“ zu den Wahlen ungleich stärker. Mit der zunehmenden Distanz zu den Verbrechen des NS-Regimes flaute auch die Begeisterung für Entnazifizierungsmaßnahmen ab. Politstrategische Überlegungen, wie die gezielte Etablierung einer eigenen Partei für die ehemaligen Nationalsozialisten, wurden dadurch möglich. Das taktische Kalkül der SPÖ, mit der Unterstützung für eine derartige Liste das bürgerliche Lager zu spalten, zeigen, dass die Berührungsgänge mit den „Ehemaligen“ von Seiten der Sozialisten schon 1949 nicht allzu groß gewesen sein dürften.

Nach den ersten freien Wahlen der Zweiten Republik wurde die Zeit der NS-Herrschaft gerne vergessen und verdrängt, und spielte im politischen Diskurs teilweise nur eine sehr untergeordnete, keineswegs wahlentscheidende Rolle. Daher soll die folgende Arbeit auch keinen Spiegel über alle folgenden Nationalratswahlkämpfe liefern, sondern sich nur mit Momenten beschäftigen, in denen aufgrund von Skandalen oder Entscheidungen betreffend der ehemaligen Nationalsozialisten größere Debatten über dieses Thema ausbrachen. Besondere Resonanz fand der Fall des Universitätsprofessors Taras Borodajkewycz, in dessen Aufarbeitung auch die SPÖ involviert war. Wesentlich umfangreichere Debatten über den Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten gab es jedoch in der Ära Kreisky. Sowohl die Personalentscheidungen des langjährigen österreichischen Bundeskanzlers, als auch sein Verhältnis zur FPÖ, insbesondere zu Friedrich Peter, seine Gegnerschaft zu Simon Wiesenthal und die damit verbundenen Meinungen seiner Partei sollen einer genaueren Betrachtung unterzogen werden. Immer wieder wird die, gegenüber den „Ehemaligen“ teilweise ausgesprochen großzügige Politik, die die SPÖ in dieser Zeit verfolgte, von Geschichtswissenschaftlern auf ein psychologisches Dilemma Kreiskys zurückgeführt. Er sei mit seiner jüdischen Herkunft nicht im Einklang gewesen, hätte diese zu verschleiern versucht oder wollte sie durch seine Anbiederung an den Nationalsozialismus kompensieren, so einige der Erklärungsansätze. In seinem Buch *„Simon Wiesenthal“* griff zuletzt auch der renommierte Historiker Tom Segev diese Theorien auf. In diesem, von Öffentlichkeit und Medien vielbeachteten Werk, erklärt er den Konflikt zwischen Kreisky und Wiesenthal sehr stark durch die Psyche des Kanzlers.¹ Die folgende Arbeit greift derartige Überlegungen aus mehreren Gründen nur sehr bedingt auf. Erstens entfernen sie sich zu stark von

¹ Tom Segev, Simon Wiesenthal. Die Biographie, München 2010

der gewählten Themenstellung, zweitens sind sie sehr spekulativ und daher nicht ohne weiteres durch historische Quellen belegbar und drittens rücken sie die machtpolitischen Überlegungen der Partei zu stark in den Hintergrund. Immerhin konnte die SPÖ mit ihrer damaligen Politik die größten Wahlerfolge ihrer Geschichte erzielen. Offensichtlich war Kreiskys Engagement für die „Ehemaligen“ also ausgesprochen populär. Sein Einsatz für Friedrich Peter, seine Auswahl an Ministern und seine medialen Stellungnahmen zu diesem Thema sind auf der taktischen Ebene also durchaus rational erklärbar, auch wenn dies natürlich kein Ausschließungsgrund für diverse psychologische Theorien ist.

Auch nach der Ära Kreisky gab es immer wieder Debatten rund um den Umgang mit den ehemaligen Nationalsozialisten. Die Affäre Waldheim oder die Regierungsbeteiligung der FPÖ im Jahr 2000 waren Anlässe für eine kurzfristige Intensivierung derartiger Diskussionen. Um den Rahmen der folgenden Arbeit nicht zu sprengen, ist die Ära Kreisky als zeitlicher Schlusspunkt unserer Betrachtung gewählt. Neben dieser Komponente gibt es auch andere Beschränkungen für unsere folgenden Überlegungen. Die juristische Aufarbeitung des Nationalsozialismus soll nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die Debatten um das Verbotsgesetz, das Nationalsozialistengesetz oder die Verfahren gegen Heinrich Gross sind für unsere Betrachtung von größerer Bedeutung, als die Details der gesetzlichen Bestimmungen oder der Urteilssprüche, die wir nur am Rande steifen werden.

Obwohl von Seiten der SPÖ unter Bundeskanzler Alfred Gusenbauer offiziell die Bereitschaft bekundet wurde, die „braunen Flecken“ der Parteigeschichte aufzuarbeiten, gibt es noch wenige Gesamtdarstellungen zum Thema des Umgangs mit den ehemaligen Nationalsozialisten. Dies liegt vor allem daran, dass sich die Partei lange gegen den notwendigen Prozess der Aufarbeitung gewährt hatte. Die dunklen Kapitel der eigenen Geschichte, derer wir einige in der Folge anschneiden werden, wurden gerne unter den Teppich gekehrt. Dabei gehört der, zum Teil auch offen geführte kritische Diskurs, etwa im Konflikt zwischen dem linken und dem rechten Flügel der SPÖ, gewissermaßen zur Tradition der Partei. So kann man etwa in dem, von der Sozialdemokratie in Auftrag gegebenen und autorisierten Buch *„Die ersten 100 Jahre“*², dass im Jahr 1988 anlässlich des Parteijubiläums von Helene Maimann herausgegeben wurde, durchaus die eine oder andere kritische Stimme zur eigenen Vergangenheit finden, auch wenn selbstverständlich das Lob für die eigene Bewegung deutlich überwiegt. Die Fähigkeit zur Selbstkritik schaltete sich jedoch bei der Sozialdemokratie sofort aus, wenn es um die eigenen Berührungspunkte mit dem

² Helene Maimann (Hg.), *Die ersten 100 Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888-1988*, Wien 1988

Nationalsozialismus und um politische Überläufer ging. Die Praktiken der Rekrutierung von Personal aus den Reihen der „Ehemaligen“, vor allem von Intellektuellen, wurden erst in den letzten ein bis, sehr großzügig gerechnet, zwei Jahrzehnten zum Thema. Die Sozialdemokratie beschränkte sich lieber darauf, ihre eigenen Verdienste im Kampf gegen den Faschismus und für die Demokratie zu betonen. Natürlich konnte man nie verhehlen, dass es in den Reihen der sozialistischen Wählerschaft in den Jahren der österreichischen Diktaturen auch kleine Irrwege gegeben hatte, auf die der eine oder andere „Rote“ geraten war, bevor er 1945 wieder in den Schoß der Partei zurückgefunden hatte. Daher findet sich auch in Helene Maimanns mehr als 350 Seiten dicken Buch anlässlich der 100-Jahrfeiern der Partei ein knapp sechsseitiger Aufsatz (allerdings gespickt mit zahlreichen Bildern) von Christian Fleck mit dem vielversprechenden Titel *„Wie aus einem Sozi ein Nazi wurde“*. Darin wird grob umrissen was mögliche Beweggründe für die Überläufer ab 1938 gewesen sein könnten. Christian Fleck beschreibt jedoch in seinem Aufsatz ein Problem des einfachen kleinen SPÖ-Mitglieds und -Wählers. Vom Verhalten der Spitzenfunktionäre ist darin nicht die Rede und auch reale Beispiele fehlen. Stattdessen erfindet Fleck ein fiktives Beispiel eines SPÖ-Mitgliedes, das den Weg zum Nationalsozialismus findet.³ Die anderen Aufsätze in dem Buch berühren diese Problematik ohnehin nicht, und somit wird auch die, nach 1945 in großem Stil erfolgte, Integration von ehemaligen Nazis in die Partei in keinsten Weise behandelt. Auch die ÖVP zeigte an der Aufarbeitung ihrer Vergangenheit bislang kein Interesse. Obwohl auch bei der Volkspartei intensive Verstrickungen mit den Nationalsozialisten zu beleuchten wären, sind diese bis heute nicht Teil des offiziellen Parteidiskurses. Durch das Fehlen von entsprechender Literatur sollte man sich jedoch nicht zu der Einschätzung verleiten lassen, dass die ÖVP, und natürlich auch die FPÖ, nicht ebenso wie die SPÖ ihre „braunen Flecken“ zu verarbeiten hätten. Bei der Rekrutierung von ehemaligen nationalsozialistischen Funktionären war die Volkspartei in den ersten Monaten nach dem Krieg wesentlich erfolgreicher als die Sozialisten, die zunächst mit dem strukturellen Wiederaufbau ihrer Partei beschäftigt waren. Auch bei der Anwerbung von „Ehemaligen“ als Wähler war die ÖVP erfolgreicher als die SPÖ.

Im Bezug auf das Thema der vorliegenden Arbeit gibt es zwar, wie bereits erwähnt, noch keine umfangreiche Gesamtdarstellung, doch es gibt bereits erste Resultate der unter Gusenbauer eingeleiteten Aufarbeitungsbemühungen. Das von Maria Mesner 2005 herausgegebene Buch *„Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und*

³ Christian Fleck, *Wie aus einem Sozi ein Nazi wurde*, in: Helene Maimann (Hg.), *Die ersten 100 Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888-1988*, Wien 1988, 227-232

Kaltem Krieg“, das sich im Speziellen dem Beispiel der SPÖ widmet, setzt sich vor allem mit der juristischen Aufarbeitung der Zeit der Entnazifizierung bis 1957 auseinander, deren Wirksamkeit anhand einiger Fallbeispiele analysiert wird. Auch der regionalen Unterschiede, hinsichtlich der Maßnahmen zur Behandlung der Probleme im Zusammenhang mit den „Ehemaligen“, wird in detaillierten Aufschlüsselungen Rechnung getragen.⁴ Im Bezug auf die Ära Kreisky gibt es verschiedene Werke, die sich dem Umgang der SPÖ mit dem Thema Nationalsozialismus widmen. Diverse Wiesenthal- und Kreiskybiographien werden der Komplexität des Themas meiner Meinung nach jedoch nicht wirklich gerecht. Der Forschungsstand sind hierbei mehr oder weniger nach wie vor die Erkenntnisse der Nachforschungen Simon Wiesenthals und die öffentlich gut dokumentierten verbalen Entgleisungen Kreiskys, die die neuere Forschung zum Teil nur durch die, bereits erwähnten, psychologischen Komponenten erweitert hat. Einen Einblick in die juristische Aufarbeitung des NS-Problems während der Ära Kreisky und auch in der Zeit davor liefert die umfangreiche Biographie über Christian Broda, die Maria Wirth verfasst hat.⁵ Zum Thema der Integration ehemaliger Nationalsozialisten in die Reihen der Sozialdemokratie liefert das Buch *„Der Wille zum aufrechten Gang“* von Wolfgang Neugebauer und Peter Schwarz eine sehr umfassende Analyse, die sich auch auf zahlreiche Fallbeispiel der Karrieren von „Ehemaligen“ in den Reihen des BSA stützt.⁶

Neben der genannten Sekundärliteratur dienen vor allem Nationalrats- und Regierungsprotokolle, sowie Medienberichte als Quellen für die folgende Arbeit. Vor allem der Arbeiter-Zeitung (AZ) als „Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs“ wird von mir besondere Aufmerksamkeit geschenkt, um die Stimmungslage und die Außendarstellung der Partei aufzuzeigen. Die AZ wurde knapp nach der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiter Partei (SDAP) unter der Führung von Viktor Adler gegründet. Sie adressierte sowohl in der Zeit der Ersten Republik, als auch in der Zweiten Republik sehr stark an die Arbeiterschaft, und war somit stets ein wichtiges Element sozialistischer Propaganda und Selbstdarstellung.⁷

⁴ Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005

⁵ Maria Wirth, Christian Broda. Eine politische Biographie, Wien 2011

⁶ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005

⁷ Christian Schwendinger, Kriegspropaganda in der Habsburgermonarchie zur Zeit des Ersten Weltkriegs. Eine Analyse anhand fünf ausgewählter Zeitungen, Hamburg 2011, 47-48

In der folgenden Arbeit wird bei den verschiedenen offiziellen Parteibezeichnungen, die die Sozialdemokratische Partei im Laufe ihrer Geschichte führte, nicht streng formal korrekt unterschieden. Die unter Viktor Adler als Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) gegründete Partei bezeichnen wir ebenso wie die Sozialdemokratische Partei Österreich (SPÖ), wie sie ab der Ära Kreisky hieß, meist als Sozialdemokraten. Zur Zeit der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ), wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg genannt wurde, benennt die folgende Arbeit die Partei meist als Sozialisten. Allerdings werden in der Folge die Worte Sozialdemokraten und Sozialisten auch für die ideologische Gesinnungsgemeinschaft gebraucht, was vor allem in der Zeit der Illegalität der Partei eine hilfreiche Bezeichnungsweise darstellt.

2 Gesetzliche Grundlagen zur Entnazifizierung

Im folgenden Abschnitt widmen wir uns in aller Kürze ein paar Grundlagen der Entnazifizierungsgesetzgebung, wobei wir hierzu nur einige, für die folgende Arbeit direkt relevante Maßnahmen herausheben, und uns nicht in einer Gesamtdarstellung versuchen. Der jeweilige Diskurs, speziell die Haltung der SPÖ zur Gesetzgebung rund um die ehemaligen Nationalsozialisten, soll hierbei von größerem Interesse sein, als die juristischen Details.

Auch wenn die Parteien hinsichtlich möglicher Entnazifizierungsmaßnahmen verschiedene Auffassungen hatten, gab es 1945 doch eine gewisse Einigkeit („antifaschistischer Grundkonsens“), was die Notwendigkeit einer Sanktionierung der ehemaligen Nationalsozialisten betraf, wenngleich zunächst ganz und gar nicht klar war, wen diese Bestrafungen tatsächlich treffen sollten. Im Gegensatz zur ÖVP war die SPÖ unmittelbar nach dem Krieg nicht besonders angetan von der Idee, die Mitläufer einfach ohne Sühnemaßnahmen in die Gesellschaft zu integrieren.⁸ Eine mögliche Bestrafung selbiger warf allerdings große Definitionsprobleme auf. Wer sollte als Mitläufer gelten? Um gezielte Bestrafungen beziehungsweise Reintegration in die Gesellschaft durchführen zu können, musste man erst klären, wen man überhaupt verfolgte. Auf eine Basis dazu einigte sich die provisorische Staatsregierung im sogenannten Verbotsgesetz, dass den ersten Schritt der Entnazifizierungspolitik darstellte.

2.1 Verbotsgesetz 1945

„Jene freilich, die nur aus Willensschwäche, infolge ihrer wirtschaftlichen Lage, aus zwingenden öffentlichen Rücksichten wider innere Überzeugung und ohne an den Verbrechen der Faschisten teilzuhaben, mitgegangen sind, sollen in die Gemeinschaft des Volkes zurückkehren und haben somit nichts zu befürchten.“⁹

Dieser Wortlaut stammt aus der Regierungserklärung vom 27. April 1945, und wurde somit natürlich auch von den an der Konzentrationsregierung beteiligten Sozialisten mitgetragen. Man stellte damit der breiten Masse der Bevölkerung bereits großzügige Nachsicht in Aussicht und gab den weiteren Kurs vor, ohne zu diesem Zeitpunkt genau zu wissen, wie dieser aussehen sollte. Opportunisten sollten jedenfalls nichts zu fürchten haben, so-

⁸ Sonja Niederacher, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 15

⁹ StGBI. Nr. 3/1945

fern sie sich nicht direkt an den Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligt hatten. Auch wenn es natürlich in allen Parteien einzelne Stimmen gab, die sich auch für Bestrafungen gegen die kleinen Mitläufer aussprachen, so bestand in der Praxis doch ein breiter Konsens darüber, dass man auch im Sinne des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nicht gegen den Großteil der Bevölkerung Verfahren eröffnen konnte. Da es keinen Gradmesser für die „innere Überzeugung“, wie es im vorangegangenen Zitat genannt wird, gibt, konnten sich nun sehr viele Menschen als unschuldige Opfer des faschistischen Regimes fühlen. Allzu große Nachsicht konnte die provisorische Staatsregierung zunächst jedoch nicht walten lassen, da ihre Politik unter der Kontrolle der Alliierten stand, die sich sehr wohl erwarteten, dass man eine umfassende „Säuberung“ durchführte. Auch wenn die Besatzungsmächte unterschiedliche Ziele verfolgten, bestand im Bezug auf die Notwendigkeit einer ordentlichen Entnazifizierungspolitik, zur Absicherung der Demokratie gegen ein neuerliches Aufkommen faschistischen Gedankenguts, Einigkeit. Dass man für diesen Prozess die Hilfe der österreichischen Regierung benötigte, und ihn nicht alleine bewältigen konnte, musste man schon Ende 1945 deutlich erkennen. Die Heranziehung von einfachen formalen Kriterien, wie etwa einer NSDAP-Mitgliedschaft, die im Westen Österreichs praktiziert wurde, führte zu einer undifferenzierten Massenbestrafung. Individuelle Verfahren waren wiederum ein enormer bürokratischer Kraftakt, den die Besatzungsmächte nicht in der Lage waren zu leisten.¹⁰

An der Treffsicherheit der österreichischen Entnazifizierungspolitik kommen aus heutiger Sicht aber Zweifel wegen verschiedener verspäteter Gerichtsverfahren auf, die sich in einigen Fällen der letzten Jahrzehnte mit bis dato ungestraften, vermeintlichen oder überführten Tätern des NS-Regimes beschäftigen. Immer wieder wird dadurch in Erinnerung gerufen, dass sich viele Betroffene Menschen der Strafverfolgung entziehen konnten oder anders formuliert, dass zahlreiche Verbrechen aus dieser Zeit ungesühnt blieben. Noch düsterer erscheint die juristische Aufarbeitung der Zeit vor 1945, wenn man die Karrieren einzelner Nationalsozialisten in der Zweiten Republik betrachtet, wie wir es auch in der Folge anhand ausgewählter Beispiele aus den Reihen der Sozialdemokraten skizzieren werden.

Trotzdem könne man vor allem unmittelbar nach 1945 der österreichischen Politik große Entschlossenheit, weitreichende Bemühungen und Bereitschaft zum Konsens über die Parteilinien hinaus nicht absprechen, meint die Historikerin Sonja Niederacher und bezieht

¹⁰ Robert Knight (Hg.), „Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945-52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt 1988, 25-28

sich dabei auf den großen verwaltungstechnischen Aufwand, der zur Registrierung der ehemaligen Nationalsozialisten in Kauf genommen wurde, sowie auf den antifaschistischen Grundkonsens und eine rasche Abfolge diverser gesetzlicher Maßnahmen.¹¹ Tatsächlich versuchte die provisorische Staatsregierung rund um Karl Renner, was die kategoriale Einordnung der ehemaligen Nationalsozialisten betrifft, sehr schnell Klarheit zu schaffen, wer als „schuldig“ zu gelten hatte und über welche Taten man hinwegsehen sollte (wobei der Terminus der „schnellen Klarheit“ hierbei von mir auf die rasche Abfolge der Verabschiedung der ersten Entnazifizierungsgesetze bezogen ist. In der Praxis lief die Entnazifizierung nicht immer ganz so lückenlos und erfolgreich ab, wie wir auch in der Folge noch erkennen werden). Schon am 8. Mai 1945 wurde von der provisorischen Staatsregierung eine erste Fassung des Verbotsgesetzes beschlossen¹², obwohl sich das Kabinett erst am 30. April 1945 konstituiert hatte.¹³

Neben der Einrichtung der Institution der Volksgerichte und dem Verbot der Wiederbetätigung, enthält dieses Gesetz auch die Registrierungspflicht für ehemalige Nationalsozialisten. Insbesondere wurde dabei der Terminus „*Illegale*“ als Bezeichnung für jene, die schon vor der Machtergreifung der NSDAP in Österreich eine Funktion innerhalb der Partei ausübten, verwendet. Dieses frühzeitige Engagement für die Bewegung wurde vom Gesetzgeber als „*Hochverrat*“ eingestuft und sollte „*mit schwerem Kerker in der Dauer von fünf bis zehn Jahren*“ (zehn bis zwanzig Jahre bei „*besonders verwerflicher Gesinnung*“ oder „*schimpflichen Handlungen*“) bestraft werden.¹⁴ Damit war eine, der juristischen Aufarbeitung zweifelsohne sehr dienliche und einfache Grundlage für eine Reihe von möglichen Tatbeständen zwischen 1933 und 1938 geschaffen, die es dem Gericht nicht mehr notwendig machte herauszufinden, was der Angeklagte im Detail angestellt hatte, um zu einem Schuldspruch zu gelangen; die bloße Registrierung in einem der Verbände der NSDAP reicht hierzu völlig aus. Hinter dieser Gesetzgebung steckte die Geisteshaltung, dass jene, die schon zur Zeit der Illegalität für die Nationalsozialisten tätig gewesen waren, beziehungsweise diese unterstützt hatten, aktiv gegen Österreich gearbeitet hätten, während jene Menschen, die sich erst nach dem „Anschluss“ zur Bewegung be-

¹¹ Sonja Niederacher, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 13-17

¹² StGBI. Nr. 13/1945

¹³ Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jerabek/Leopold Kammerhofer (Hg.), Protokolle des Kabinettsrates der provisorischen Regierung Karl Renner 1945. Band 1, „...im eigenen Haus Ordnung schaffen“, Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945, Wien 1995, 4-6

¹⁴ StGBI. Nr. 13/1945

kannt hatten auch als potentielle Opportunisten und Mitläufer betrachtet werden konnten.¹⁵ Für Adolf Schärf waren die gesetzlichen Bestimmungen des Verbotsgesetzes dennoch ein logischer Schritt:

„Es wurde durch das Gesetz ein Unterschied zwischen jenen gemacht, die sich gegenüber dem österreichischen Staat das Verbrechen des Hochverrats zuschulden kommen ließen, und jenen, die also durch ihren Beitritt zur NSDAP nicht gegen österreichische Interessen verstoßen haben. Als Hochverräter war naturgemäß anzusehen, wer kurz vor dem Anschluß für die Nationalsozialistische Partei in Österreich tätig gewesen war, also im wesentlichen auch während der Zeit des Dritten Reiches sogenannte Illegale.“¹⁶

Im Wesentlichen begab sich die SPÖ mit diesen Ansichten auf die Linie der ÖVP. Die „Illegalen“ waren deshalb Hochverräter, weil sie sich von den anderen Nationalsozialisten dadurch unterschieden, dass sie schon vor 1938, also zum Zeitpunkt des Bestehens des österreichischen Staates, für ihre Ideologie gekämpft hatte. Zu diesem Zeitpunkt war Österreich jedoch bereits ein faschistischer Einparteiensstaat, gegen den auch die sozialistischen Widerstandskämpfer aktiv waren. Wie wir später sehen werden, war die Idee eines Anschlusses an Deutschland auch unter den Anhängern der SPÖ verbreitet. Dass man sich von sozialistischer Seite daher auf diese Begründung des Hochverrats ohne weitere Zusätze einließ, ist wohl das Resultat eines Kompromisses mit der Volkspartei, die sicher mit einer derartigen Gesetzesbegründung gut leben konnte, da dadurch die Legitimität des austrofaschistischen Regimes unter der Regie der christlichsozialen Einheitsfront (Vaterländische Front) impliziert wurde. Ebenfalls problematisch an der Einschätzung Schärf's, die im Großen und Ganzen den Geist des Gesetzes widerspiegelt, ist, dass man zur Zeit des Nationalsozialismus nicht gegen die Interessen Österreichs agieren konnte, da es ja keinen österreichischen Staat gab. Dadurch, dass die Zweite Republik im Wesentlichen als kontinuierliche Fortsetzung der Ersten Republik, und in diesem Fall auch des Ständestaates betrachtet wurde, hatten sich die ehemaligen Nationalsozialisten gemäß dieser Rechtsauffassung zwischen 1938 und 1945 zumindest gegenüber dem befreiten österreichischen Staat nichts zu Schulden kommen lassen.

¹⁵ Sonja Niederacher, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 19

¹⁶ Zit. nach: Richard Mitten, „Die Sühne ... möglichst milde zu gestalten“. Die sozialdemokratische „Bearbeitung“ der Nationalsozialismus und des Antisemitismus in Österreich, in: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, 107

Innerhalb der provisorischen Staatsregierung gab es einige prominente Fürsprecher einer ausgesprochen milden Behandlung der ehemaligen Nationalsozialisten. Julius Raab gab 1949 an, dass er, gemeinsam mit dem VP-Bundesminister Heindl und dem sozialistischen Staatskanzler Karl Renner, der Vorreiter eines derartigen politischen Kurses gewesen wäre. Aussagen dieser Art sind aber mit Vorsicht zu genießen, denn schon während das Verbotsgesetz noch im Entstehen begriffen war, versuchten die beteiligten Politiker allesamt ihren eigenen Anteil an etwaigen Verschärfung des Gesetzes herunterzuspielen. Nur die Kommunisten traten offen für diverse Maßnahmen gegen die ehemaligen Nationalsozialisten ein. Ihrem zutun war beispielsweise auch die Einrichtung der Volksgerichtshöfe zu verdanken.¹⁷ Bereits während dieser ersten Welle der Entnazifizierung, die zumindest von den Vertretern der KPÖ noch mit großem Enthusiasmus betrieben wurde, deutete Staatskanzler Karl Renner an, dass er der Meinung sei, dass man die Bestrafungen für ehemalige Nationalsozialisten nicht übertreiben sollte. In einer Rede vor der versammelten Beamtenschaft der Staatskanzlei tat der Regierungschef seine Absicht kund, *„die Sühne im Rahmen des Gesetzes zu halten und sie auch möglichst milde zu gestalten“*.¹⁸ Eine große Abrechnung mit den Verbrechen des NS-Regimes war also angesichts der Einigkeit der beiden großen politischen Lager bereits zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu erwarten. Viel eher schien es, als wollte man die „Nazi-Frage“ möglichst schnell und ohne viel Aufsehen unter den Tisch kehren. Bereits wenige Monate nach dem Krieg setzte diese Politik des Vergessens und Verdrängens ein. Dabei hatte man sich mit den großen Verbrechen der Verfolgung und systematischen Tötung von Juden noch gar nicht richtig auseinandergesetzt, auch weil die Medien in der ersten Zeit nach dem Krieg noch nicht über Auschwitz und andere Mahnmale des Wahnsinns des Hitlerfaschismus berichtet hatten, und sich somit die breite Öffentlichkeit bis dato nur ein unvollständiges Bild des Gesamtumfangs der nationalsozialistischen Gräueltaten bilden konnte.¹⁹

Die Fälle aus den Jahren 1938 bis 1945 waren aus juristischer Sicht weitaus komplizierter als jene, die NSDAP-Mitglieder vor dem Anschluss betrafen. In einzelnen Verfahren mussten die potentiellen Verbrechen beurteilt werden. Die gesetzlichen Grundlagen hierzu waren allerdings unzureichend und ließen somit größeren Raum für Interpretationen, auch

¹⁷ Hellmut Butterweck, *Verurteilt und begnadigt. Österreich und seine NS-Straftäter*, Wien 2003, 20-22

¹⁸ Zit. nach: Richard Mitten, *„Die Sühne ... möglichst milde zu gestalten“*. Die sozialdemokratische „Bearbeitung“ der Nationalsozialismus und des Antisemitismus in Österreich, in: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hg.), *Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland*, 105

¹⁹ Hellmut Butterweck, *Verurteilt und begnadigt. Österreich und seine NS-Straftäter*, Wien 2003, 20, 24

weil sich der jeweilige Angeklagte, sofern kein schweres Verbrechen im Sinne der vom Gesetzgeber getroffenen Vorgaben vorlag, stets darauf berufen konnte, nur aus Angst oder wirtschaftlichen Zwängen einer nationalsozialistischen Organisation angehört zu haben. Die besondere Betonung der Schuld der Illegalen ging zwangsläufig mit einer großen Rücksichtnahme auf die einfachen Mitglieder der NSDAP und die „Mitläufer“ des Nationalsozialismus einher.²⁰ Adolf Schärf vertrat in einer Sitzung der provisorischen Staatsregierung im Juni 1945 überhaupt die Ansicht, dass es nicht klug wäre, Strafen an den Umstand zu knüpfen, dass jemand ein Nazi gewesen sei:

„Ich sage mir: einen Naziverbrecher hänge ich lieber auf als Mörder, Brandstifter u. dgl., als daß ich einfach sage: Du wirst aufgehängt weil du ein Nazi warst. Da stehe ich vor der Welt ganz anders da, als wenn ich immerhin dehnbare Tatbestände, die eventuell auch anders ausgelegt werden können, zu seiner Verurteilung heranziehe. Mörder, Diebe und Brandstifter sind bereits nach dem Verbotsgesetz faßbar, sind dem Volksgericht zu überstellen und diese Prozesse können bereits nächste Woche beginnen.“²¹

Er sei daher der Meinung, *„daß der bisherige Vorgang ohne weiters ausreicht, um das berechtigte Interesse der Öffentlichkeit in der Frage der Nationalsozialisten zu befriedigen.“²²* Seine Partei- und Regierungskollegen teilten diese Einschätzungen jedoch nicht. Die unklare Rechtslage veranlasste selbst Staatskanzler Karl Renner im Juni 1945 zu der *„Empfindung, dass wir mit unseren Gesetzen nahezu im luftleeren Raum arbeiten“²³*. Obwohl die folgenden Bestimmungen aus rechtlicher Sicht teilweise Klarheit über die gesetzlichen Verfahrensweisen gegenüber Personen schufen, die sich erst ab 1938 zur nationalsozialistischen Bewegung bekannten, war es angesichts der großen Anzahl von eröffneten Verfahren kaum möglich, eine gerechte Behandlung, beziehungsweise Bestrafung aller potentieller Straftäter zu gewährleisten. Dass man daher bald gezwungen sein würde, zu

²⁰ Richard Mitten, „Die Sühne ... möglichst milde zu gestalten“. Die sozialdemokratische „Bearbeitung“ der Nationalsozialismus und des Antisemitismus in Österreich, in: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, 108

²¹ Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jerabek/Leopold Kammerhofer (Hg.), Protokolle des Kabinettsrates der provisorischen Regierung Karl Renner 1945. Band 1 - Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945, Wien 1995, 211

²² Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jerabek/Leopold Kammerhofer (Hg.), Protokolle des Kabinettsrates der provisorischen Regierung Karl Renner 1945. Band 1 - Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945, Wien 1995, 211

²³ Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jerabek/Leopold Kammerhofer (Hg.), Protokolle des Kabinettsrates der provisorischen Regierung Karl Renner 1945. Band 1 - Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945, Wien 1995, 206

kollektiven Verfahren überzugehen, um die Verwaltung zu entlasten, merkte man auch in der provisorischen Staatsregierung.

2.2 Nationalsozialistengesetz

Auch wenn bei den Parteien unterschiedliche Vorstellungen über die Vorgehensweise zur Entnazifizierung bestanden und im Nationalrat heftig darüber diskutiert wurde, konnte man immer wieder einen Kompromiss für gesetzliche Grundlagen finden. Dies geschah auch im März 1946 als ÖVP, SPÖ und KPÖ eine Drei-Parteien-Vereinbarung veröffentlichten, in der man um eine dauerhafte und endgültige Lösung des Nationalsozialistenproblems rang, da die regional unterschiedliche und uneinheitliche Anwendung des Verbotsgesetzes dies nicht gewährleistet hatte.²⁴ Dass das Verbotsgesetz zunächst nur in Wien galt und erst im Jänner des Jahres 1946 durch den Alliierten Rat genehmigt wurde²⁵, war für eine österreichweit einheitliche Entnazifizierung nicht gerade zuträglich gewesen. Immerhin traten auch andere Gesetze des Jahres 1945, die sich mit der juristischen Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigten, erst 1946 österreichweit in Kraft.²⁶

Nachdem nun erste Schritte einer Vereinheitlichung der Gesetzeslage in ganz Österreich getätigt waren, bestand für die Regierung Handlungsbedarf, nicht zuletzt aufgrund des Druckes, der von den Alliierten ausging.²⁷ Zwar war, wie bereits erwähnt, der betriebene Aufwand auf der Ebene der Verwaltung enorm, doch die Resultate waren mehr als ernüchternd. Die Volksgerichte waren überfordert und aufgrund der schleppend voranschreitenden Registrierung konnte man mit dem Ausklang des Jahres 1945 noch nicht einmal annähernd die Zahl der österreichischen Nationalsozialisten angeben.²⁸ Dieter Stiefel konstatiert vor diesem Hintergrund eine *„Wende der österreichischen Entnazifizierung [...] in der Zeit zwischen November 1945 und Februar 1946, zwischen den ersten Nationalratswahlen und der Übertragung der Entnazifizierungskompetenz für das ganze Land auf die österreichische Regierung.“*²⁹

²⁴ Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, Seite 101

²⁵ Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, Seite 94

²⁶ Sonja Niederacher, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 16

²⁷ Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, Seite 95

²⁸ Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, Seite 94

²⁹ Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, Seite 94

Trotz der Skepsis der Besatzungsmächte erweiterte sich damit der Handlungsspielraum der österreichischen Regierung. Insofern war die Drei-Parteien-Vereinbarung ein erster Gradmesser für die tatsächlichen Freiheiten der Regierung. Trotz der überparteilichen Einigkeit beinhaltete das Gesetz auch umstrittene Passagen. Besonders der Übergang von individuellen zu kollektiven Verfahren war Gegenstand von Diskussionen.³⁰ Auch im Diskurs der SPÖ spielte dieses Thema eine Rolle, doch der Tenor war, dass individuelle Verfahren nicht möglich, und die entsprechenden Änderungen ein notwendiges Übel wären. Die Idee, jene Personen, die in den Karteien der NSDAP aufgeführt waren, nicht in zahllosen Einzelverfahren, sondern durch gemeinsame Bestimmungen zur Rechenschaft zu ziehen, stammte von Adolf Schärf, der forderte, dass jene, „*die sich selbst mit der Unterschrift des Hochverrates an Österreich gerühmt hatten [...] statt durch ein individuelles Urteil unmittelbar durch das Gesetz*“³¹ bestraft werden sollten. Allerdings sollten nach der Vorstellung Schärfs die fälligen Kerkerstrafen daraufhin ausgesetzt werden.³² Den Bedarf nach bürokratischen Vereinfachungen betont auch der Nationalratsabgeordnete Alfred Migsch in einem Artikel Wiener Arbeiter-Zeitung:

*„Es mag sein, daß ein individuelles Verfahren im allgemeinen gerechter erscheint. Wir müssen uns aber bewußt sein, daß zehn bis fünfzehn Jahre erforderlich wären, wollte man jeden Nazifall für sich einwandfrei untersuchen.“*³³

Migsch schreibt aber nicht nur über die logistische Notwendigkeit, sondern er verweist auch auf Vorteile für die Klientel der SPÖ, die sich zu einem großen Teil aus der Arbeiterschaft rekrutiert:

*„Jedes abgekürzte Verfahren – wir haben es ja bei den Entregistrierungen erlebt – führt zu untragbaren Ungerechtigkeiten und bloßen Lippenbekenntnissen, wobei sich derjenige, der über „Beziehungen“ verfügt, herauswindet, während der kleine Mann in den Maschen des Gesetzes hängenbleibt. Die Gruppeneinteilung mit ihren zwingenden Sühnefolgen ist daher in ihrer Wirkung gerechter und zweckentsprechender.“*³⁴

Der Schulterschluss der Parteien brachte auch eine Änderungen in der Einteilung der Nationalsozialisten mit sich. Neben jenen, die der Strafverfolgung oblagen, war nun auch von

³⁰ Dieter Stiefel, *Entnazifizierung in Österreich*, Wien 1981, Seite 101

³¹ Zit. nach: Hellmut Butterweck, *Verurteilt und begnadigt. Österreich und seine NS-Straftäter*, Wien 2003, 20

³² Hellmut Butterweck, *Verurteilt und begnadigt. Österreich und seine NS-Straftäter*, Wien 2003, 20

³³ Alfred Migsch, „Zur Lösung der Nazifrage“, *Arbeiter-Zeitung*, 24.7.1946

³⁴ Alfred Migsch, „Zur Lösung der Nazifrage“, *Arbeiter-Zeitung*, 24.7.1946

„sühnepflichtigen Personen“ die Rede, die wiederum in die Kategorien „Belastet“ und „Minderbelastet“ eingeteilt wurden. Als „Belastete“ galten beispielsweise Personen, die innerhalb der NSDAP eine höhere Funktion innegehabt hatten, und Mitglieder der SS, sowie Träger diverser Ehrenzeichen nationalsozialistischer Organisationen.³⁵ Die vormalig als „Illegale“ bezeichneten Personen wurden ebenfalls dieser Gruppe zugeordnet³⁶ und konnten weiterhin wegen des Tatbestandes des Hochverrats belangt werden³⁷, was zu einer nicht ganz widerspruchsfreien Diskussion innerhalb der SPÖ führte. Im Gegensatz zur Volkspartei hatte sich nämlich allen voran Adolf Schärf für eine besonders strenge Behandlung der Illegalen eingesetzt.³⁸ Schärf selbst rückte jedoch 1946 bei den Parteienverhandlungen den Standpunkt der SPÖ in dieser Frage auch in ein anderes Licht:

„Wir haben die Illegalität herausgenommen, nicht um politische Geschäfte zu machen, sondern weil wir wußten, daß auch das Regime, gegen das sie gekämpft haben, illegal war. [...] Das ist unser Standpunkt, das ist sozialistische Gerechtigkeit.“³⁹

Die Vorlage zum neuen Nationalsozialistengesetz, die vom Nationalrat einstimmig angenommen wurde, war im Vergleich zum Verbotsgesetz ausgesprochen milde, schränkte die Anzahl der Betroffenen ein und war großzügig gegenüber Mitläufern.⁴⁰ Generell hat man den Eindruck, dass die Regierung mit der Vergrößerung der zeitlichen Distanz zum Ende des NS-Regimes neben der Abschwächung der juristischen Verfolgungsmaßnahmen, die im Zuge der Entnazifizierung gesetzt wurden, auch in der Rhetorik gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten immer vorsichtiger wurde. So trug etwa das Verbotsgesetz in den Protokollen der provisorischen Staatsregierung den Namen „Vergeltungsgesetz“⁴¹, während es bei seiner Kundmachung⁴² seine heutige Bezeichnung erhielt. Der Umgang mit Worten wie Vergeltung und Rache war jedenfalls ein vorsichtiger. Auch wenn die Parteien in jeweils unterschiedlicher Art und Weise alle selbst Opfer des Nationalsozialismus geworden waren, so mussten sie doch um die Wählerschaft werben, und konnten es sich nicht

³⁵ StGBI. Nr. 25/1947

³⁶ Sonja Niederacher, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 23

³⁷ Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, Seite 102

³⁸ Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, Seite 102

³⁹ Zit. nach Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, Seite 102

⁴⁰ Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, Seite 105

⁴¹ Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jerabek/Leopold Kammerhofer (Hg.), Protokolle des Kabinettsrates der provisorischen Regierung Karl Renner 1945. Band 1 - Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945, Wien 1995, 30

⁴² StGBI. Nr. 13/1945

leisten, große Teile der Bevölkerung anzuklagen und somit zu verärgern. Diplomatie war somit ein wichtiges Gebot für die österreichische Politik, und ein möglichst schmerzloses und rasches Ende der Entnazifizierung war zweifelsohne Teil des politischen Kalküls. Die Drei-Parteien-Einigung wurde jedoch zu einem Paradebeispiel dafür, dass die Alliierten nach wie vor großes Interesse an der Entnazifizierungspolitik hatten und nicht ohne weiteres den Entscheidungen des Nationalrats folgten. Der Alliierten Rat lehnte das Nationalsozialistengesetz ab. Hauptgrund dafür war, dass es den Bestatzungsmächten in vielen Punkten als zu milde erschien. Erst 1947 wurde das Gesetz nach zahlreichen wesentlichen Veränderungen angenommen.⁴³

Obwohl man fast ein Jahr um das Nationalsozialistengesetz gerungen hatte, war es aus Sicht der österreichischen Regierung bestenfalls ein schlechter Kompromiss. Der Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten schien in den Augen der Politik mit diesem Beschluss jedenfalls nicht ausreichend gedient zu sein.⁴⁴

2.3 Amnestiegesetzgebung

Dieter Stiefel bezeichnet die teilweise kleinliche Haltung der Alliierten bei der Bearbeitung des Nationalsozialistengesetzes aus seiner Sicht als Fehler, und begründet dies damit, dass bei der österreichischen Regierung der Eindruck entstanden sei, dass es sich hierbei nicht mehr um ihr Gesetz handle, und es auch die österreichische Bevölkerung als Diktat der Besatzungsmächte empfunden habe.⁴⁵ Tatsächlich waren die Parteien nun in eine Art Oppositionsrolle gedrängt worden. In der Wiener Zeitung beklagte sich der Nationalratsabgeordnete Migsch, ein Befürworter der ursprünglichen Regierungsfassung des Nationalsozialistengesetzes, darüber, dass das „*NS-Gesetz, das niemand hier im Haus gewollt hat, [...] von den Alliierten aufgezwungen worden*“⁴⁶ sei. Ähnlich waren die Reaktionen der anderen Parteien, und der Wunsch nach einem Ende der Entnazifizierung wurde stärker. Das Nationalsozialistengesetz löste eine Diskussion über mögliche Amnestien aus, auch motiviert durch weitreichende diesbezügliche Gesetzgebung in Deutschland.⁴⁷ In Umfragen sprach

⁴³ Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, Seite 105-111

⁴⁴ Sonja Niederacher, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 33

⁴⁵ Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, Seite 113

⁴⁶ Zit. nach Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, Seite 113

⁴⁷ Sonja Niederacher, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 33

sich die Mehrzahl der Menschen für Aufhebungen und Abänderungen des Gesetzes aus, und darüber hinaus war eine deutliche Mehrheit dagegen, die sogenannten Mitläufer zu bestrafen.⁴⁸ Natürlich sind derartige Erhebungen nicht zwangsläufig ein repräsentatives Abbild der Stimmung der Gesamtbevölkerung, denn oft bewirkt schon allein die Art der Fragestellung eine große Veränderung des Ergebnisses. Doch selbst wenn sich der tatsächliche Gemütszustand der Menschen nicht ohne weiteres in konkrete Zahlen fassen lässt, so kann man doch zumindest feststellen, dass sich die Politik in dieser Zeit sehr stark für gesetzliche Entschärfungen einsetzte.

Innerhalb der SPÖ gab es viele Fürsprecher für eine Amnestie. Vor allem „Mitläufer“ sollten nach Ansicht vieler Parteigranden entlastet werde. Der Linzer Bürgermeister und SPÖ-Nationalratsabgeordnete Ernst Koref meinte etwa:

*„Vergessen wir nicht, daß die ganze moderne Technik in den Dienst hemmungsloser Propagandamethoden gestellt worden ist. Daher darf es bei nüchterner und objektiver Betrachtung nicht verwundern, daß viele Menschen, die ja damals vielfach nicht um das wahre Wesen des Nationalsozialismus wußten, dem Rattenfänger von München auf den Leim gegangen sind.“*⁴⁹

Damit war er durchaus auf Parteilinie. 1947 wurde im *„Aktionsprogramm der Sozialistischen Partei Österreichs“* festgelegt, dass zum Wiederaufbau des Landes unter anderem folgendes durchzuführen sei:

*„Sühne der faschistischen und nationalsozialistischen Verbrechen. Eingliederung der früheren Mitläufer der beiden faschistischen Parteien in die Gemeinschaft der Staatsbürger.“*⁵⁰

Zwar war es der SPÖ besonders wichtig von *„beiden faschistischen Parteien“* zu sprechen, um den Ständestaat nicht zu legitimieren, doch genau dies war durch die vorangegangenen Gesetzgebungen im Prinzip geschehen. Für die Austrofaschisten waren, sofern sie sich an keinen Verbrechen beteiligt hatten, keine Sühnemaßnahmen vorgesehen, und die Mitgliedschaft bei der Vaterländischen Front war kein Grund für eine Kündigung. Gerade auf das Beamtentum des Ständestaates musste nach 1945 im Zuge der Entfernung der ehemaligen Nationalsozialisten notgedrungen zurückgegriffen werden. Die Austrofa-

⁴⁸ Dieter Stiefel, *Entnazifizierung in Österreich*, Wien 1981, 114

⁴⁹ Zit. nach: Dieter Stiefel, *Entnazifizierung in Österreich*, Wien 1981, Seite 62

⁵⁰ Klaus Berchtold (Hg.), *Österreichische Parteiprogramme 1868-1966*, Wien 1967, 268, 271

schisten waren also aus juristischer Sicht unbescholtene österreichische Staatsbürger. Insofern ist die im Aktionsprogramm von 1947 Forderung nach der „*Eingliederung der früheren Mitläufer*“ in die Gesellschaft im Bezug auf die erste faschistische Diktatur in Österreich eine leere Worthülse. Viele Sozialdemokraten hätten sich wohl eine Abrechnung mit dem klerikalen Faschismus der Christlichsozialen gewünscht, doch für derartige Pläne war die ÖVP nicht zu gewinnen. In der Praxis ging es also um die Eingliederung der Mitläufer des einen faschistischen Systems, das aus juristischer Sicht als illegitim eingestuft worden war.

Im Februar 1948 war es schließlich so weit. Die Alliierten gaben grünes Licht für Jugend- und Minderbelastetenamnestien, forderten jedoch gleichzeitig mehr Konsequenz gegenüber den Belasteten.⁵¹ In der Nationalratsdebatte über die Jugendamnestie gab der SP-Abgeordnete Zechner aus seiner Sicht Einblick in die Gemütslage der österreichischen Politik vom Kriegsende bis zu diesem Zeitpunkt:

„Wiederholt wurde in letzter Zeit von berufener und unberufener Seite an dem letzten Nationalsozialistengesetz Kritik geübt. Vieles, was da gesagt wurde, war den Mitgliedern dieses Hohen Hauses schon bei der Abfassung des Verbotsgesetzes bekannt; aber es ist nicht immer möglich, das als richtig Erkannte auch tatsächlich durchzuführen. Damals brannten die Wunden noch zu heiß, die der Nationalsozialismus den einzelnen und der Gesamtheit geschlagen hat; zu groß war noch das Chaos in das uns der nationalsozialistische Eroberungskrieg gestürzt hat.“⁵²

Als einheitlicher Tenor aller Parteien bei der Sitzung lässt sich feststellen, dass eine Jugendamnestie als erster Schritt in Richtung einer Normalisierung gesehen wurde. Radikale Töne gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten wurden nicht angeschlagen. Stattdessen versuchten sich die Parteien von ihrer großzügigen und nachsichtigen Seite zu zeigen. Der Umstand, dass die politischen Mitbewerber einander in diesen Fragen nicht nachstehen wollten, führte auch zu dem Kuriosum, dass die Volkspartei eine Argumentation der Regierung mittrug, die davon ausging, dass Jugendamnestien bereits für die Jahrgänge ab 1919 nötig wären, da der Faschismus in Österreich bereits im Jahre 1934 Einzug gehalten

⁵¹ Sonja Niederacher, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 33

⁵² Zechner, 76. Sitzg., 18.2.1948, 2189

hätte.⁵³ Dies ist aber keineswegs als politische Einsicht der ÖVP zu werten, wie auch Dieter Stiefel bemerkt, der von einem „*politischen Kunstgriff, um den Kreis der Amnestiebegünstigten zu erweitern*“⁵⁴ spricht. Auch in den Reihen der Sozialdemokraten seien diese Altersgrenzen nicht unumstritten gewesen, bemerkt der Abgeordnete Zechner in seiner Rede. Nun seien jedoch Versöhnung, Vergessen und Verzeihen die Gebote der Stunde, daher müsse man sich nachsichtig zeigen.⁵⁵

Warum man zunächst überhaupt von Seiten des Nationalrates dem umstrittenen Nationalsozialistengesetz von 1947 seine Zustimmung gegeben hatte, zeigt der, ebenfalls in den Reihen der SPÖ als Nationalratsabgeordneter dienende Max Eibegger auf:

*„Hier in diesem Hause wurde bei der Behandlung des Nationalsozialistengesetzes festgestellt, daß die Bereinigung des Nationalsozialistenproblems auch von großer außenpolitischer Bedeutung ist. Die Erwirkung der vollen Souveränität Österreichs, die Aufhebung der Alliierten-Kontrolle, der Abzug der Besatzungstruppen aus Österreich wird von dieser Bereinigung abhängig gemacht.“*⁵⁶

Angesichts des Strebens nach einer raschen Einigung mit den Alliierten hinsichtlich eines Staatsvertrages, ging die Regierung also in Bezug auf die Gesetzgebung sehr vorsichtig vor, um die Besatzungsmächte nicht vor den Kopf zu stoßen, oder wie Eibegger es ausdrückt:

*„Man hielt es nicht für opportun, die Frage der Novellierung des Nationalsozialistengesetzes ins Rollen zu bringen.“*⁵⁷

Der Druck der Alliierten führte auch dazu, dass eine von SPÖ und ÖVP geforderte Minderung der Maßnahmen gegenüber „Belasteten“ letztlich nicht umgesetzt wurde.⁵⁸ Die Sühnefolgen für „minderbelastete“ Personen würden jedoch mit dem Segen der Besatzungs-

⁵³ Dieter Stiefel, *Entnazifizierung in Österreich*, Wien 1981, 302-303

⁵⁴ Dieter Stiefel, *Entnazifizierung in Österreich*, Wien 1981, 303

⁵⁵ Zechner, 76. Sitzg., 18.2.1948, 2189-2190

⁵⁶ Eibegger, 76. Sitzg., 18.2.1948, 2177

⁵⁷ Eibegger, 76. Sitzg., 18.2.1948, 2177

⁵⁸ Sonja Niederacher, *Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung*, in: Maria Mesner (Hg.), *Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ*, Wien 2005, 35

mächte vorzeitig beendet und diese wurden somit vom Prozess der Entnazifizierung ausgenommen, wodurch nur noch etwa 43.000 „Belastete“ übrig blieben.⁵⁹

Das Jahr 1957 bezeichnet Sonja Niederacher als „*Endpunkt in der Entnazifizierung*“⁶⁰. Das Ereignis, dass in dieser Überlegung als Zäsur gilt, ist das Bundesverfassungsgesetz vom 14. März 1957. Mit ihm wurden die „*Bestimmungen des Nationalsozialistengesetzes [...] abgeändert oder aufgehoben [...] (NS-Amnestie 1957)*“⁶¹ und somit unter anderem die Registrierungspflicht und der letzte Rest der bestehenden Sühnemaßnahmen für beendet erklärt. Auch im Nationalrat sah man das Gesetz als Schlusspunkt unter den Entnazifizierungsmaßnahmen, wie es auch der Abgeordnete Eibegger darstellt:

*„Zwölf Jahre nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes und zwölf Jahre nach der Wiedererrichtung der demokratischen Republik Österreich sollen die noch offenen Teile des sogenannten Nationalsozialistenproblems endgültig gelöst werden.“*⁶²

Während in der Debatte die Redner aus allen Parteien die Amnestie begrüßten, entbrannte die eigentliche Debatte darüber, wer denn daran schuld sei, dass es so lange gedauert hatte, diesen Schritt endlich zu setzen. Während die Abgeordneten der FPÖ auf Versäumnisse der Regierung hinwiesen, fanden die Vertreter von SPÖ und ÖVP die Schuld bei den Freiheitlichen, wie beispielsweise der SP-Abgeordnete Slavik:

*„Die Nationalsozialisten danken Ihnen [Anm.: der FPÖ] [...], daß es so lange gedauert hat, bis wir zu einer solchen Befriedungsaktion gekommen sind [...], weil sich auch in den Jahren der Besetzung viele Politiker der beiden Koalitionsparteien, der ÖVP genau so wie der SPÖ, bei den Alliierten dauernd bemüht haben, Erleichterungen zu erreichen, und weil Sie [...] den Alliierten immer die Argumente in die Hände gespielt haben, die es ihnen ermöglicht haben, alle Bemühungen der Koalitionsparteien zunichte zu machen“*⁶³

Zwar bekannten sich SPÖ und ÖVP nach wie vor zu den Entnazifizierungsgesetzen der zweiten Hälfte der 40er-Jahre, doch gleichzeitig versuchte sich jede Fraktion nun als die

⁵⁹ Sonja Niederacher, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 34

⁶⁰ Sonja Niederacher, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 36

⁶¹ BGBl. Nr. 82/1957

⁶² Eibegger, 28. Sitzg., 14.3.1957, 1241

⁶³ Slavik, 28. Sitzg., 14.3.1957, 1264

Partei präsentieren, die sich am meisten für die Rechte der „Ehemaligen“ eingesetzt hatte. Die Selbstdarstellungsversuche der jeweiligen Wahlwerber zeigen, wie unpopulär die Bestrafungs- und Sühnemaßnahmen gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten waren, oder zumindest, dass die Politiker davon ausgingen, mit einem Versöhnungskurs in dieser Frage den größten Erfolg erzielen zu können. Allerdings sollte man die Amnestiegesetzgebung nicht nur im Licht des parteipolitischen Kalküls zur Mehrheitsbeschaffung betrachten. Es ist ein realpolitisches Faktum, dass man nicht alle Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen auf Dauer vom Prozess der Demokratie ausschließen konnte. Allein die große Anzahl der betroffenen Personen hätte zu Unruhen geführt. Außerdem hätte man ohne die ehemaligen Nationalsozialisten wohl kaum den bestehenden Bedarf an Lehrern oder Beamten abdecken können. Gleichzeitig war die endgültige Beendigung der Sühnemaßnahmen ein Zeichen für den Neubeginn.

3 Die SPÖ und das Wählerpotential der ehemaligen Nationalsozialisten

3.1 Die Ausgangslage der SPÖ nach dem 2. Weltkrieg

3.1.1 Der Wechsel vom „roten“ ins „braune“ Lager

Die Politik, die die österreichischen Parteien hinsichtlich der Entnazifizierungsgesetzgebung verfolgten, war natürlich nicht nur vom Streben nach Gerechtigkeit und Normalität geprägt. Schon seit der Zeit des Austrofaschismus hatte es keine freien Wahlen mehr gegeben, und die SPÖ hatte keinen regulären Zugang zur Macht im Staat gehabt. Auch die politische Verfolgung hatte der Partei stark zugesetzt. Vor den ersten freien Wahlen nach der Zeit des Faschismus musste nun möglichst schnell eine breite Wählerbasis gefunden werden, denn auf ein großes Stammwählerpotential konnte man nach elf Jahren der Diktatur und der Verfolgung aus politischen und „rassischen“ Gründen nicht mehr hoffen. Problematisch war vor allem, dass die Strukturen des neuen politischen Hauptgegners, nämlich jene der Christlichsozialen, bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten in Österreich in Takt blieben.

Davor, zur Zeit der Ersten Republik, war es den Sozialdemokraten, damals noch unter dem Namen Sozialdemokratische Arbeiter Partei (SDAP), durchaus gelungen, einige beachtliche Wahlerfolge einzufahren. Aus den letzten Nationalratswahlen vor der Zeit des Faschismus, im Jahr 1930, war die Sozialdemokratische Partei mit 78 von 165 möglichen Mandaten noch als stärkste Kraft hervorgegangen, wenngleich die Stimmenmehrheit trotzdem rechts der Mitte angesiedelt war, denn neben den Christlichsozialen schafften auch der Heimatblock und der nationale Wirtschaftsblock und Landbund, mit insgesamt 87 Mandaten den Einzug in den Nationalrat.⁶⁴ Das Rückgrat der Sozialdemokratie bildete dabei ihre Stärke in Wien, während die Christlichsozialen hier gegenüber den Wahlen von 1927 massive Verluste einstecken mussten.⁶⁵

Doch die SDAP war nicht nur durch ihre Resultate bei Urnengängen ein bedeutsamer Faktor in der österreichischen Politlandschaft. Noch viel beeindruckender war die Anzahl der Menschen, die vor 1934 in diverse Organisationen der Partei eingegliedert waren. Etwa

⁶⁴ Rodney Stiefbold/Arlette Leupold-Löwenthal/Georg Ress/Walther Lichem/Dwayne Marvick, Wahlen und Parteien in Österreich. Band 3, Wien 1966, Seite 113

⁶⁵ Tim Kirk, Nazism and the working class in Austria. Industrial unrest and political dissent in the “national community”, Cambridge 1996, Seite 35

10% der Gesamtbevölkerung waren in SDAP-Institutionen organisiert, jeder dritte Wähler der Sozialdemokraten war auch Parteimitglied und der paramilitärische Selbstschutz der Partei, der Republikanische Schutzbund, zählte immerhin 96.000 Mitglieder und somit deutlich mehr als das 30.000 Mann starke österreichische Heer.⁶⁶

Viele Gefolgsleute der SDAP stammten traditionell aus der Arbeiterschaft. Die Christlich-sozialen, die unter anderem als Partei der Unternehmer galten, waren für Personen aus diesem Milieu hingegen kaum eine Alternative. Auch das stark ausgeprägte Lagerdenken in der Ersten Republik und die Ausschaltung des Parlaments durch Dollfuß, sowie das Verbot der SDAP nach 1934, schufen nicht gerade ein Vertrauensverhältnis zum politischen Rivalen. Es wäre also naheliegend zu vermuten, dass viele eingefleischte Sozialisten, allen voran Angehörige der Arbeiterschaft, eher mit dem Nationalsozialismus sympathisierten, als mit den, nunmehr als Vaterländische Front auftretenden Christlichsozialen. Immerhin war das Misstrauen gegenüber den „Schwarzen“ über viele Jahre gewachsen, während die „Braunen“ in Österreich bislang noch keine Regierungsverantwortung gehabt hatten, und somit eine rein oppositionelle Bewegung waren. Die ideologische Barriere war also scheinbar weitaus geringer und in der Beseitigung der austrofaschistischen Führung hatte man ein gemeinsames Ziel, wenn auch aus unterschiedlichen Motivationen heraus.

Diese und ähnliche Gedankenspiele könnten erklären, warum die, in der Ersten Republik mehrheitlich rote Arbeiterschaft 1938 plötzlich zu einem großen Teil braun eingefärbt war. Derartige Vereinfachungen, so oft sie auch vorgenommen werden und so plausibel sie auch klingen mögen, greifen aber wohl zu kurz und gehen wahrscheinlich auch von einer zu starken Homogenität der Arbeiterschicht aus. Auch Helmut Konrad widerspricht zumindest teilweise der These, dass sich die vormals sozialistischen Arbeiter eher als andere Bevölkerungsschichten zum Nationalsozialismus bekannt hätten. Zwar habe es zahlreiche Wechsel von den „Roten“ zu den „Braunen“ gegeben, doch diese wären nicht der Regelfall gewesen. Die Reaktion der meisten Sozialdemokraten auf die Ausschaltung der Partei während der Zeit des Ständestaates wäre der resignative Rückzug ins Privatleben gewesen. Der Wechsel zu den radikalen politischen Polen KPÖ und NSDAP sei zwar deutlich spek-

⁶⁶ Helmut Konrad, Das Werben der NSDAP um die Sozialdemokraten 1933-1938, in: Rudolf Ardel/Hans Hautmann (Hg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich, Wien 1990, Seite 74

takulärer, aber man dürfe nicht annehmen, dass sich NSDAP und SDAP „*wie kommunizierende Gefäße verhielten*“.⁶⁷

Eine konkrete Anzahl politischer Überläufer zu bestimmen gestaltet sich als schwierig. Die Zahl der Parteimitglieder ist hierfür kein besonders geeigneter Gradmesser. Im Gegensatz zur bereits angedeuteten organisatorischen und institutionellen Verbindung, die ein großer Teil der SDAP-Wähler zur eigenen Partei hatte, war man von Seiten der NSDAP nicht an einer derartigen Rekrutierung interessiert. Immerhin hatte man ab 1938 auch in Österreich die politischen Gegner in die Illegalität verdrängt und stand somit nicht in einem politischen Wettbewerb, zumal es ja auch keine Wahlen gab. Die Ehre der NSDAP-Mitgliedschaft sollte nicht jedem zu Teil werden und die Mitglieder mussten sich erst „bewähren“.⁶⁸

Aufgrund dieser elitären Auswahl ist ein Vergleich mit der Massenorganisation SDAP beziehungsweise SPÖ vor 1934 beziehungsweise nach 1945 schwierig und allgemeine Aussagen über den Umstieg können hier nicht ohne weiteres getroffen werden. Wie viele ehemalige Wähler der SDAP später mit der NSDAP sympathisierten ist auch durch das Fehlen von freien Wahlen kaum zu beantworten. Dass es allerdings eine nicht unbedeutende Wechselbewegung von den „Roten“ zu den „Braunen“ gab, daran besteht kein Zweifel. Dieser Umstand sollte jedoch nicht den Eindruck erwecken, der Nationalsozialismus sei in Österreich aus dem Schoße der Sozialdemokratie erwachsen. Immerhin fand die NSDAP schon vor der Zeit des Anschlusses großen Zuspruch bei vielen Teilen der Bevölkerung, und nicht nur bei der Arbeiterschaft. Helmut Konrad bezeichnet die Arbeiterschaft im Nationalsozialismus was die Wechselströme betrifft sogar als unterrepräsentiert gegenüber anderen Bevölkerungssegmenten und Wählern anderer Parteien.⁶⁹ Für die Christlichsozialen war der ideologische Umstieg in jedem Fall leichter, da der Unterschied zum Programm der Deutschnationalen in der Ersten Republik nicht allzu groß gewesen war, denn immerhin war man 1920 in eine gemeinsame Koalition gegangen und hatte sich 1927 sogar zu einer „*Einheitsliste*“ zusammengeschlossen, während die Sozialdemokraten hin-

⁶⁷ Helmut Konrad, Das Werben der NSDAP um die Sozialdemokraten 1933-1938, in: Rudolf Ardel/Hans Hautmann (Hg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich, Wien 1990, Seite 74-75

⁶⁸ Sonja Niederacher, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, Seite 20-21

⁶⁹ Helmut Konrad, Das Werben der NSDAP um die Sozialdemokraten 1933-1938, in: Rudolf Ardel/Hans Hautmann (Hg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich, Wien 1990, Seite 74

sichtlich politischer Allianzen und Partnerschaften relativ isoliert waren.⁷⁰ Auch durch den Umstand, dass sich die Angehörigen von Christlichsozialen und Heimwehr bereits 1930 im Korneuburger Eid offen zum Faschismus bekannten, und dass die Partei schließlich unter Dollfuß als Vaterländische Front die Demokratie ausschaltete, war man den Nationalsozialisten, die ebenfalls Gegner der Demokratie waren, ideologisch nicht ganz unähnlich. Außerdem gab es in der Gegnerschaft zum Bolschewismus (in Österreich durch die KPÖ repräsentiert - die Sozialdemokraten verstanden sich als nichtbolschewistisch⁷¹) und auch zum Sozialismus einende Elemente.

Das Jahr 1934 bedeutete einen radikalen Einschnitt in die politische Ordnung Österreichs. Nach der Ausschaltung des Parlaments und der Schaffung eines Einparteienstaates durch die Christlichsozialen, wurden alle anderen Parteien in den Untergrund gedrängt. Das Lagerdenken, der damit verbundene Aufbau von paramilitärischen Verbänden und der Bürgerkrieg mit seinen Opfern, vor allem auf Seiten des Schutzbundes beziehungsweise der Anhängerschaft der Sozialdemokraten, hatten schon zuvor tiefe Gräben zwischen die politischen Gegner gerissen. Entsprechend groß war nach dem Ende der Ersten Republik nun der Zulauf zu radikalen politischen Bewegungen. So verzeichneten etwa die, zwangsläufig ebenfalls illegalen, Kommunisten in Wien ein enormes Mitgliederwachstum, welches sich vor allem durch Wechsel aus den Reihen der ehemaligen Schutzbündler und SDAP-Mitglieder ergab. Manche Bezirksgruppen der „Roten Falken“ traten sogar geschlossen zur KPÖ über.⁷² Die „Revolutionären Sozialisten“, die illegale Nachfolgeorganisation der Sozialdemokraten, mussten massive Mitgliederverluste hinnehmen, obwohl sie ebenfalls vom vergleichsweise gemäßigten Kurs der Mutterpartei abkamen. Vor allem das Rennen um die Schutzbündler, die zum Großteil bei den Kommunisten ihre neue Heimat fanden, ging ganz klar verloren.⁷³ Die ehemaligen Mitglieder der „Parteiarmee“ gingen jedoch nicht nur an den Gegner am linken Ende des Parteienspektrums verloren. Die Arbeiter-Zeitung warnte 1934 junge Sozialisten davor, sich mit ihren Rachegelüsten gegenüber den Christ-

⁷⁰ Tim Kirk, *Nazism and the working class in Austria. Industrial unrest and political dissent in the "national community"*, Cambridge 1996, 19-20

⁷¹ Richard Mitten, „Die Sühne ... möglichst milde zu gestalten“. Die sozialdemokratische „Bearbeitung“ der Nationalsozialismus und des Antisemitismus in Österreich, in: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hg.), *Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland*, 103

⁷² Tim Kirk, *Nazism and the working class in Austria. Industrial unrest and political dissent in the "national community"*, Cambridge 1996, 44-45

⁷³ Helmut Konrad, *Das Werben der NSDAP um die Sozialdemokraten 1933-1938*, in: Rudolf Ardel/Hans Hautmann (Hg.), *Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich*, Wien 1990, Seite 81

lichsozialen an die Nazis zu wenden.⁷⁴ Offensichtlich erkannte man die „Braunen“ als große Bedrohung für die eigenen Mitgliederpotentiale. Vor allem in Oberösterreich, der Steiermark und Kärnten liefen Schutzbündler zu den Nazis über, während dies in Wien kaum der Fall war.⁷⁵ Die Triebfeder des Wechsels zu den „Braunen“ war wohl in vielen dieser Fälle der Hass auf das austrofaschistische Regime. Die Nationalsozialisten waren wesentlich gewalttätiger und brutaler als die Kommunisten und die Revolutionären Sozialisten. Helmut Konrad ist daher überzeugt, dass diese Gewaltbereitschaft bei den ehemaligen Sozialdemokraten den Eindruck erweckte, „daß nur der Nationalsozialismus aktiv und offensiv das verhasste Regime bekämpfte.“⁷⁶ Dass durch das Aufkommen des Nationalsozialismus ein noch viel mächtigerer Gegner für die Sozialdemokratie erwuchs, der ebenfalls eine faschistische Bewegung war, spielte für diese Menschen scheinbar keine Rolle, oder wurde in dieser Form nicht wahrgenommen. Wahrscheinlich konnten sich Personen, die sich bis zu diesem Zeitpunkt mit der SDAP identifiziert hatten aber zum Teil einfach eher mit dem antiklerikalen Faschismus der Nazis anfreunden, als mit dem klerikalen Austrofaschismus. Der Deutschnationalismus stellte jedenfalls keine entscheidende ideologische Barriere dar. Viele führende Sozialdemokraten, darunter auch Otto Bauer, waren stets von der wirtschaftlichen Notwendigkeit eines Anschlusses an Deutschland überzeugt gewesen, von dem sie sich auch eine größere Bühne für die Verbreitung der austromarxistischen Theorien erhofften. Ein klares Bekenntnis zu einem autonomen österreichischen Staat, so wie er in der Ersten Republik bestand, gab es von Seiten der SDAP nicht, schon allein da man sich im stark agrarisch geprägten Österreich wahltechnisch gegenüber den Christlichsozialen klar im Nachteil wähnte.⁷⁷

Trotz der sozialistischen Forderung nach einem Anschluss an Deutschland, die auf der ideologischen Ebene dem Hitlerregime in die Karten spielte, kam es in Wien, wo die Sozialdemokraten eine starke Gegenkultur etabliert und ihre Anhängerschaft strukturell sehr stark an sich gebunden hatten, kaum zu Wechseln von den „Roten“ zu den „Braunen“.⁷⁸ Am meisten gefestigt präsentierte sich hierbei vor allem die sozialistische Arbeiterschaft,

⁷⁴ Zit. nach Tim Kirk, *Nazism and the working class in Austria. Industrial unrest and political dissent in the "national community"*, Cambridge 1996, 45

⁷⁵ Helmut Konrad, *Das Werben der NSDAP um die Sozialdemokraten 1933-1938*, in: Rudolf Ardel/Hans Hautmann (Hg.), *Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich*, Wien 1990, Seite 82

⁷⁶ Helmut Konrad, *Das Werben der NSDAP um die Sozialdemokraten 1933-1938*, in: Rudolf Ardel/Hans Hautmann (Hg.), *Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich*, Wien 1990, Seite 82

⁷⁷ Karl Vocelka, *Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik*, München 2009⁵, 275-276

⁷⁸ Helmut Konrad, *Das Werben der NSDAP um die Sozialdemokraten 1933-1938*, in: Rudolf Ardel/Hans Hautmann (Hg.), *Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich*, Wien 1990, Seite 76

wie auch der Sozialist Karl Ranner 1937 in einem Briefwechsel bemerkt, in dem er auch die starke Anziehung des Nationalsozialismus auf die Jugend thematisiert:

*„Die Industriearbeiterschaft ist, soweit sie die älteren Jahrgänge betrifft, die die alte sozialdemokratische Schule mitgemacht haben, der Partei treu. Die heranwachsende Generation aber ist Nazieinflüssen ausgesetzt.“*⁷⁹

Interessanterweise war der Grund für diese Resistenz gegen den Nationalsozialismus wohl nicht die Ablehnung des Antisemitismus. Dieser dürfte nämlich gerade in Wien durchaus recht verbreitet gewesen sein. Auch sonst spielte die Ablehnung der NS-Judenpolitik vermutlich keine bedeutende oder identitätsstiftende Rolle für die verschiedenen Widerstandsgruppierungen.⁸⁰ Die Verwendung antisemitischer Stereotypen war in der ersten Republik für die SDAP kein Tabuthema gewesen. Man bediente sich ihrer etwa, um die Christlichsozialen zu diffamieren, indem man ihnen den Schutz „*jüdischen Kapitals*“ vorwarf, um somit neue Mitstreiter zu gewinnen. Der Brückenschlag vom Kapitalismus zum Judentum wurde selbst von hohen jüdischen Parteifunktionären geduldet, wohl auch um sich dem Vorwurf zu entziehen, nur die Interessen der Juden zu vertreten. Mancher Sozialist erkannte im Antisemitismus die Folge einer normalen kapitalistischen Entwicklung. Sogar positives war ihm abzugewinnen. Der Antisemitismus wurde teilweise als der „*Sozialismus des dummen Wiener Kerls*“ angesehen, der zwar nicht der ideologischen Konzeption der sozialistischen Weltanschauung entsprach, aber als antikapitalistische Geisteshaltung durchaus als positiv zu bewerten eingestuft wurde.⁸¹ Problematisch war jedoch auch die theoretische Einschätzung, die die SDAP zur kategorischen Einordnung und Bewertung des Hitlerfaschismus heranzog. Der deutsche und österreichische Faschismus wären im Wesentlichen zwei Varianten der Krisensymptome des Kapitalismus. Den Antisemitismus der Nationalsozialisten betrachteten die Sozialisten nur als Begleiterscheinung, keineswegs jedoch als konstitutives Element dieser faschistischen Strömung. Entsprechend war man hinsichtlich antisemitischer Stereotypen nicht sonderlich sensibilisiert.⁸²

⁷⁹ Zit. nach: Jaques Hannak, Karl Renner und seine Zeit, Wien 1965, 630

⁸⁰ Robert Knight (Hg.), „Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945-52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt 1988, 14

⁸¹ Richard Mitten, „Die Sühne ... möglichst milde zu gestalten“. Die sozialdemokratische „Bearbeitung“ der Nationalsozialismus und des Antisemitismus in Österreich, in: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, 104-105

⁸² Richard Mitten, „Die Sühne ... möglichst milde zu gestalten“. Die sozialdemokratische „Bearbeitung“ der Nationalsozialismus und des Antisemitismus in Österreich, in: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert

Obwohl sich die Schutzbündler nach 1934 in großer Zahl politisch umorientierten, arrangierten sie sich kaum mit dem System des Ständestaates. Der Übertritt in die Heimwehr blieb daher die absolute Ausnahme.⁸³ Stattdessen blieb der Kontrahent aus dem Bürgerkrieg für die meisten Schutzbündler ein rotes Tuch. Die tiefen Kluften zwischen den politischen Lagern machten es dem Austrofaschismus unmöglich, eine derartige Massenbewegung zu werden, wie dies später dem Nationalsozialismus gelingen sollte. Doch nicht nur in der Rolle als Feindbild der illegalen oppositionellen Kräfte begünstigte das Dollfuß-beziehungsweise Schuschnigg-Regime deren gegenseitige Annäherung. Auch der Umstand, dass die Austrofaschisten ihre politischen Gegner ab 1933 in Anhaltelagern festhielten, verstärkte den Austausch zwischen „Rot“ und „Braun“. Die Lager des Ständestaates waren in keinsten Weise mit den Konzentrationslagern der Nazis zu vergleichen. Zwar waren die Häftlinge ihrer persönlichen Freiheit beraubt, doch sie mussten nicht hungern und wurden, zumindest in den meisten Fällen, ausreichend medizinisch versorgt, sodass die meisten Insassen diese Anstalten nach einiger Zeit auch wieder lebend und bei guter Gesundheit verlassen konnten. Im Vordergrund des Lageralltags stand für die politischen Häftlinge der intellektuelle Austausch. Illegale Bibliotheken wurden angelegt und in den Anhaltelagern veranstalteten sowohl Nationalsozialisten als auch Sozialdemokraten ihre eigenen Seminare, denen jeweils auch die Angehörigen der anderen politischen Bewegung lauschten. Der Lageralltag bot genug Zeit um Gemeinsamkeiten zu entdecken, während der Freiheitsentzug durch das Regime den Hass auf selbiges weiter verstärkte. Der eigentliche Zweck der Anhaltelager, durch exemplarische Bestrafung die Strukturen der illegalen oppositionellen Kräfte zu zerschlagen, wurde somit in der Praxis jedenfalls klar verfehlt.⁸⁴

Manche führende Aufständische des österreichischen Widerstandes im Bürgerkrieg sahen in den Nationalsozialisten eine Chance auf Revanche für ihre Niederlage. Richard Bernaschek, der sich als jener Schutzbundführer, der sich im Hotel Schiff mit seinen Gefolgsleuten einer Waffensuchaktion durch das Regime widersetzt hatte, einen Namen gemacht hatte, und somit zu einer der zentralen Figuren des Bürgerkriegs geworden war, arrangierte sich schnell mit der aufstrebenden rechten Bewegung. In engeren Kontakt mit den Nationalsozialisten kam er durch seine Flucht aus dem Linzer Landesgericht. Ein Justizwache-

Lichtblau (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, 105-106

⁸³ Tim Kirk, Nazism and the working class in Austria. Industrial unrest and political dissent in the “national community”, Cambridge 1996, Seite 45-46

⁸⁴ Pia Schölnberger: „Durchaus erträglich“? Alltag im Anhaltelager Wöllersdorf, in: DÖW-Mitteilungen 195 (2010), 1-4

beamter und illegaler Nationalsozialist organisierte dieses Unterfangen für Bernaschek und seine prominenten Schutzbundkollegen Franz Schlagin und Otto Huschka, sowie zwei mitgefangene Nationalsozialisten. Seine wiedergewonnene Freiheit konnte Bernaschek im Deutschen Reich verbringen, und er entdeckte dabei große Sympathien für das Programm der NSDAP, mit dem sich laut Bernaschek die Arbeiterschaft eher identifizieren könnte, als mit dem austrofaschistischen Regime. So sahen das wohl auch Schlagin und Huschka, die sich sofort den Nationalsozialisten anschlossen. Bernaschek vollzog diesen Wechsel selbst nie, soll aber viele Schutzbündler zu diesem Schritt ermutigt haben.⁸⁵ Inez Kykal und Karl Stadler widersprechen in ihrer Bernaschek-Biographie von 1976 zwar der These, dass der Schutzbundführer sich zu einem derartigen Engagement für den Nationalsozialismus hinreißen ließ, und vertreten sogar den Standpunkt, Bernaschek habe nichts als Verachtung für jene Sozialisten übrig gehabt, die den angesprochenen Wechsel vollzogen hätten⁸⁶, doch diese Annahmen sind von den neueren Forschungen verworfen worden. Vielmehr scheint sich Bernaschek erst nach dem Anschluss gegen den Nationalsozialismus gerichtet und seine Abneigung zu diesem entdeckt zu haben. Tatsächlich starb er letztlich als Angehöriger des Widerstandes und wurde 1945 in Mauthausen hingerichtet.⁸⁷ Dass Bernascheks zwischenzeitliche Zustimmung zum Nationalsozialismus politisches Kalkül im Kampf gegen den Ständestaat gewesen sei, wie dies Kykal und Stadler in ihren Ausführungen nahelegen, ist zwar eine durchaus realistische Überlegung, ändert aber nichts an dem Umstand, dass er den Umstieg vom „Roten“ zum „Braunen“ Lager mit seinem Wirken begünstigte.

Ein Anschluss an Deutschland, der zwangsläufig mit einer Machtergreifung der Nationalsozialisten in Verbindung gebracht werden musste, war, wie bereits erwähnt, kein großes Problem für die meisten Sozialdemokraten. Es gab einige prominente Fürsprecher dieses Vorganges, wie wir in der Folge noch sehen werden. Sie konnten sich dabei auch auf das Linzer Parteiprogramm der SDAP von 1926 beziehen, in dem man *„den Anschluß Deutscher Österreichs an das Deutsche Reich als notwendigen Abschluß der nationalen Revolution*

⁸⁵ Helmut Konrad, Das Werben der NSDAP um die Sozialdemokraten 1933-1938, in: Rudolf Ardel/Hans Hautmann (Hg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich, Wien 1990, 76

⁸⁶ Inez Kykal/Karl Stadler, Richard Bernaschek. Odysee eines Rebellen, Wien 1976, 215

⁸⁷ Inez Kykal/Karl Stadler, Richard Bernaschek. Odysee eines Rebellen, Wien 1976, 207-215

von 1918“⁸⁸ sah. Erst im Oktober 1933 wurde diese Passage aus dem Parteiprogramm gestrichen.⁸⁹

Doch nicht nur der Anschlussgedanke und der Kampf gegen den Ständestaat waren die Gründe für Bernascheks Sympathien zu den Nationalsozialisten. Er sah in ihrer Ideologie große Ähnlichkeiten zu den Überzeugungen, für die seine Partei in den vorangegangenen Jahren gekämpft hatte:

*„Zwei gewaltige sozialistische Versuche zwingen heute ganz Europa und zum Teil auch die übrige Welt in ihren Bann. Welcher Weg wird rascher zum Ziel führen? Laufen sie parallel? Werden sie sich schneiden? Oder laufen sie irgendwo, in einer heute noch nebelhaften Ferne, zusammen?“*⁹⁰

Offensichtlich stellte Bernaschek das Einende von Sozialismus und Nationalsozialismus deutlich über das Trennende. Die Brutalität, mit der die illegalen Nationalsozialisten in Österreich ihre Anschläge verübten, scheint hingegen auch ihn nicht gestört zu haben. Gewalt waren die Mitglieder des Schutzbundes schließlich nach Jahren der turbulenten Auseinandersetzungen mit dem Heer, der Polizei und den Heimwehren gewöhnt und außerdem richteten sich die Angriffe gegen die ungeliebte Regierung.

In den verschiedenen Bundesländern waren die aktivistischen Teile der SPÖ unterschiedlich stark. Besonders in Oberösterreich hatte der Schutzbund viele Anhänger und Bernaschek war eine wichtige Symbolfigur. Die Nationalsozialisten bauten seine Sympathiebekundungen daher mit Freude in ihre Propaganda ein und erlebten mancherorts auch viele positive Rückmeldungen von Seiten der sozialdemokratischen Amtsträger.⁹¹ Hans Schafranek konstatiert, dass die Grenze zwischen den Nationalsozialisten und den Mitgliedern sozialdemokratischer Jugendorganisationen, vor allem aus den Reihen der Sozialdemokratischen Arbeiter Jugend (S.A.J.), schon zur Jahreswende 1933/34 verschwommen gewesen sei. Gegenseitige Nichtangriffsabkommen waren auch anderer Orts nicht unge-

⁸⁸ Klaus Berchtold, Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, Wien 1967, 264

⁸⁹ Klaus Berchtold, Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, Wien 1967, 264

⁹⁰ Karl Stadler/Inez Kykal, Richard Bernaschek. Odysee eines Rebellen, Wien 1976, 138

⁹¹ Helmut Konrad, Das Werben der NSDAP um die Sozialdemokraten 1933-1938, in: Rudolf Ardel/Hans Hautmann (Hg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich, Wien 1990, 83-84

wöhnliches, doch die S.A.J. verzeichnete einen besonders starken Mitgliederschwund in Richtung der NSDAP.⁹²

Der Wechsel von nichtmilitanten Mitgliedern der SDAP in andere politische Lager erfolgte weit weniger sprunghaft als jener bei den militanten Befürwortern der Partei, und war nicht derart stark mit dem Parteiverbot nach dem verlorenen Bürgerkrieg verknüpft, wie dies bei den Angehörigen des Schutzbundes der Fall war. Derartige Übertritte fanden wohl zunächst hauptsächlich im Süden statt, während Wien, wie bereits angedeutet, zunächst keine große Anzahl von sozialdemokratischen Farbwechseln in Richtung der NSDAP erlebte. Helmut Konrad vertritt sogar die These, dass Wechsel zwischen diesen beiden politischen Lagern in der Wiener Arbeiterschaft in erster Linie 1945 zu suchen seien. Die Nazis wären demnach in der Bundeshauptstadt nicht in der Lage gewesen, in die sozialistische Kernwählerschaft einzudringen. Ihre Stärke in der Arbeiterschaft sei erst durch neue Industrieansiedelungen entstanden, deren Angestellte den Eindruck gehabt hätten, den Nazis für die Schaffung ihrer Arbeitsplätze zu Dank verpflichtet zu sein. Die Bewohner der, kurzfristig aus dem Boden gestampften nationalsozialistischen Mustersiedelungen wären nach 1945 überwiegend zu Wählern der SPÖ geworden, meint Konrad mit Verweis auf entsprechende Wahlergebnisse. Er kommt daher zu dem Schluss, dass die Arbeiterschaft in Wien keineswegs einen doppelten Wechsel von „rot“ nach „braun“ und wieder zurück vollzogen habe, sondern zieht eine Trennlinie bei der Wechselrichtung von der SDAP zur NSDAP.⁹³

Derartige Thesen sind nicht ganz unproblematisch, da sie sich zwangsläufig auf eine sehr dünne Faktenlage stützen müssen. Wie sehr sich das ehemals sozialistische Arbeitermilieu mit dem NS-Regime identifizierte, ist nicht ohne weiteres in Zahlen zu fassen. Welche Kennzahlen soll man hierzu heranziehen? Die Tendenz, dass die NSDAP in Wien bei den letzten demokratischen Wahlen weit weniger erfolgreich war als anderenorts, stützt jedenfalls Konrads These. Für die Jahre danach fehlen jedoch entsprechende Kennzahlen, weshalb Pauschalaussagen über die Lagerung der Sympathien der Arbeiterschaft für die Zeit des austrofaschistischen, und später des nationalsozialistischen Regimes, nicht ohne weiteres möglich sind. Der Wechsel großer Teile der, im Jahre 1945 „braunen“ Arbeiterschaft in die Reihen der Sozialdemokraten kann dagegen, zumindest unter der realistischen Hypothese, dass die neuen Industrieansiedlungen zuvor tatsächlich mehrheitlich der NS-

⁹² Hans Schafranek, NSDAP und Sozialisten nach dem Februar 1934, in: Rudolf Ardel/Hans Hautmann (Hg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich, Wien 1990, 92-93

⁹³ Helmut Konrad, Das Werben der NSDAP um die Sozialdemokraten 1933-1938, in: Rudolf Ardel/Hans Hautmann (Hg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich, Wien 1990, 85-87

Herrschaft zugetan gewesen waren, als einigermaßen gesichert gelten, da man in diesem Fall die Wahlergebnisse dieser Siedlungen nach 1945 als Indikatoren zur Verfügung hat.

Zwar stellte sich die SPÖ nach dem Zweiten Weltkrieg als Kämpferin gegen jede Art des Faschismus dar, worauf wir später noch zurückkommen werden, doch in Wahrheit gelang es der Partei nicht, sich zu einer einheitlichen Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus durchzuringen. Während die Vaterländische Front ein klares Feindbild darstellte, schien der Aufstieg der NSDAP in Deutschland zumindest einen Teil der Sozialdemokraten zu faszinieren. Jedenfalls konnten einige ehemalige SPÖ-Mitglieder dem Einmarsch von Hitlers Truppen im Jahre 1938 auch positive Aspekte abgewinnen, wie dies beispielweise der ehemalige Staatskanzler Karl Renner, der auch nach 1945 als Oberhaupt der Provisorischen Staatsregierung und danach als Bundespräsident eine bedeutende politische Rolle spielte, in seinem berühmten Interview mit dem „Neuen Wiener Volksblatt“ tat:

„Obschon nicht mit jenen Methoden, zu denen ich mich bekenne, errungen, ist der Anschluß nunmehr doch vollzogen, ist geschichtliche Tatsache, und diese betrachte ich als wahrhafte Genugtuung für die Demütigungen von 1918 und 1919, für St.-Germain und Versailles. [...] Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutschösterreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St.-Germain werde ich mit Ja stimmen.“⁹⁴

Der Zweck heiligte also für Renner die Mittel. Doch nicht nur vom rechten Parteiflügel der ehemaligen SDAP, dem man den ehemaligen Staatskanzler zurechnen kann, gab es positive Stimmen zum Anschluss an Hitler-Deutschland. Otto Bauer, der wichtigste Vertreter des linken Flügels der Sozialdemokratie und eine bedeutende Autorität in der gesamten Partei, sprach sich auch nach der Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich ganz klar gegen die Wiederherstellung eines unabhängigen Staates auf dem Gebiet der nunmehrigen Ostmark aus.⁹⁵ Eine gesamtdeutsche Revolution war seiner Ansicht nach die einzig denkbare Lösung im Kampf gegen den Faschismus.⁹⁶ Mit dem Beharren auf die alte sozialdemokratische Forderung nach dem Anschluss an Deutschland versäumten es die wichtigsten Repräsentanten der nunmehr verbotenen Partei, sich vom Nationalsozialismus ab-

⁹⁴ Neues Wiener Tagblatt, 3.4.1938

⁹⁵ Richard Mitten, „Die Sühne ... möglichst milde zu gestalten“. Die sozialdemokratische „Bearbeitung“ der Nationalsozialismus und des Antisemitismus in Österreich, in: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, 105

⁹⁶ Ernst Hanisch, Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938), Wien/Köln/Weimar 2011, 369-370

zugrenzen. Mit der Etablierung der nationalsozialistischen Diktatur im Nachbarland war die Partei in ein großes argumentatives Dilemma geraten, aus dem man sich nicht befreien konnte. Unter diesen Gesichtspunkten muss man auch Otto Bauers Bekenntnis zu einer großdeutschen Lösung, auch in Anbetracht der mittlerweile installierten NS-Herrschaft sehen. Sich nun für den „*Staat, den keiner wollte*“, diesen „*Staat wider Willen*“, wie Österreich nach dem Friedensvertrag von St. Germain oft bezeichnet worden war,⁹⁷ einzusetzen, wäre gegen seine Überzeugungen gewesen. Natürlich hatte Otto Bauer keinerlei Sympathien für den Nationalsozialismus, der ihm die Rückkehr in die Heimat verstellte, nachdem er bereits 1934 vor dem Austrofaschismus geflüchtet war, und gegen den er aus dem Exil heraus mobil zu machen versuchte. Sich gegen eine neuerliche Abspaltung der nunmehrigen Ostmark vom Deutschen Reich auszusprechen war vielmehr an die Hoffnung geknüpft, dass sich das politische System früher oder später wieder ändern würde, und somit die Vereinigung Österreichs mit Deutschland auch unter den gegebenen Aspekten im Sinne der Sozialisten sein müsste. Durch seine tiefe ideologische Verwurzelung in der Idee einer gemeinsamen deutschen Nation hätte Bauer der objektive Blick auf die wahren Konsequenzen des Anschlusses von 1938 gefehlt, meint daher auch Ernst Hanisch.⁹⁸ Wie auch bei vielen anderen Sozialisten spielte dabei die Einschätzung, dass der Hauptfeind der eigenen Bewegung im klerikalen Faschismus der vaterländischen Front zu finden sei, eine wichtige Rolle. In einem Artikel in „*Der Kampf*“ ortete Otto Bauer im Jahre 1935 jedoch die größte Bedrohung nicht in der Person des Diktators Schuschnigg. Vielmehr fürchtete er eine habsburgische Restauration. Dass Otto von Habsburg in vielen kleinen Gemeinden zum Ehrenbürger ernannt worden war, deutete er als Tendenz in diese Richtung. In Brünn, von wo aus er seine Exilpolitik betrieb, stieß Bauer mit diesen Bedenken auf offene Ohren, denn die Staaten der kleinen Entente teilten mit ihm sowohl die Abneigung gegenüber den ehemaligen Monarchen, als auch die große Angst vor ihrer Rückkehr. Dem klerikalen Faschismus, so schrieb Bauer in „*Der Kampf*“, fehle jedenfalls eine strahlkräftige Führerpersonlichkeit. Der alte Adel und die Vertreter des Klerus würden jedoch im Fall der Machtergreifung Otto von Habsburgs eine gemeinsame Identifikationsfigur erhalten. Die herrschende Klasse der Monarchie würde sich daher, so Bauers Überzeugung, nach einer derartigen Entwicklung sehnen, da somit eine Barriere gegen das nationalsozialistische Deutschland errichtet werden könnte. Für die faschistische Diktatur in Österreich würde die Beteiligung der Habsburger eine Stabilisierung und Festigung bedeuteten, erläutert der

⁹⁷ Karl Vocelka, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik, München 2009⁵, 275

⁹⁸ Ernst Hanisch, Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938), Wien/Köln/Weimar 2011, 98-99

sozialistische Theoretiker seine Ängste.⁹⁹ Eine große Chance für den Sozialismus sieht er jedoch im Kampf gegen die Restauration der österreichischen Monarchie:

„So ist es wahrscheinlich, daß die Arbeiterklasse, wenn sie sich gegen die Restauration der Habsburger erhöhe, breite Massen deutschnationaler Intellektueller, Bürger und Bauern mitreißen könnte.“¹⁰⁰

Im Kampf gegen die vermeintliche Bedrohung durch die Habsburger erkennt Otto Bauer auch in den Nationalsozialisten potentielle Mitstreiter:

„Nicht die Nazi, sondern die Habsburger sind im Augenblick die nächste dringendste Gefahr. Gegen die nächste, dringendste Gefahr, gegen die Habsburger, müssen wir mit Tod und Teufel zusammen kämpfen; ist erst die klerikofaschistische Diktatur gestürzt und die Habsburgergefahr abgewehrt, dann werden wir uns des braunen Todes, des braunen Teufels in einem zweiten Kampf erwehren müssen.“¹⁰¹

Otto Bauers theoretisches Konzept war offensichtlich der schnellen Wandlung der äußeren Umstände in keinsten Weise gewachsen und führte zu eklatanten Irrtümern. Erst nach dem Juliabkommen des Jahres 1936 zwischen Hitler und Schuschnigg erkannte er, dass der Nationalsozialismus *„der mächtigste, brutalste, gefährlichste Feind des internationalen Sozialismus“¹⁰²* sei. Es läge an einer eklatanten Fehleinschätzung, dass viele ungeschulte Arbeiter diesen Feind noch nicht als solchen erkannt hätten, war nun Bauers neue These. Der „Klerikofaschismus“ hätte als gemeinsames Feindbild die Nationalsozialisten als Verbündete erscheinen lassen, der sich, so die Illusion, einzig in seiner massiven Aggression gegen das Judentum vom Sozialismus unterschied. Die Arbeiterschaft wäre daher zum Teil der Ansicht, dass der Sturz der Diktatur durch die Nazis jedenfalls als Verbesserung zu werten sei, lautete Otto Bauers Einschätzung.¹⁰³

Auch viele andere Sozialdemokraten hatten die Gefahren des Nationalsozialismus wohl von Beginn an grundlegend unterschätzt oder schlicht und ergreifend zu spät erkannt. Karl Renner hatte dafür eine 1945 eine einfache Erklärung parat:

⁹⁹ Ernst Hanisch, *Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938)*, Wien/Köln/Weimar 2011, 339-340

¹⁰⁰ Zit. nach: Ernst Hanisch, *Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938)*, Wien/Köln/Weimar 2011, 340

¹⁰¹ Zit. nach: Ernst Hanisch, *Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938)*, Wien/Köln/Weimar 2011, 340

¹⁰² Zit. nach: Ernst Hanisch, *Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938)*, Wien/Köln/Weimar 2011, 365

¹⁰³ Ernst Hanisch, *Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938)*, Wien/Köln/Weimar 2011, 340

„Die Mehrheit des Volkes war also gegen den Staat gleichgültig geworden und die Minderheit, die durch bloß ernannte Stände als Volk kostümiert war, war natürlich zu schwach, um Widerstand zu leisten. Die Folge davon war, daß Hitler sehr leichtes Spiel hatte. Glauben sie ja nicht, daß die Arbeiterschaft vergessen hat, was ihr angetan wurde.“¹⁰⁴

Laut dem Staatskanzler hatten die Sozialisten unter dem autrofaschistischen Regime also keinen Antrieb für den, ohnehin bereits totalitären, und vom politischen Gegner geführten Staat ihr Leben zu riskieren. Vielleicht erhofften sich einige von ihnen sogar eine gewisse Verbesserung der eigenen Situation oder erfreuten sich einfach nur daran, dass die Christlichsozialen ihre uneingeschränkte Macht verloren. Der sozialistische Nationalratsabgeordnete Rupert Zechtl klagte 1948 den Austrofaschismus als Wegbereiter des Nationalsozialismus an:

„Der Austrofaschismus benützte die verzweifelte wirtschaftliche Lage Hunderttausender, um gegen die ihm verhaßte Demokratie zum entscheidenden Schlag auszuholen. [...] Alle demokratischen Bollwerke waren systematisch zerschlagen. Der siegreiche Austrofaschismus hat die tragische Schuld auf sich geladen, der Wegbereiter des Nationalsozialismus gewesen zu sein.“¹⁰⁵

Immer wieder wiesen sozialdemokratische Politiker der jungen Zweiten Republik auf die austrofaschistische Vergangenheit der ÖVP hin, um deren demokratische Verlässlichkeit kritisch zu hinterfragen. Dass die ehemaligen Faschisten nun zum Teil in der Regierung saßen, ohne jemals mit Sühnemaßnahmen rechnen zu müssen, war der SPÖ ein Dorn im Auge. Richard Mitten vertritt daher die These, dass die Sozialdemokraten höchstwahrscheinlich auch genau aus diesem Grund nicht einsehen konnten, dass die Nationalsozialisten die einzigen waren, die für ihre Überzeugung mit Strafverfolgung durch die österreichische Justiz zu rechnen hatte. Folglich war es das Streben nach Gerechtigkeit, das dazu führte, dass die Sozialdemokraten sich gegenüber den Nationalsozialisten vielfach gnädig zeigten, da die klerikalen österreichischen Faschisten komplett straffrei blieben. Aus Sicht vieler SPÖ-Politiker erfolgte jedenfalls in den Jahren 1933 beziehungsweise 1934 der entscheidende Einschnitt, im Zuge dessen die Partei in die Illegalität gedrängt worden war.

¹⁰⁴ Robert Knight (Hg.), „Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945-52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt 1988, 78-79

¹⁰⁵ Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, 53

1938 war hingegen für viele Sozialisten nur ein Übel gegen das andere ausgetauscht worden.¹⁰⁶

Wie im Austrofaschismus blieb die Partei nach dem Anschluss an Hitlerdeutschland verboten und war wiederum mit einem Regime konfrontiert. Die Verfolgung gegen Mitglieder der ehemaligen SPÖ verschlimmerte sich sogar noch, denn viele Anhänger der Partei waren jüdischen Glaubens und somit Opfer der NS-Rassenpolitik. Vormalige Spitzenfunktionäre, die die Zeichen der Zeit schnell genug erkannten, flüchteten ins Ausland um die Partei vom Exil aus fortzuführen oder einfach nur um sich ein neues Leben aufzubauen. Andere SPÖ-Mitglieder, die nicht aus „rassischen“ Gründen verfolgt wurden und von den Nationalsozialisten auch nicht wegen ihres politischen Engagements als Gefahr eingestuft worden waren, hatten nun die Wahl, vor der auch die anderen Menschen in Österreich standen, sofern sie nicht Angehörige der von den Nazis ausgegrenzten Gruppen waren: Sie konnten sich entweder gegen das Regime auflehnen, und somit ihr Leben riskieren, oder sich möglichst unauffällig verhalten, um einigermaßen bequem weiterleben zu können. Darüber hinaus konnten sie sich natürlich auch mit den neuen Machthabern arrangieren und sich aktiv für den Nationalsozialismus engagieren. Besonders mit jenen Personen, die sich für diesen, über das bloße Mitläufertum hinausgehenden Weg entschieden, werden wir uns später noch etwas genauer beschäftigen.

3.1.2 Die Situation der SPÖ nach Kriegsende

Nach dem Kriegsende 1945 waren von der SPÖ nur noch einzelne Gruppierungen übrig. Eine Parteiführung im Exil, einige Politiker, die während der NS-Zeit inaktiv gewesen waren, Inhaftierte aus rassistischen und politischen Gründen, und Mitglieder des aktiven Widerstandes, die in der Zeit von 1934 bis 1945 in der Illegalität operiert hatten. Wer die Führungspositionen in der Partei übernehmen sollte, war aufgrund der fehlenden Strukturen zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar. Machtkämpfe zwischen dem rechten und linken Flügel der Partei, die sich schon zur Zeit der Ersten Republik in vielen Fragen uneins gewesen waren, waren allerdings vorprogrammiert.

Zunächst lag die Entscheidungsgewalt jedoch bei den Alliierten, die nach der Befreiung in den ersten Wochen auch in Eigenregie die ersten Entnazifizierungsmaßnahmen vornah-

¹⁰⁶ Richard Mitten, „Die Sühne ... möglichst milde zu gestalten“. Die sozialdemokratische „Bearbeitung“ der Nationalsozialismus und des Antisemitismus in Österreich, in: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, 109-110

men.¹⁰⁷ Die Entnazifizierung in Österreich sollte jedoch über die bloße strafrechtliche Verfolgung hinausgehen. Wichtigstes Ziel war es, den nationalsozialistischen „Geist“ zu verbannen. Nachdem der neuerliche Anschluss an Deutschland verboten war, und die Alliierten an der Beseitigung jeglichen „deutschen“ Einflusses interessiert waren, kam es zu einer bemerkenswerten Verknüpfung, die die Entnazifizierung in Österreich wesentlich von jener des nördlichen Nachbarlandes unterschied. Mehr oder weniger wurde die Entnazifizierung mit der Bekämpfung des „*Pangermanismus*“ gleichgesetzt. Dies passte auch gut in die Darstellung Österreichs als erstes Opfer der Hitlerschen Aggression. Schließlich konnte man sich somit klar von Nazideutschland abgrenzen. Das neue „*Österreichertum*“ wurde, anders als in der Ersten Republik, von allen Parteien mitgetragen, und schuf somit eine Grundlage für einen überparteilichen Brückenschlag.¹⁰⁸

Das Engagement, das die SPÖ in der Ersten Republik für den Anschluss an Deutschland an den Tag gelegt hatte, machte nun eine ideologische Neuausrichtung notwendig, durch die man gegenüber der Volkspartei ein wenig im Nachteil war. Schließlich hatte diese den identitätsstiftenden Vorteil, für sich reklamieren zu können, als einzige Partei immer für einen eigenständigen österreichischen Staat eingetreten zu sein. Zwar war man teilweise ebenfalls für den Anschluss eingetreten, da man den starken Willen der Bevölkerung dazu nicht ohne weiteres übergehen hätte können, doch die Begeisterung dafür hatte sich in Grenzen gehalten. Im Gegensatz zu den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten fürchtete man im Falle einer Vereinigung Österreichs mit dem stärker industrialisierten großen Nachbarn einen Rückfall in die politische Bedeutungslosigkeit.¹⁰⁹ Dass bedeutende Aushängeschilder der SPÖ, wie etwa der über lange Jahre führende austromarxistische Theoretiker Otto Bauer, sich stets zu einer Vereinigung Österreichs mit Deutschland bekannt hatten, war in den ersten Wahlkämpfen der jungen Zweiten Republik ein gefundenes Fressen für die ÖVP. Freilich hatten die Sozialisten nicht von Vereinigung unter nationalsozialistischer Regentschaft geträumt, sondern von einer großdeutschen Lösung unter eigener Regie. Im Nachkriegsdiskurs wurde dies jedoch zur Nebensächlichkeit, denn die Forderung nach dem Anschluss an Deutschland wurde mit dem Bekenntnis zum National-

¹⁰⁷ Sonja Niederacher, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, Seite 17

¹⁰⁸ Richard Mitten, „Die Sühne ... möglichst milde zu gestalten“. Die sozialdemokratische „Bearbeitung“ der Nationalsozialismus und des Antisemitismus in Österreich, in: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, 107

¹⁰⁹ Karl Vocelka, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik, München 2009⁵, 275-276

sozialismus verknüpft, ganz im Sinne der zuvor genannten Gleichsetzung dieser Bewegung mit „pangermanistischen“ Tendenzen. Somit musste nun zwangsläufig auch die SPÖ ein Bekenntnis zum neuen „Österreichertum“ ablegen, dass mit der Parteilinie der Zeit der Ersten Republik so gar nicht vereinbar war, als man noch behauptet hatte, dass ein eigenständiges Österreich wirtschaftlich nicht lebensfähig wäre.

Wie bei der neuen Einigkeit rund um die Ablehnung alles „Deutschen“, gab es auch in der Bearbeitung des Antisemitismus zu Beginn der Zweiten Republik eine gemeinsame Linie der politischen Lager. Der Antisemitismus wurde auf die nationalsozialistische Judenverfolgung und –vernichtung beschränkt betrachtet. Seine Ausprägung vor 1938 wurde von politischer Seite verharmlost, die Existenz derartigen Gedankengutes nach 1945 geleugnet.¹¹⁰ In einem Interview, dass Theodor Körner, der Bürgermeister von Wien und spätere Bundespräsident der Wiener Zeitung 1947 gab, untermauerte er diese Meinung:

„Aus Briefen und Zeitungsproben der letzten Zeit entnehmen wir, daß in einigen Staaten in gewissen Kreisen die Meinung besteht, daß Österreich auch nach der Niederlage des Nationalsozialismus und nach der Loslösung vom Deutschen Reich noch immer dem Antisemitismus verfallen sein. [...] An diesen Schauergeschichten ist selbstverständlich kein Wort wahr.[...] Ein für allemal sei festgestellt, daß es, außer den von den Nazis in der Zeit ihrer Herrschaft über Österreich organisierten Ausschreitungen, in Wien Judenprogrome überhaupt niemals gegeben hat.[...] Es ist in Wien niemals zu antisemitischen Ausschreitungen jenes Umfanges gekommen, wie sie in anderen Ländern schon lange vor der Begründung des Nationalsozialismus auf der Tagesordnung waren, denn der Wiener ist Weltbürger und daher von vornherein kein Antisemit. Antisemitische Tendenzen sind ihm auch jetzt vollkommen fremd. Erzählungen darüber sind bewußte Lügen oder gedankenloses Geschwätz.“¹¹¹

Mit dieser Einschätzung verschloss die österreichische Politik, und insbesondere die SPÖ, nicht nur die Augen vor möglichen neonazistischen Tendenzen. Dadurch, dass man den Antisemitismus in Österreich als ein, mit dem Nationalsozialismus gekoppeltes Phänomen

¹¹⁰ Richard Mitten, „Die Sühne ... möglichst milde zu gestalten“. Die sozialdemokratische „Bearbeitung“ der Nationalsozialismus und des Antisemitismus in Österreich, in: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, 110-111

¹¹¹ Zit. nach: Richard Mitten, „Die Sühne ... möglichst milde zu gestalten“. Die sozialdemokratische „Bearbeitung“ der Nationalsozialismus und des Antisemitismus in Österreich, in: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, 111

ansah, oder besser gesagt ansehen wollte, war ein gesondertes gesetzliches Vorgehen gegen ihn nicht von Nöten, da die „Ehemaligen“ ohnehin Ziel der Strafverfolgung waren. Dem, zweifelsohne nach wie vor auch in anderen Kreisen verbreiteten Antisemitismus überließ man somit bereitwillig das Feld und eröffnete damit auch neonazistischen Bewegungen einen ausgesprochen großen Spielraum für die Verbreitung ihres Gedankengutes.

Die Besatzer waren daran interessiert, möglichst schnell wieder zur Demokratie zurückkehren zu können und sich somit dem Zustand der Normalität anzunähern. Eine Konzentrationsregierung aus ÖVP, SPÖ und KPÖ wurde übergangsweise eingesetzt. Auch wenn die Gräben zwischen den politischen Mitbewerbern in der Ersten Republik tief gewesen waren, herrschte nach den erschütternden Erlebnissen der faschistischen Herrschaft und des Krieges ein Klima der Solidarität. Trotz des opportunistischen Verhaltens gegenüber dem NS-Regime, das einzelne Mitglieder aller politischen Gruppierungen in unterschiedlichem Ausmaß an den Tag gelegt hatten, konnten sich die Parteien als Ganzes durchaus berechtigterweise als Opfer fühlen. Sie waren vom politischen Prozess ausgeschlossen worden und hatten schwere Verluste zu beklagen, da jeweils einige ihre Anhänger, natürlich auch in sehr unterschiedlichen Größenordnungen, der Verfolgung durch den Nationalsozialismus ausgesetzt gewesen waren. Zahlreiche Vertreter von SPÖ, ÖVP und KPÖ waren in den Konzentrationslagern gefangen gewesen und nach Jahren erbitterter politischer Auseinandersetzungen waren sie plötzlich gemeinsam Gefangene eines wesentlich mächtigeren Gegners geworden. Ein verbindendes Trauma, der viel zitierte „Geist der Lagerstraßen“, war die Basis für eine Zusammenarbeit, die in der Ersten Republik noch undenkbar gewesen wäre. Schon am 30. April 1945 konstituierte sich die provisorische Staatsregierung, der immerhin dreizehn Mitglieder angehörten, die Opfer der Verfolgungen durch den Nationalsozialismus geworden waren,¹¹² unter dem Vorsitz von Staatskanzler Karl Renner.¹¹³ Die sowjetischen Besatzer waren mehr oder weniger zufällig mit dem Mann, der auch der erste Kanzler nach dem Ersten Weltkrieg gewesen war, in Verbindung gekommen und verhalfen ihm zu diesem Posten,¹¹⁴ möglicherweise auch mit dem Hintergedanken, dass ein Kommunist wohl kaum eine größere Akzeptanz gefunden hätte, während Renner eine bewährte politische Kraft war. Mit dieser Entscheidung hatten die Sowjets, wohl ohne

¹¹² Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jerabek/Leopold Kammerhofer (Hg.), Protokolle des Kabinettsrates der provisorischen Regierung Karl Renner 1945. Band 1, „...im eigenen Haus Ordnung schaffen“, Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945, Wien 1995, V

¹¹³ Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jerabek/Leopold Kammerhofer (Hg.), Protokolle des Kabinettsrates der provisorischen Regierung Karl Renner 1945. Band 1, „...im eigenen Haus Ordnung schaffen“, Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945, Wien 1995, 4

¹¹⁴ Karl Vocelka, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik, München 2009⁵, 316-317

sich dessen bewusst zu sein, dem rechten Parteiflügel der SPÖ in den bevorstehenden Machtkämpfen einen entscheidenden Vorteil verschafft, denn Renner war eindeutig ein Vertreter dieser Gruppierung. Auch Adolf Schärf, der sich als zweiter starker Mann der SPÖ in der provisorischen Regierung etablieren konnte, war ideologisch diesem Teil der Partei zuzuordnen. Er übernahm, wie auch Leopold Figl für die ÖVP und Johann Koplenig für die KPÖ, die Rolle eines Staatssekretärs ohne spezifizierten Aufgabenbereich.¹¹⁵

In der Frage der Besetzung wichtiger Posten sah sich die SPÖ jedoch klar im Nachteil gegenüber der ÖVP, die länger an der Macht im Staat partizipiert hatte und über einen kürzeren Zeitraum der Verfolgung ausgesetzt gewesen war. Den Sozialdemokraten fehlte es vor allem an qualifiziertem Personal und Akademikern. Viele Funktionäre jüdischen Glaubens waren in der Ersten Republik in führenden Positionen der Partei tätig gewesen. Diese mussten entweder in irgendeiner Form untertauchen, wobei die Flucht ins Ausland hierzu ein geeignetes Mittel war, oder wurden Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Doch nicht nur die absurden Auswüchse der „Rassenpolitik“ hatten zahlreiche Todesfälle in den Reihen der Sozialdemokraten zur Folge. Auch jene, die aktiv gegen das Regime vorgegangen waren, wurden Ziel der nationalsozialistischen Aggression. Logischerweise blieben daher jene Teile der SPÖ, die sich mit den Gegebenheiten der faschistischen Diktatur am ehesten abfinden konnten, die sich aktiv für den „Führerstaat“ einsetzten, die sich als Mitläufer eingliederten oder die sich einfach nur unauffällig verhielten, und für die Zeit bis 1945 ihre politischen Ambitionen auf Eis legten, nahezu unversehrt. Die unterschiedlich intensive Verfolgung brachte daher auch eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Sozialdemokratie, denn jene, die sich nicht mit dem Regime abfinden konnten, machten sich zur Zielscheibe des selbigen, oder operierten vom Ausland aus. Der rechte Flügel der Partei ging daher wenig überraschender Weise mit geringeren Verlusten aus der Zeit des Faschismus hervor als der linke. Dieser Umstand machte sich sehr schnell bemerkbar. Die Konzepte der rechtssozialistisch gesinnten Genossen wurden unter der Regie der wichtigsten Vertreter dieser Riege, allen voran Karl Renner, Adolf Schärf, Heinrich Schneidmadl oder Oskar Helmer, zum Parteiprogramm erhoben.¹¹⁶ Bei den ersten Postenbesetzungen hatte man ebenfalls die Nase vorne, auch weil wichtige Vertreter des linken Flügels außer Landes waren. Revolutionäres Gedankengut und radikaler Reformismus

¹¹⁵ Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jerabek/Leopold Kammerhofer (Hg.), Protokolle des Kabinettsrates der provisorischen Regierung Karl Renner 1945. Band 1, „...im eigenen Haus Ordnung schaffen“, Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945, Wien 1995, IV

¹¹⁶ Fritz Weber, Die Angst der Parteiführung vorm Klassenkampf. Die SPÖ 1945-1950, in: Peter Pelinka/Gerhard Steger (Hg.), Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, 11

wurden hingegen abgeschüttelt.¹¹⁷ 1946 forderte Adolf Schärf am Parteitag der SPÖ, dass der „*Klassenkampf*“ zugunsten des „*Befreiungskampfes*“ zurückgestellt werden sollte.¹¹⁸ Die Hoffnung auf Frieden, die die meisten Menschen nach den Jahren des Krieges, der Verfolgung und der innenpolitischen Turbulenzen in sich trugen, ermöglichte es der SPÖ-Spitze, sich mehr an der politischen Mitte zu orientieren, da die Forderungen der radikalen Linken unpopulär waren. Marxismus und Kommunismus wurden, wahrscheinlich vor allem wegen der großen Skepsis gegenüber den sowjetischen Besatzern, von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt, wie man leicht an den späteren Wahlergebnissen der KPÖ erkennen kann. Auch der Stalinismus hatte wohl das seinige dazu beigetragen, dass das revolutionäre Potential der Arbeiterschaft weitgehend erschöpft war.¹¹⁹ Die Abgrenzung der SPÖ zum linken Nachbarn war daher eine durchaus populäre Maßnahme.

Die SPÖ war keine oppositionelle Kraft mehr – sie war in der Realpolitik angekommen. Mit dem bürgerlichen Lager und dessen einst so geschmähten politischen Repräsentanten zusammenzuarbeiten, wurde durch die Ergebnisse der nächsten Urnengänge zur absoluten Notwendigkeit. Die Annäherung an die ÖVP, die aus den Erfordernissen dieses Umstandes resultierte, war natürlich ebenfalls für den rechten Flügel der Partei einfacher, da die ideologischen Barrieren hier weitaus geringer waren.

Im Hintergrund hatte der rechte Flügel, im Vorfeld der Weichenstellungen für die spätere langjährige Phase der großen Koalition, seinen ersten internen Kampf gewonnen. Die, zwischen 1934 und 1945 als illegaler Widerstand aufgetretenen Revolutionären Sozialisten, wurden schon früh in den Hintergrund gedrängt. Dabei waren sie durchaus ambitioniert in die Phase des Wiederaufbaus der Partei gestartet und es hatte zunächst den Anschein, als würden die Vertreter der RS in eine gleichberechtigte Symbiose mit den sozialistischen Altfunktionären treten, denen man staatspolitische Entscheidungen überließ, während man selbst die Erneuerung der zerstörten Parteistrukturen übernahm. Auch der Umstand, dass die Partei im April 1945 als „Sozialistische Partei Österreichs“ mit dem Zusatz „Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten“ gegründet wurde, deutete auf den Zustand der

¹¹⁷ Fritz Weber, Die Angst der Parteiführung vorm Klassenkampf. Die SPÖ 1945-1950, in: Peter Pelinka/Gerhard Steger (Hg.), Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, 11

¹¹⁸ Zit. nach Fritz Weber, Die Angst der Parteiführung vorm Klassenkampf. Die SPÖ 1945-1950, in: Peter Pelinka/Gerhard Steger (Hg.), Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, 11

¹¹⁹ Fritz Weber, Die Angst der Parteiführung vorm Klassenkampf. Die SPÖ 1945-1950, in: Peter Pelinka/Gerhard Steger (Hg.), Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, 11-12

Gleichberechtigung hin. Tatsächlich wurde dieser Zusatz jedoch bereits im Herbst 1945 wieder gestrichen und die unbequemen Linken an den Rand der Partei gedrängt.¹²⁰

Der linke Parteiflügel scharte sich um Erwin Scharf, einem ehemaligen RS-Mitglied. Gemeinsam mit seinen Sympathisanten machte er sich für eine umfangreiche Bestrafung der ehemaligen Nationalsozialisten stark. Die gemäßigten Kräfte in der SPÖ waren von den radikalen Entnazifizierungsforderungen nicht gerade begeistert und so kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Als etwa Paul Speiser, ebenfalls ein prominenter Vertreter der Linken, forderte, allen ehemaligen Nationalsozialisten die „*verbrecherischer Natur*“ gewesen seien, sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht lebenslanglich zu entziehen, und die anderen Nazis fünf Jahre vom demokratischen Prozess auszuschließen, meinte Karl Renner laut den Protokollen des Parteivorstandes, dass gegen derartige Forderungen Hitler ein Engel gewesen sei.¹²¹ Renner verwies des Weiteren im Zusammenhang mit der Behandlung der „kleinen Nazis“ auf den Umstand, dass

*„es fast keine Familie, auch keine sozialistische Arbeiterfamilie gibt – ich gebrauche dieses Wort für sozialdemokratisch und kommunistisch - die nicht in der näheren oder ferneren Verwandtschaft Leute hat, die mit den Nationalsozialisten mitgegangen sind.“*¹²²

Da es also kaum eine Familie gebe „in der nicht einer den Nazis nachgelaufen sei“ könne die Stimmung durch allzu massive Bestrafungen leicht umschlagen, so die Überlegungen Renners.¹²³

Mit der Annahme, dass ein Großteil der Menschen nur aus Zwängen heraus dem Nationalsozialismus gefolgt war und somit ohne weiteres wieder Teil der Nachkriegsgesellschaft werden könnte, wie dies Renner propagierte, konnten sich die ehemaligen Revolutionären Sozialisten nicht anfreunden. Stattdessen wollten sie die Nationalsozialisten geschlossen aus dem öffentlichen Dienst verbannen, womit sich wiederum der rechte Flügel nicht ohne

¹²⁰ Fritz Weber, Die Angst der Parteiführung vorm Klassenkampf. Die SPÖ 1945-1950, in: Peter Pelinka/Gerhard Steger (Hg.), Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, 14-15

¹²¹ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 44

¹²² Robert Knight (Hg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 -52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt 1988, 114-115

¹²³ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 44

weiteres zufrieden geben wollte.¹²⁴ Bei einer Sitzung des erweiterten Parteivorstandes im September 1945 verteidigte Erwin Scharf die weitreichenden Bestrafungsmaßnahmen, für die er sich mit seinen Gesinnungsgenossen stark machte und die sich auch gegen die „kleinen Nazis“ richten sollten:

*„Denken wir daran, wie sich alle diese kleinen und einfachen Parteimitglieder und Anwärter 1938 benommen haben und wie wohl es sein würde, wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte. Jeder der sich zur Partei bekannt hat, muss jetzt in irgend einer Form die Verantwortung tragen.“*¹²⁵

Die Rhetorik des Erwin Scharf, die sich immer wieder offen gegen die Parteilinie richtete, führte 1948 dazu, dass an ihm ein Exempel statuiert wurde. Die Linke hatte sich zuvor einigermaßen formiert. Mit Hilde Krones und Otto Leichter hatte sie prominente Fürsprecher und auch der Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSSStÖ), ebenfalls ein Horst vieler ehemaliger illegaler Widerstandskämpfer, stellte sich gegen das Parteiestablishment. Die Parteispitze versuchte die interne Opposition zur Ruhe zu bringen und setzte Erwin Scharf von seinem Posten als Zentralsekretär der SPÖ ab. Offizieller Grund war, dass er die Parteispitze nicht im Vorfeld von einem eingebrachten Antrag in Kenntnis gesetzt hätte und somit „illoyal“ gewesen sei. In Wahrheit hatte man an ihm demonstriert, dass für marxistische und klassenkämpferische Politik in der SPÖ kein Platz war.¹²⁶

Während die meisten ehemaligen Mitglieder der Revolutionären Sozialisten angesichts der Übermacht der pragmatischen Rechten resignierten, und sich still in die SPÖ eingliederten, gründete Erwin Scharf seine eigene, wenig erfolgreiche „Sozialistische Arbeiter-Partei“, und landete schließlich im Lager der Kommunisten.¹²⁷ Oskar Helmer hat in seinen Erinnerungen jedenfalls keine freundlichen Worte für das Verhalten Scharfs übrig:

¹²⁴ Maria Mesner, Die Unabwägbarkeiten der Nachkriegszeit und die Sicherheit des Kalten Krieges. Die SPÖ-interne Diskussion der Entnazifizierung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 65

¹²⁵ Zit. nach: Maria Mesner, Die Unabwägbarkeiten der Nachkriegszeit und die Sicherheit des Kalten Krieges. Die SPÖ-interne Diskussion der Entnazifizierung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 66

¹²⁶ Fritz Weber, Der Kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945-1950, Wien 1986, 163-168

¹²⁷ Fritz Weber, Die Angst der Parteiführung vorm Klassenkampf. Die SPÖ 1945-1950, in: Peter Pelinka/Gerhard Steger (Hg.), Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, 14-15

„In seiner Arbeit wurde Popp [Anm.: der andere Zentralsekretär der Partei, der aus den Reihen der gemäßigten Sozialisten entstammte] vom Sekretär Erwin Scharf eher gehemmt als unterstützt. [...] Scharf war bemüht durch sogenannte „Kontaktkomitees“ mit den Kommunisten eine Einheitsfront herzustellen und wurde dabei von einer kleinen Gruppe innerhalb der Partei unterstützt. Die Mehrheit des Parteivorstandes war gegen diese Verbindung mit den Kommunisten.

Die Pläne jener „Unterwanderer“ vom Scharfs, die darauf hinausliefen, die junge Partei den Kommunisten auszuliefern, hatten aber von vornherein keine Aussicht auf Erfolg. [...] Scharf erhielt ein Funktionsverbot, und da er sich daran nicht hielt wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Er gründete später die „Linksozialistische“ Partei und landete schließlich dort, wo er von Anfang an hingehört hatte, bei den Kommunisten.“¹²⁸

Diese Einschätzungen Helmers sind wenig verwunderlich. Einerseits war er stets ein Anhänger des rechten Flügels der Partei gewesen und andererseits war er einer derjenigen, den die Linksozialisten besonders hart bekämpft hatten. Dass er in seiner Funktion als Innenminister ehemalige Heimwehrangehörige in den Polizeidienst beförderte, hatte intern zu heftigen Debatten geführt. Helmer und auch Scharf hatten sich immer wieder verteidigt, indem sie den Linken vorwarfen, sie seien Kommunisten.¹²⁹ Diese wiederum sahen einen Kniefall Helmers vor dem bürgerlichen Lager. Erwin Scharf kritisierte daher:

„Ist es nicht zum Beispiel sinnlos, sich mit der Verantwortung des Innenministeriums zu belasten, wenn es nicht möglich ist zu verhindern, daß bei der Besetzung von Präsidialstellen im Sicherheitswesen die Bourgeoisie gegen unsere entscheidenden Interessen ihren Willen durchsetzt?“¹³⁰

Entsprechend groß war die Genugtuung Helmers als die „Unterwanderer“, wie er die Linksozialisten in seinen Schilderungen nennt, ausgebootet worden waren. Dabei waren es gerade die Revolutionären Sozialisten und andere linke Bewegungen in der Partei, etwa Teile der Studentenbewegung, die im Kampf gegen den Faschismus für ihre Ideologie ihr Leben riskiert hatten. Viele von ihnen hatten sich nach dem Krieg eine, hinsichtlich der Abrechnung mit dem „schwarzen“ und dem „braunen“ Faschismus, wesentlich konsequen-

¹²⁸ Oskar Helmer, 50 Jahre erlebte Geschichte, Wien 1957², 213

¹²⁹ Fritz Weber, Der Kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945-1950, Wien 1986, 84-88

¹³⁰ Fritz Weber, Der Kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945-1950, Wien 1986, 84

tere SPÖ gewünscht, waren aber in der internen Diskussion unterlegen. Sie wurden von der Partei ausgegrenzt, weil ihre Forderungen aus Sicht der Parteiführung unbequem waren. An der Spitze der SPÖ standen nun unangefochten die Pragmatiker, wodurch eine völlig andere Politik möglich wurde, als dies in der Ersten Republik der Fall gewesen war. Das Konzept der Sozialpartnerschaft wurde installiert, womit sich die Forderung Adolf Schärf's dauerhaft erfüllt hatte. Der Klassenkampf war ad acta gelegt worden. Stattdessen saßen nun Arbeitnehmer und Arbeitgeber an einem gemeinsamen Verhandlungstisch. Dieser Umstand war dem wirtschaftlichen Aufschwung zuträglich und erlaubte der SPÖ sich wieder als Arbeiterpartei zu positionieren, wenn auch in veränderter und weitaus gemäßigter Form. Die Wurzeln der Partei hatte man somit jedoch hinter sich gelassen.

Ende 1948 war der Kampf der Linksozialisten endgültig verloren. Hilde Krones, die auch privat mit Erwin Scharf stets gut befreundet gewesen war, nahm sich das Leben. Ihr Widerstand gegen die Parteiobrigkeit war nie so massiv gewesen wie bei Scharf. Doch auch sie hatte ein Naheverhältnis zum Kommunismus gepflegt und marxistische Ideen gepflegt. Daher hatte Oskar Helmer schon 1947 versucht, sie aus dem Parteitag zu eliminieren, was allerdings an ihrer Popularität innerhalb der SPÖ gescheitert war.¹³¹ Der ungleiche Machtkampf zwischen linken und rechten Sozialisten hatte auch eine Entscheidung über die zukünftige Ausrichtung der Partei gebracht, wobei sich letzten Endes jene Kräfte durchsetzen konnten, die sich für die Regierungsrolle, auch im Rahmen einer Koalition mit der ÖVP, aussprachen.

Mit den bereits erwähnten Maßnahmen zur Entnazifizierung und der Festlegung von Regelungen für die ersten Wahlen, mit denen wir uns noch kurz auseinandersetzen werden, sowie vielen anderen Erfordernissen des Wiederaufbaus, war die provisorische Staatsregierung mehr als beschäftigt. Immerhin mussten die eigenen Anliegen zusätzlich auch immer mit den Wünschen der Alliierten in Einklang gebracht werden. Dass in den ersten Wirren und im Chaos des Wiederaufbaus von Seiten der SPÖ nicht sofort an Rückholaktionen von eigenem Personal aus dem Exil gedacht wurde, kann man daher durchaus als verständlich bezeichnen. Angesichts des machtpolitischen Spiels innerhalb der Partei ist es jedoch wenig verwunderlich, dass auch in der Folgezeit die Einladungen an viele Exilsozialisten ausblieben.

¹³¹ Fritz Weber, *Der Kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945-1950*, Wien 1986, 205-214

3.1.3 Die Frage der Remigration des linken Flügels und antisemitische Ressentiments

Die Personaldecke der Sozialdemokratie war nach dem Zweiten Weltkrieg ausgesprochen dünn. Es wäre also nur logisch gewesen, sich mit den ehemaligen Mitgliedern, die ins Exil gegangen waren, zu verstärken. „*Wir haben zu wenige Fachleute zur Verfügung*“¹³² lautete die ernüchternde Erkenntnis des Parteitages von 1946. Nicht nur der, bereits erwähnte, Umstand, dass man durch die Jahre der Verfolgung zahlreiche Intellektuelle verloren hatte, stellte ein massives Problem dar. Auch vor 1934 war es der Sozialdemokratie nur in Wien gelungen in das Beamtentum vorzudringen. Die Deutschnationalen und später die Christlichsozialen hatten hierbei bei Bund und Ländern die Nase vorne gehabt.¹³³ Noch „schwärzer“ wurde das Beamtentum im Ständestaat. Selbst ohne die schweren Verluste durch Verfolgungen und Ermordungen war die Ausgangslage der SPÖ also ungleich schlechter als jene der ÖVP, für die der entscheidende Einschnitt erst durch den Anschluss 1938 und das damit verbundene Ende der Vaterländischen Front erfolgt war, während bis dahin die staatspolitischen Geschicke allein in der Hand der Vorgängerpartei gelegen waren. Auch wenn die ÖVP ebenfalls Verluste zu beklagen hatte, und mehrere spätere Regierungsmglieder in Konzentrationslagern inhaftiert gewesen waren, so verfügte sie doch als einzige Partei über eine größere Anzahl von bewährtem Personal, dass bereits wichtige Funktionen ausgeübt hatte.

Doch die ausgewanderten Sozialdemokraten warteten zum Großteil vergeblich auf den Ruf aus der Heimat, auch wenn der Bedarf nach ihren Qualifikationen teilweise enorm war. Die klaffenden Lücken des Personalengpasses konnten sich gegen andere Überlegungen, die von den ehemaligen Parteifreunden in Österreich, und hier natürlich in erster Linie in Wien, angestellt wurden, nicht als entscheidendes Argument durchsetzen. Das Etikett der „*linken, jüdischen Intellektuellen*“ haftete den SP-Funktionären im Exil an.¹³⁴ Der Antisemitismus war nicht von heute auf morgen vergessen worden. Menschen die sich zum jüdischen Glauben bekannten, waren nach wie vor mit Vorurteilen konfrontiert. Man kann davon ausgehen, dass auch einige Mitglieder der SPÖ derartige vorgefertigte Pauschalmeinungen vertraten.

¹³² Zit. nach: Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005, 30

¹³³ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005, 30-31

¹³⁴ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005, 32

Ein weiterer wichtiger Grund, nicht auf das im Ausland weilende Personal zurückzugreifen, war, dass die ausgewanderten Sozialdemokraten bei der ÖVP als „Austromarxisten“ verschrien waren, und eine Rückholaktion einem guten Koalitionsklima nicht gerade zuträglich gewesen wäre. Doch am meisten fürchtete man wohl eventuelle antisemitische Reaktionen der Bevölkerung, falls man die jüdischen Funktionäre zurückholen sollte.¹³⁵ Eventuell hatten auch viele SPÖ-Granden in Österreich Angst vor der Frage, was sie denn in der Zeit der NS-Diktatur gemacht hätten. Nicht jeder konnte guten Gewissens behaupten, sich gegen die Faschisten aufgelehnt zu haben. Der Anteil jener, die auch während der NS-Zeit Karriere gemacht hatten, war wohl auch beträchtlich.¹³⁶ Auch direkte Beteiligungen an den Untaten des Regimes waren Teil der Biographie einiger Sozialdemokraten.

Mit den Emigranten war aber möglicherweise auch die Assoziation der Niederlage verbunden. Auch wenn ein großer Teil der Menschen sich nach 1945 vom Nationalsozialismus distanzierte, sah man sich doch zumindest durch die regionale Gebundenheit als Teil der Verliererseite. Nach der schweren Zeit des Krieges und den damit verbundenen Versorgungsengpässen fiel es den Österreicher schwer, die Besatzer als „Befreier“ zu erleben, obwohl sie von diesen die Demokratie zurückerhielten. Vielmehr fühlte man sich als „Besiegter“, denn die Seite auf der man im Krieg gestanden war, manche freiwillig und andere unfreiwillig, war letztlich im Kampf gescheitert. Dass sich viele der Emigranten in dieser Zeit an der Seite der Alliierten positioniert hatten, nahmen ihnen sicherlich viele Menschen übel.¹³⁷

Natürlich spielten beim Kampf des rechten und des linken Flügels nicht nur antisemitistische Reflexe eine Rolle. Diese waren wohl eher eine Begleiterscheinung eines Machtkampfes, in dem sich die gemäßigten Kräfte der SPÖ ihren Traum von der Beteiligung an staatspolitischen Entscheidungen erfüllten, und sich dafür gerne des austromarxistischen Rucksacks, mitsamt dem linken Parteiflügel entledigten. Bis 1949 war dieser Konflikt regelmäßig Thema bei den Parteitagen, wobei sich letzten Endes die Stimmen durchsetzten,

¹³⁵ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005, 32-33

¹³⁶ Christian Fleck, *Emigration und intellektuelle „Ausdünnung“ der Nachkriegssozialdemokratie*, in: Rudolf Ardel/Hans Hautmann (Hg.), *Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich*, Wien 1990, 681

¹³⁷ Christian Fleck, *Emigration und intellektuelle „Ausdünnung“ der Nachkriegssozialdemokratie*, in: Rudolf Ardel/Hans Hautmann (Hg.), *Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich*, Wien 1990, 681

die sich für die Beteiligung an einer Koalition mit den bürgerlichen Kräften und den Weg zur staatstragenden Regierungspartei aussprachen.¹³⁸

Fehlende Remigration war jedoch nicht nur eine Frage mangelnden Interesses aus Österreich. Viele Intellektuelle die nicht unmittelbar an der Organisation des politischen Widerstandes im Exil teilgenommen hatten, hatten sich mittlerweile anders orientiert und sich ein neues Leben aufgebaut. Außerdem waren wahrscheinlich viele politisch linksgerichtete, die aus Überzeugung und Treue gegenüber ihrer bisherigen ideologischen Ausrichtung gegangen waren, und auch zahlreiche Menschen, die vor der Verfolgung durch die Nazis geflohen waren, von der großen Begeisterung, die den Anschluss und den Faschismus in Österreich begleitet hatten, schockiert und entmutigt.¹³⁹ Für viele fehlte daher die Bindung zur alten Heimat und somit auch die Bereitschaft, sich am Wiederaufbau des zerstörten Landes zu beteiligen. Das große Desinteresse aus Österreich, und in unserem speziellen Fall jenes der SPÖ, wirkte aber auf die Ausgewanderten sicherlich nicht gerade als Motivation für ihre Rückkehr.¹⁴⁰

3.1.4 Der Anpassungskünstler Karl Renner

Karl Renner war vor 1934 und nach 1945 Sozialdemokrat. In der Zeit des Faschismus war er weder Mitglied des illegalen Widerstandes, noch war er in einer Organisation der Nationalsozialisten tätig. Im Zusammenhang mit problematischen Biographien im Bezug auf die NS-Zeit ist jene des ehemaligen Staatskanzlers trotzdem eine Erwähnung wert.

Als Oberhaupt der provisorischen Staatsregierung des Jahres 1945 war Karl Renner zwangsläufig einer der Hauptakteure in der Diskussion um die Entnazifizierung. Schon früh trat er, wie auch andere Vertreter des rechten Flügels der SPÖ, für eine Politik von vergleichsweise eher milden Bestrafungen gegen ehemalige Nationalsozialisten ein. Schon 1945, vor der Zeit der Amnestien, wurde in einer Kabinettsratssitzung deutlich, dass Renner bereit war, großen Teilen der Bevölkerung den Status von „Mitläufern“ zuteilwerden zu lassen:

„Ich finde, daß wir in Bezug auf die Behandlung des Naziproblems in eine kritische Situation kommen. Ich will nicht behaupten, daß ich damit recht habe, aber die Sache ist nach

¹³⁸ Gertrude Enderle-Burcel (Hg.), Adolf Schärf. Tagebuchnotizen des Jahres 1955, Innsbruck 2008, 29

¹³⁹ Christian Fleck, Emigration und intellektuelle „Ausdünnung“ der Nachkriegssozialdemokratie, in: Rudolf Ardelt/Hans Hautmann (Hg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich, Wien 1990, 676-677

¹⁴⁰ Christian Fleck, Emigration und intellektuelle „Ausdünnung“ der Nachkriegssozialdemokratie, in: Rudolf Ardelt/Hans Hautmann (Hg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich, Wien 1990, 679-680

meinem Gefühl doch so, daß alle diese kleinen Beamten, diese kleinen Bürger und Geschäftsleute bei dem seinerzeitigen Anschluß an die Nazi gar nicht weittragende Absichten gehabt haben – höchstens, daß man den Juden etwas tut – vor allem aber nicht daran gedacht haben, einen Weltkrieg zu provozieren.“¹⁴¹

Problematisch ist hierbei vor allem die beinahe verniedlichende Darstellung des Antisemitismus. Die Bereitschaft, „daß man den Juden etwas tut“ schien für Renner kein allzu schweres Verbrechen gewesen zu sein. Stattdessen ging es ihm und der Partei, abgesehen von den oppositionellen Linken innerhalb der Sozialdemokratie, um eine möglichst sanfte Eingliederung der ehemaligen Nationalsozialisten in die Nachkriegsgesellschaft. Überhaupt war es für die Angehörigen der Opfer des Holocaust und der nationalsozialistischen Aggression, für die Verfolgten, für die ehemaligen Widerstandskämpfer und für diejenigen, die ins Exil geflüchtet waren, nicht gerade ein ermutigendes Zeichen, dass ausgerechnet Karl Renner die oberste Verantwortung in der provisorischen Regierung tragen sollte. Er war keiner aus der Gruppe der Verfolgten und keiner von dem eine klare Abrechnung mit dem Regime zu erwarten war. Er hatte auch keinen Widerstand gegen das System geleistet, sondern sich mit diesem sogar ein Stück weit arrangiert, denn immerhin setzte er sich, wie bereits erwähnt, ganz offen für den Anschluss an Hitlerdeutschland ein und ließ sich bereitwillig für die diesbezügliche NS-Propaganda einspannen. In seiner *„Geschichte Österreichs“* behauptet Erich Zöllner, leider ohne die Nennung von Quellen, dass Renner mit seinem Ja-Wort nur versucht hätte, das Schicksal einiger verhafteter Sozialdemokraten, insbesondere jenes von Robert Danneberg positiv zu beeinflussen. Demnach hätte Renners Einsatz nur *„episodische Bedeutung“* gehabt, so Zöllner.¹⁴² Möglicherweise stützt er sich mit dieser Einschätzung auf die Aussagen des späteren Innenministers Oskar Helmer, der in seinen Memoiren schreibt:

„Ich fragte [...], ob die Freilassung Dannebergs erfolgen würde, wenn wir Sozialdemokraten uns dahin einigten, daß eventuell Dr. Karl Renner einen Aufruf unterschreibe, worin zum „Ja“ bei der Volksabstimmung aufgefordert werde. [...] Als nun einige Freunde die Frage mit Renner persönlich diskutierten, stand er dem Vorschlag ablehnend gegenüber [...]. Um jedoch zu versuchen, Danneberg freizubekommen, ließ er sich schließlich auf unser Drängen herbei, dem „Neuen Wiener Tagblatt“ ein Zeitungsinterview zu geben, indem er sich positiv zur Volksabstimmung äußern wird. So kam die „Ja-Unterschrift“

¹⁴¹ Robert Knight (Hg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 -52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt 1988, 114

¹⁴² Erich Zöllner, *Geschichte Österreichs*, Wien 1990⁸, 524

Renners zustande, die dann später von den Gegnern gegen ihn so schäbig ausgenützt worden ist. Renner stand selbstverständlich dem Nationalsozialismus genau so ablehnend gegenüber wie wir alle. ¹⁴³

So wenig verwunderlich dieser Schutz von Oskar Helmer für seinen Parteifreund Karl Renner ist, so unglaublich ist er, wenn man genauere Nachforschungen anstellt. Weniger bekannt als Renners Aufforderung zur „Ja-Unterschrift“ für den Anschluss ist nämlich, dass der ehemalige Staatskanzler in seiner Billigung der aggressiven Expansionspolitik der Nazis noch weiter ging, und in einem Schriftstück den Angriff auf die Tschechoslowakei billigte und unterstützte. Dass dieses Werk letztlich für die Nazis propagandistisch nicht von Nöten war, ändert nichts daran, dass sich Renner in diesem Fall bereitwillig, und ganz ohne irgendwelche äußeren Zwänge, in den Dienst ihrer Sache gestellt hatte. ¹⁴⁴

Auch wenn Karl Renner dem NS-Regime nützlich war, gibt es keine wissenschaftliche Grundlage um ihm zu unterstellen ein Antisemit gewesen zu sein. Vielmehr war der ehemalige Staatskanzler wohl ein großer Opportunist. Zunächst gab er sich in der Ersten Republik als großer Befürworter der Demokratie und schrieb in seiner 1929 erschienen Publikation *„Wege der Verwirklichung“*:

„Unterbinden wir die freie gesellschaftliche Demokratie, so zerstören wir den fruchtbaren Boden, aus dem alles Neue hervorwächst, das soziale Experimentierfeld, von dem aus alle materielle und geistige Verjüngung der Gesellschaft hervorsprießt! Diktatur heißt in allen Formen und unter allen Umständen Verselbständigung des Mittels der Gesellschaft, um es zu deren Herren zu machen. Herrschaft um der Herrschaft willen.“ ¹⁴⁵

Während jedoch einige seiner Gesinnungsgenossen im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben riskierten, konnte Renner rechtzeitig vor dem Anschluss seine Aversion gegen die Diktatur beiseiteschieben. Kurioserweise lehnte der ehemalige Staatskanzler nach dem Anschluss an das Deutsche Reich auch die Verfassung der Ersten Republik ab, die ja später in der Zeit der von ihm geführten provisorischen Staatsregierung wieder in Kraft trat. Als Schwäche sah er vor allem die Gewaltenteilung:

¹⁴³ Oskar Helmer, 50 Jahre erlebte Geschichte, Wien 1957², 183

¹⁴⁴ Karl Renner, Die Gründung der Republik Deutschösterreich, der Anschluß und die Sudetendeutschen, hg. von Eduard Rabovsky, Wien 1990, I-II

¹⁴⁵ Zit. nach: Hans Christian Egger, Die Exilpolitik der österreichischen Sozialdemokratie. Denkstrukturen, Strategien, Auswirkungen, Norderstedt 2004, 42

„Wahrscheinlich wäre es für die künftige Entwicklung Deutsch-Österreichs besser gewesen, wenn man bei dieser einfachen Staatsverfassung geblieben wäre. Persönliches Machtstreben, Ehrgeiz und Titelsucht, am meisten aber allmächtige Tradition veranlaßte die Parteien, wider meinen Willen das Schema der Gewaltenteilung, der verantwortlichen Minister und der Parlamentsmehrheiten, anzunehmen.“¹⁴⁶

Renner, plötzlich glühender Antidemokrat, gab auch seine Meinung zum Parlamentarismus des Kleinstaates Österreich zum Besten:

„Die großen weltanschaulichen und sozialen Probleme wie die völkerrechtlichen Aufgaben werden ohnehin von den großen Reichen der Welt entschieden, und der Beitrag, den die kleinen zu leisten vermögen, ist, wenn auch wichtig, doch so bescheiden, daß er den leidenschaftlichen Lärm der großen parlamentarischen Ringkämpfe nicht lohnt.“¹⁴⁷

Dass er nach 1945 selbst wieder Teil dieser „Ringkämpfe“ werden sollte, konnte Renner zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Zeilen noch nicht ahnen. Leo Trotzki charakterisierte ihn schon 1921 in seiner Broschüre *„Die Helden der Wiener Konferenz“* als einen derjenigen machtstrebenden Politiker, die Renner in der Retrospektive anklagte:

„Karl Renner bildet den prachtvollen, künstlich gezogenen, in sich am meisten verliebten Typus des Austromarxisten. [...] Der Firlefanz der österreichisch-wienerischen Kultur, die Jagd nach Äußerlichkeiten, nach dem Rang, nach dem Titel war Renner in höherem Maße eigen als seinen übrigen Kommilitonen. Im Grunde blieb er stets nur k.u.k. Beamter, der sich der marxistischen Phraseologie vorzüglich zu bedienen verstand.“¹⁴⁸

Schon zur Zeit der Monarchie hatte sich Renner diesen Ruf erarbeitet. Als Friedrich Adler 1916 nach seinem Mord an Ministerpräsident Stürgkh vor Gericht stand, fand er keine freundlichen Worte für Karl Renner, den er als Vertreter des *„Geistes der biedereren Verlogenheit“* sah.¹⁴⁹

¹⁴⁶ Karl Renner, Die Gründung der Republik Deutschösterreich, der Anschluß und die Sudetendeutschen, hg. von Eduard Rabovsky, Wien 1990, I-II von Eduard Rabovsky, Wien 1990, 30

¹⁴⁷ Karl Renner, Die Gründung der Republik Deutschösterreich, der Anschluß und die Sudetendeutschen, hg. von Eduard Rabovsky, Wien 1990, I-II von Eduard Rabovsky, Wien 1990, 30

¹⁴⁸ Zit. nach: Karl Renner, Die Gründung der Republik Deutschösterreich, der Anschluß und die Sudetendeutschen, hg. von Eduard Rabovsky, Wien 1990, I-II von Eduard Rabovsky, Wien 1990, X

¹⁴⁹ Karl Renner, Die Gründung der Republik Deutschösterreich, der Anschluß und die Sudetendeutschen, hg. von Eduard Rabovsky, Wien 1990, I-II von Eduard Rabovsky, Wien 1990, X

3.1.5 Schärf und Helmer – zwei Antisemiten an der Spitze der SPÖ?

Bis Mitte der 50er-Jahre waren Adolf Schärf und Oskar Helmer die starken Männer in der SPÖ. Als Vizekanzler und Innenminister der großen Koalition mit der ÖVP waren sie jeweils auch in der Regierung in wichtigen Positionen vertreten. 1945-1957 war Schärf zudem Parteivorsitzender und führte bis 1956 außerdem den SP-Parlamentsklub. Er hielt die Zügel der Partei in der Hand und blieb eher im Hintergrund, während Helmer die Auseinandersetzungen mit der ÖVP führte. Gemeinsam mit Karl Renner waren die beiden die Aushängeschilder des rechten Parteiflügels der SPÖ, und nachdem Renner nach seiner Wahl zu Bundespräsidenten mehr oder weniger aus der Innenpolitik ausschied, verteilte sich die Macht vor allem auf den Schultern von Schärf und Helmer.¹⁵⁰

Dass die Partei unter der Regie dieses Führungsduos nicht davor zurückschreckte, nach den Wählerstimmen des nationalen Lagers zu fischen und darüber hinaus auf Personal aus den Reihen der ehemaligen Nationalsozialisten zurückzugreifen, werden wir in der Folge noch zeigen. Vor allem im Zusammenhang mit der fehlenden Remigration werden die beiden jedoch mit weitaus schwereren Vorwürfen konfrontiert. Sowohl Schärf als auch Helmer werden von einigen Historikern als Antisemiten dargestellt. Dieser Vorwurf wiegt noch schwerer wenn man bedenkt, dass die beiden neben führenden Rollen in Fragen der Entnazifizierung auch ein gewichtiges Wort im Bezug auf die Restitution mitzusprechen hatten.

Wie viele andere Politiker vom rechten Parteiflügel der SPÖ, hatte Oskar Helmer nicht gegen die Nationalsozialisten gekämpft. Die Zeit des „schwarzen“ und des „braunen“ Faschismus hatte er für einen Sozialisten vergleichsweise gut verbracht, wenn man bedenkt, dass Helmer durch einige Jahre als Landeshauptmannstellvertreter von Niederösterreich einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangt hatte, und somit nicht einfach unerkannt untertauchen konnte. Sowohl zum Beginn des Ständestaates als auch nach dem Anschluss an Hitlerdeutschland hatte er kurz Haftstrafen absitzen müssen. Danach war er jeweils im Versicherungsgewerbe tätig. Zwischen 1936 und 1938 brachte er es sogar zum Abteilungsvorstand der Organisationsabteilung der „*Ersten Allgemeinen Versicherung*“ für Niederösterreich.¹⁵¹ Es waren vor allem die Kommunisten, die Helmers Tätigkeit während der Zeit des Austrofaschismus kritisch beleuchteten. In seinem Buch „*50 Jahre erlebte*

¹⁵⁰ Maria Wirth, Christian Broda. Eine politische Biographie, Wien 2011, 156-157

¹⁵¹ Norbert Leser, Grenzgänger. Österreichische Geistesgeschichte in Totenbeschwörungen. Band II, Himgberg 1982, 260

Geschichte“ aus dem Jahr 1957 wehrt sich Helmer gegen derartige Anschuldigungen. Natürlich habe er gut verdient, so der langjährige Innenminister. Doch in Wahrheit sei sein Posten keine Vorstandsstelle gewesen und er hätte sich auch nicht mit dem System arrangiert. Die Vaterländische Front hätte ihm immer wieder Steine in den Weg gelegt und wäre ihm stets misstrauisch gegenübergestanden.¹⁵² Diese Angaben wirken jedoch ein wenig unglaublich. Wie seine Haftstrafe zu Beginn des Dollfuß-Regimes zeigt, war Helmer tatsächlich zunächst als Gegner des Ständestaates eingestuft. Sein späterer Karriereaufstieg wäre aber kaum möglich gewesen, wenn die Vaterländische Front eine Bedrohung oder einen potentiellen Angehörigen des Widerstandes in ihm gesehen hätte. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten brachte einen kleinen Knick in der Karriere des Oskar Helmer. Auch wenn er während der gesamten Zeit der Herrschaft Adolf Hitlers weiterhin in der Versicherung tätig war, wurde er nur noch im Innendienst eingesetzt.¹⁵³ Er hätte sich nicht klar zur NSDAP bekannt und es abgelehnt, der Partei beizutreten, so Helmer. Man hätte ihm große Skepsis entgegengebracht und immer wieder hätte ihn die Gestapo geholt. Nur durch Glück und sein langjähriges persönliches Verhältnis zum Gauleiter Jury, den er schon zur Zeit des Austrofaschismus kennengelernt hatte, hätten ihn vor dem Konzentrationslager bewahrt.¹⁵⁴ Wilhelm Svoboda widerspricht der Version Helmers. Dieser sei keineswegs ein erklärter Feind der Nationalsozialisten gewesen und habe daher auch nichts zu befürchten gehabt. Immerhin sei er, wenn auch nicht selbst im Außendienst tätig, zum Organisationsleiter des Außendienstes der Versicherung „*Generali*“ aufgestiegen. Außerdem habe er in dieser Funktion dem Regime seine Treue geschworen.¹⁵⁵ Helmer selbst beurteilte nach dem Krieg seine Rolle etwas anders:

„Ich war nur Versicherungsvertreter, aber ich werde mich niemals schämen, es gewesen zu sein.“¹⁵⁶

Nach dem Krieg fand Helmer jedenfalls rasch zurück in die SPÖ, in der er sowohl in Niederösterreich als auch auf Bundesebene verschiedene Führungspositionen einnehmen konnte.

¹⁵² Oskar Helmer, 50 Jahre erlebte Geschichte, Wien 1957², 170-173

¹⁵³ Norbert Leser, Grenzgänger. Österreichische Geistesgeschichte in Totenbeschwörungen. Band II, Himgberg 1982, 260

¹⁵⁴ Oskar Helmer, 50 Jahre erlebte Geschichte, Wien 1957², 172, 183-185

¹⁵⁵ Wilhelm Svoboda, Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern, Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur, Wien/Köln/Weimar 1993, 21-22

¹⁵⁶ Zit.nach: Wilhelm Svoboda, Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern, Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur, Wien/Köln/Weimar 1993, 22

Auch die Karriere des Adolf Schärf scheint durch die Systemwechsel nicht sonderlich gelitten zu haben. Er hatte während der Monarchie Jus studiert und danach im Ersten Weltkrieg gedient. In der Ersten Republik war er dann Parlamentsbeamter, und nachdem dies 1934 für ihn als Sozialisten nicht mehr möglich war, praktizierte er ab 1936 als Rechtsanwalt. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, und seinem damit verbundenen neuerlichen Wechsel in die Politik, ging er dieser Tätigkeit nach. Allerdings musste Schärf genauso wie Oskar Helmer sowohl zur Zeit des Austrofaschismus als auch während des Hitlerfaschismus kurze politische Haftstrafen absitzen.¹⁵⁷ Die Rechtsanwaltskanzlei, die der spätere Bundespräsident zur Zeit des Nationalsozialismus betrieb, hatte er, einschließlich einer dazugehörigen Wohnung, von einem ehemaligen Parteikollegen namens Arnold Eisler übernommen, nachdem dieser als Jude vor den Nationalsozialisten flüchten musste. Daher wird Schärf von der modernen Geschichtswissenschaft oft als Ariseur gesehen. Außerdem werden die Vorwürfe gegen ihn durch die Auswahl seiner Fälle, etwa die Vertretung des SS-Mannes Erich Loos bei dessen „Arisierungsbemühungen“, untermauert.¹⁵⁸ Natürlich sind derartige Vorwürfe kein Ruhmesblatt für einen späteren Staatsmann. Allerdings sind sie auch keinesfalls unumstritten.

In ihrem Vorwort zu den Editionen der Tagebuchnotizen von Adolf Schärf versucht die Herausgeberin Gertrude Enderle-Burcel, die von mehreren Historikern erhobenen Vorwürfe, der langjährige Parteivorsitzende wäre ein Ariseur, Antisemit und Profiteur des NS-Regimes zu entkräften. Derartige Tendenzen seien zumindest nicht nachweisbar, wie dies viele ihrer Kollegen ohne entsprechenden Quellennachweis behaupten würden. Obwohl es seit vielen Jahren keine neuen Erkenntnisse zu Schärf's Rechtsanwaltstätigkeit gebe, wären die Vorwürfe immer massiver geworden. Für Enderle-Burcel ist die Quellenlage hierzu jedoch keineswegs ausreichend. Sie verweist außerdem auf eine Briefkorrespondenz zwischen Eislers Witwe und Adolf Schärf, die aus ihrer Sicht das überaus freundschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Familien belegt.¹⁵⁹ Des Weiteren weist sie auf die Erkenntnisse Karl Stadlers hin, der belegen konnte, dass Schärf nie Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes geworden war, was ihm, so Stadler, nur durch einen Trick gelungen

¹⁵⁷ Karl Stadler, Adolf Schärf, Mensch, Politiker, Staatsmann, Wien 1982, 11

¹⁵⁸ Stephan Templ, Topographie des Raubes, in: Tina Walzer/Stephan Templ, Unser Wien. Arisierung auf Österreichisch, Berlin 2001, 199-200

¹⁵⁹ Gertrude Enderle-Burcel (Hg.), Adolf Schärf. Tagebuchnotizen des Jahres 1955, Innsbruck 2008, 17-41

sei, da alle Richter und Anwälte zwangsläufig in dieser Vereinigung registriert sein mussten.¹⁶⁰

Auch in Fragen der Remigration, so die Ansicht Enderle-Burcel, sei die Quellenlage zu wenig umfangreich um seriöse Gesamtaussagen treffen zu können. Schärf hätte sich durchaus um die Rückkehr einiger Auslandssozialisten bemüht, hätte aber einige ältere Herren, die man für den Aufbau nicht benötigte, nicht zurückgeholt. Zahlreiche renommierte Historiker, wie etwa Schwarz und Neugebauer¹⁶¹, würden aus den vorliegenden, zum Teil ungenügenden Quellen die falschen Rückschlüsse über den späteren Bundespräsidenten ziehen.¹⁶² Damit vertritt Enderle-Burcel zwar einen aktuell eher weniger gängigen Standpunkt, doch die Diskussion um die Person Schärfs zeigt deutlich auf, wie schwierig es ist, seine Tätigkeit in der NS-Zeit richtig zu interpretieren. Aussagen, dass Schärf zweifelsohne antisemitische Ressentiments nachzuweisen wären, aus denen heraus seine Haltung in der Frage der Remigration begründbar sei,¹⁶³ stehen jedenfalls auf wackeligen Beinen und können bestenfalls als Annahmen gelten. Gleichzeitig ist es ein Faktum, dass der spätere SPÖ-Vorsitzende in der Zeit des Nationalsozialismus beruflich sehr erfolgreich war und auch, dass er nicht dem illegalen Widerstand angehört hatte. Er hatte sich also zumindest mit dem System arrangiert, auch wenn man ihm keine antisemitischen Tendenzen nachweisen kann. Auch, dass der Weg zurück nach Österreich für die Exilanten aus den Reihen der sozialistischen Partei ein steiniger war, ist eine historische Tatsache, wenngleich diesbezüglich detaillierte Studien noch ausstehen. Auf diesen Prozess hatte auch Adolf Schärf wegen seiner Stellung innerhalb der SPÖ zweifelsohne großen Einfluss. Die möglichen Motive hinter der mangelnden Rückholbereitschaft kann man nur erahnen, wie wir dies bereits bei der Behandlung der Remigrationsfrage angedeutet haben.

Ein Beispiel für die Schwierigkeiten in der Interpretation der politischen Handlungsweisen Schärfs liefert auch sein Bundespräsidentenwahlkampf 1957.

¹⁶⁰ Karl Stadler, Adolf Schärf, Mensch, Politiker, Staatsmann, Wien 1982, 163

¹⁶¹ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005

¹⁶² Gertrude Enderle-Burcel (Hg.), Adolf Schärf. Tagebuchnotizen des Jahres 1955, Innsbruck 2008, 17-41

¹⁶³ Margit Reiter, Antisemitismus von links? Traditionen-Kontinuitäten-Ambivalenzen, in: Heinz Wassermann (Hg.), Antisemitismus in Österreich nach 1945, Ergebnisse, Positionen und Perspektiven der Forschung, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2002, 99

„Wer einmal schon für Adolf war, wählt Adolf auch in diesem Jahr!“¹⁶⁴

Immer wieder wird das Beispiel dieser berühmten Flüsterparole aus dem besagten Wahlkampf angeführt, um die antisemitische Haltung der SPÖ in der Zweiten Republik zu untermauern, wie in diesem Fall vom umstrittenen langjährigen FPÖ-Chef Friedrich Peter. Er wurde auf Flugzetteln in Umlauf gebracht, auf denen wohlweislich kein Impressum angeführt worden war.¹⁶⁵ Ob diese Flugzettel aus dem unmittelbaren Umfeld Schärfs stammten ist daher nicht zu beantworten. Mit dieser Textzeile hatte sich die SPÖ jedenfalls tatsächlich auseinandergesetzt und es war sogar angedacht worden, sie in die offizielle Plakatwerbung aufzunehmen, wovon man aber letztlich Abstand nahm.¹⁶⁶ Außer Frage steht jedoch, dass mit dieser Flüsterparole, wer auch immer sie in Umlauf gebracht haben mag, ein Signal an ehemalige Nationalsozialisten und die Wählerschaft vom rechten Rand gesendet wurde. Wie Schärfs tatsächliche Einstellung zum Nationalsozialismus war, wird man, wie in den meisten anderen Fällen, nicht zweifelsfrei feststellen können. Fakt ist jedoch, dass sein Name für eine versöhnliche Politik gegenüber den „Ehemaligen“ stand.

Dass gewisse antisemitische Ressentiments und NS-Rassenrhetorik nicht ganz spurlos an den Politikern der jungen Zweiten Republik vorbeigegangen waren, zeigen die von Robert Knight herausgegebenen Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung für den Zeitraum von 1945 bis 1952. Vor allem Oskar Helmer überrascht darin mit einigen brisanten Aussagen. In einer Debatte um den Umgang mit „*Judenvermögen*“ gab er im November 1948 in einer Ministerratssitzung zu Protokoll:

„Ich sehe überall nur jüdische Ausbreitung wie bei der Ärzteschaft, beim Handel vor allem in Wien. [...] Die Sache [Anm.: der Rückerstattung jüdischen Vermögens] ist aber auch eine politische. Auch den Nazis ist im Jahre 1945 alles weggenommen worden und wir sehen jetzt Verhältnisse, daß sogar der nat. soz. Akademiker auf dem Oberbau arbeiten muß.“¹⁶⁷

¹⁶⁴ Zit. nach: Friedrich Peter, Wurzeln und Entwicklungslinien der Freiheitlichen Partei Österreichs, in: Robert Kriechbaum (Hg.), Der Spiegel der Erinnerung - Die Sicht von innen. Österreichische Nationalgeschichte nach 1945, Wien/Köln/Weimar 1998, 150

¹⁶⁵ Friedrich Peter, Wurzeln und Entwicklungslinien der Freiheitlichen Partei Österreichs, in: Robert Kriechbaum (Hg.), Der Spiegel der Erinnerung - Die Sicht von innen. Österreichische Nationalgeschichte nach 1945, Wien/Köln/Weimar 1998, 150

¹⁶⁶ Wilhelm Svoboda, Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern, Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur, Wien/Köln/Weimar 1993, 169

¹⁶⁷ Robert Knight (Hg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 -52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt 1988, 197

Doch Helmer bagatellierte nicht nur das Leid, dass die Bevölkerung jüdischen Glaubens während der Zeit des Hitlerfaschismus zu ertragen hatte, indem er die Zwangsenteignungen mit der Situation der Nationalsozialisten nach der Befreiung verglich, sondern er stellte sich gegen die Restitutionsforderungen. Auf die Frage, was man denn den Amerikanern über die in diesem Zusammenhang verfolgte Politik mitteilen sollte, meinte Helmer:

*„Wir leben jetzt nicht mehr im Jahre 1945. Die Engländer bekämpfen die Juden; die Amerikaner haben auch ihre Verpflichtungen nicht eingehalten. Die Grausamkeiten der Juden im Palästina-Krieg habe ihr Echo gefunden. [...] Ich bin dafür, daß man die Sache in die Länge zieht. [...] Es gibt schon Leute, die das verstehen. Die Juden werden das selbst verstehen, da sie im klaren darüber sind, daß viele gegen sie Stellung nehmen.“*¹⁶⁸

Natürlich finden sich ähnliche Aussagen auch von Politikern der Volkspartei. Land- und Forstwirtschaftsminister Kraus bediente sich beispielsweise in derselben Sitzung im Jahr 1948 des Rassenbegriffs, wie ihn die Nationalsozialisten verwendeten:

*„Ich weiß aber nicht, wie gerade jetzt eine Rasse besondere Privilegien bekommen soll. Andere, die nicht weggingen, bekommen keine Unterstützung, die Juden aber sollen eine solche erhalten.“*¹⁶⁹

Beim Bau von Schulen und Spitälern sowie bei der Förderung der Landwirtschaft fehle das Geld, das man den Juden so bereitwillig geben würde, so die Beschwerde des VP-Ministers.¹⁷⁰ Es verwundert, dass angesichts der Geringschätzung, die einige Minister offensichtlich der Opfergruppe der Bevölkerung jüdischen Glaubens entgegenbrachten, überhaupt über die Forderungen nach Entschädigungszahlungen diskutiert wurde. Immerhin wurden die Finanzmittel des Staates dringend für den Wiederaufbau benötigt. Warum Österreich trotzdem auf die Forderungen nach „Judenentschädigung“ eingehen sollte, erörterte ein interner Bericht aus der Staatskanzlei für auswärtige Angelegenheiten aus dem Jahr 1945:

„Einen Judenstaat gibt es nicht. Nichtsdestoweniger spielen die Juden in der Welt eine große Rolle in der Außenpolitik, einesteils, weil ein großer Teil der Presse sich in ihren

¹⁶⁸ Robert Knight (Hg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 -52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt 1988, 197

¹⁶⁹ Robert Knight (Hg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 -52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt 1988, 196

¹⁷⁰ Robert Knight (Hg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 -52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt 1988, 196

Händen befindet [...], andernteils, weil sie es verstanden haben, die Regierungen anderer Staaten zu veranlassen, sich ihrer Forderungen anzunehmen. Dies gelang den Juden umso leichter, als sich das internationale Finanzkapital weitgehend in jüdischen Händen befindet. [...] Nicht umsonst hat man daher das Judentum als die 5. Weltmacht bezeichnet, an deren Gegnerschaft Hitler-Deutschland zugrunde gegangen ist.“¹⁷¹

Es macht den Anschein, als wären die Regierungsvertreter der Staatskanzlei tatsächlich der Ansicht gewesen, dass die Finanzwelt fast ausschließlich jüdische Interessen verfolgen würde. Die angebliche „Geldgier“ der Juden war ja auch im antisemitistischen Gedankengut fest verankert. Gleichzeitig schätzte man offensichtlich das „Judentum“ nicht nur als Gegner Hitler-Deutschlands, sondern auch als den eigenen ein, mit dem man vorsichtig zu verfahren hatte. Immerhin sah man scheinbar diese „5. Weltmacht“ als übertrieben rachsüchtig an:

„Menschen, die einen Schaden erlitten haben, sind nur allzu leicht geneigt, ihn zu überschätzen. Man kann kaum annehmen, daß die Juden nach all dem, was sie wirklich erlitten haben, eine Ausnahme machen sollten.“¹⁷²

Trotz der Gefahr der „Schadensüberschätzung“, müsse man jedoch in den Verhandlungen die Bereitschaft zur Leistung von Entschädigungszahlungen zeigen. Um diese in Grenzen zu halten sollte man ins Treffen führen, *„daß aber die finanzielle Lage dies nicht gestattet.“¹⁷³* Diese Taktik sei zu wählen, da man selbst vor wichtigen Verhandlungen stehe:

„Bei der Entschädigung der jüdischen Opfer darf man [...] nicht übersehen, daß Österreich zu seinem Wiederaufbau selbst finanzielle Unterstützung braucht. Wie bereits erwähnt, spielen die Juden in der Finanzwelt eine sehr große Rolle. Es wäre daher wenig angezeigt, sie durch allzu große Kleinlichkeit bei der Entschädigung ihrer verfolgten Glaubensgenossen zu verstimmen.“¹⁷⁴

Auch in seinen Memoiren griff Oskar Helmer auf die festgelegte Regierungstaktik zurück und sprach davon, dass Österreich gerne bereit gewesen wäre zu helfen. Doch der Staat

¹⁷¹ Robert Knight (Hg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 -52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt 1988, 102

¹⁷² Robert Knight (Hg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 -52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt 1988, 102

¹⁷³ Robert Knight (Hg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 -52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt 1988, 103

¹⁷⁴ Robert Knight (Hg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 -52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt 1988, 103

wäre selbst arm gewesen und durch die Vertreibungspolitik anderer europäischer Länder wäre die Situation noch schlimmer geworden.¹⁷⁵ Auch von dem Geist der Bundesregierung, die Restitutionsfragen als Konkurrenzkampf mit dem Judentum zu betrachten, war Helmer offensichtlich beseelt. In einer Ministerratssitzung stellte er im Jänner 1947 fest, dass die Menschen jüdischen Glaubens aus Ungarn, Rumänien und anderen Ländern vertrieben würden, während man sie hierzulande aufnehmen würde. Zum Dank für die Großzügigkeit des Staates würden sie daraufhin Propaganda gegen Österreich machen, so die Einschätzung des Ministers.¹⁷⁶ Auch in der Diskussion um den Umgang mit Displaced Persons (DPs) hatte Helmer als Innenminister ein gewichtiges Wort mitzureden. Im Wesentlichen bemühte sich die Regierung in dieser Frage darum, die DPs möglichst schnell außer Landes zu schaffen. Gleichzeitig war man an angelernten Arbeitskräften oder Personen, die in der Landwirtschaft arbeiten konnten, durchaus interessiert. Entsprechend ging es der Regierung in dieser Diskussion in erster Linie nicht um die humanitären Aspekte, sondern um eine rasche Lösung mit wirtschaftlichem Nutzen. Im Ministerrat gab Helmer am 16. März 1948 zu Protokoll, *„daß wir jetzt zugreifen müssen, damit uns nicht der „Mist“ in Österreich zurückbleibt.“*¹⁷⁷ Die Angst vor dem „Mist“, wie der Innenminister es nannte, prägte offenbar auch seine Meinung, wenn es um Flüchtlinge aus Südosteuropa ging:

*„Ich möchte hier auf die Einwanderung der Juden, die aus Rumänien nach Österreich kommen und langsam ganz Österreich überfluten, hinweisen.“*¹⁷⁸

Während es im Falle Schärfs schwierig ist, antisemitische Ressentiments nachzuweisen, waren diese bei Helmer eindeutig vorhanden. Mehrere Aussagen, die der Innenminister im Zuge seiner politischen Tätigkeit zu Protokoll gab, nehmen Anleihen aus der NS-Rassenrhetorik. Auch gegenüber seinen Parteikollegen hätte er diese Einstellung offen zu Schau getragen, so die Einschätzung Oliver Rathkolbs, die er, gestützt auf die Aussagen des ehemaligen Schutzbundführers Friedl Schorsch in seinem Buch *„Die paradoxe Republik“* trifft. Dieser hatte seine Rückkehr im Jahr 1946 selbst organisiert und erhob gegen das SPÖ-Führungsgespann Schärf und Helmer schwere Vorwürfe.

¹⁷⁵ Oskar Helmer, 50 Jahre erlebte Geschichte, Wien 1957², 279-281

¹⁷⁶ Robert Knight (Hg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 -52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt 1988, 162-163

¹⁷⁷ Robert Knight (Hg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 -52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt 1988, 187

¹⁷⁸ Robert Knight (Hg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 -52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt 1988, 173

„Nach Darstellung Hillegeists und vielen anderen in seiner Umgebung sind Schärf und Helmer die treibenden Antisemiten in der Partei, die im internen Kreis angeblich alle Naziausdrücke weiterverwenden.“¹⁷⁹

Außerdem sei auch Bruno Kreisky in den 50er-Jahren noch Zeuge von Helmers antisemitischen Witzen geworden, so Rathkolb.¹⁸⁰

Abgesehen von Aussagen ehemaliger Weggefährten, spricht vor allem Oskar Helmers Politik für sich. Regelmäßig intervenierte er zu Gunsten ehemaliger Nationalsozialisten. In einem Schreiben an Justizminister Josef Gerö machte er sich *„in Anbetracht der bevorstehenden Weihnachtszeit“¹⁸¹*, für eine großzügige Amnestie stark. Unter den Personen, die Helmer begnadigt sehen wollte, waren einige ehemalige Nationalsozialisten, die von den Volksgerichten wegen Mordes verurteilt worden waren. *„Infolge ihrer persönlichen sowie familiären Umstände für die Einbeziehung in eine Weihnachtsamnestie geeignet“¹⁸²*, waren laut dem Innenminister beispielsweise die zu lebenslangen Haftstrafen verurteilten Rudolf Belanda, Ernst Burian und Franz Puschnigg.¹⁸³ Erstaunlich sind hierbei vor allem die Argumentationsweisen Helmers. Über Burian berichtete er in seinem Schreiben etwa:

„Seine Schuld besteht faktisch nur darin, dass er der Liquidation von Juden beigewohnt hat. Persönliche Schuld ist faktisch keine vorhanden.“¹⁸⁴

Ähnlich sei die Lage auch bei Ernst Adolf Girzick, dem stellvertretenden Leiter der *„Zentralstelle für jüdische Auswanderung“* in Wien:

„Persönliche Schuld ist fast keine vorhanden. Das ihm zur Last gelegte Delikt besteht nur darin, dass er in der Judenaussiedlungsstelle beschäftigt war.“¹⁸⁵

¹⁷⁹ Zit. nach: Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005, Wien 2005, 163

¹⁸⁰ Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005, Wien 2005, 163

¹⁸¹ Zit. nach: Claudia Kuretsidis-Haider, „Persönliche Schuld ist faktisch keine Vorhanden“. Innenminister Helmer und die Begnadigung von verurteilten NS-Tätern, in: Justiz und Erinnerung Nr.8/Okttober 2003, 2

¹⁸² Zit. nach: Claudia Kuretsidis-Haider, „Persönliche Schuld ist faktisch keine Vorhanden“. Innenminister Helmer und die Begnadigung von verurteilten NS-Tätern, in: Justiz und Erinnerung Nr.8/Okttober 2003, 2

¹⁸³ Claudia Kuretsidis-Haider, „Persönliche Schuld ist faktisch keine Vorhanden“. Innenminister Helmer und die Begnadigung von verurteilten NS-Tätern, in: Justiz und Erinnerung Nr.8/Okttober 2003, 2

¹⁸⁴ Zit. nach: Claudia Kuretsidis-Haider, „Persönliche Schuld ist faktisch keine Vorhanden“. Innenminister Helmer und die Begnadigung von verurteilten NS-Tätern, in: Justiz und Erinnerung Nr.8/Okttober 2003, 2-3

¹⁸⁵ Zit. nach: Claudia Kuretsidis-Haider, „Persönliche Schuld ist faktisch keine Vorhanden“. Innenminister Helmer und die Begnadigung von verurteilten NS-Tätern, in: Justiz und Erinnerung Nr.8/Okttober 2003, 3

In seiner Namensliste verweist Helmer auch auf die persönlichen Schicksale der, seiner Meinung nach, Amnestiebedürftigen. „Ärmlichste Verhältnisse“, „2 Kinder und eine alte, kranke Mutter“ oder eine „schwere Magenoperation“, werden zur Untermauerung seiner Forderungen ins Treffen geführt.¹⁸⁶ Derartige Überlegungen hätte Helmer, wenn er gewollt hätte, natürlich auch in den Ministerratssitzungen anführen können, um eine bessere Behandlung der DP's zu erwirken, denn auch hier hätte er zweifelsohne dramatische persönliche Schicksale antreffen können. Doch während er mit aller Gewalt, wie zuvor erwähnt, den „Mist“ unter den Hilfsbedürftigen loswerden wollte, ortete er offensichtlich in den Reihen der ehemaligen Nationalsozialisten mehr Anstand.

„Pflichterfüllung“ ist ein häufiges Argument, dass Helmer zur Entlastung anführt. Wir wollen nur einige der Beispiele für die Rechtfertigung von Morden aufzeigen, die der Innenminister in seiner Liste nach diesem Schema vollzog:

„Wird beschuldigt, als Gendarmeriebeamter Juden erschossen zu haben. Er hat lediglich in Erfüllung seiner Pflicht gehandelt. [...]“

Reines Befehlsdelikt, welches er sich in seiner Eigenschaft als Volkssturmmann am Südost-Wall zu schulden kommen ließ. [...]“

Sein Delikt ist ein rein militärisches Befehlsdelikt, das er sich als Volkssturmmann zu schulden kommen ließ.“¹⁸⁷

Damit untergrub Helmer jedoch die Entscheidungen der Volksgerichte, die, unter Kenntnis der Fakten, die auch dem Innenminister vorlagen, zu Schuldsprüchen gelangt waren. Juristisch völlig irrelevant ist auch die skurrile Entschuldigung, dass ein Delikt „aus den letzten Kriegstagen“ stamme. Gleich in zwei Fällen verwendet Helmer in seinem Schreiben an Gerö diesen Umstand als Entlastungsgrund.

Außerdem intervenierte der Innenminister für den NS-Kreisleiter Ludwig Uhl. Seine einfache Begründung für die Eignung zur Amnestie:

„Ist der letzte Kreisleiter in Österreich, der noch in Haft ist.“¹⁸⁸

¹⁸⁶ Zit. nach: Claudia Kuretsidis-Haider, „Persönliche Schuld ist faktisch keine Vorhanden“. Innenminister Helmer und die Begnadigung von verurteilten NS-Tätern, in: Justiz und Erinnerung Nr.8/Okttober 2003, 3

¹⁸⁷ Claudia Kuretsidis-Haider, „Persönliche Schuld ist faktisch keine Vorhanden“. Innenminister Helmer und die Begnadigung von verurteilten NS-Tätern, in: Justiz und Erinnerung Nr.8/Okttober 2003, 2-4

Der eigentliche Grund, dass sich der ehemalige Nationalsozialist nach wie vor im Gefängnis befunden hatte war allerdings, dass er zusätzlich auch wegen bestellten Mordes verurteilt worden war.¹⁸⁹ Während Oskar Helmer also Entschädigungszahlungen an die Juden verhinderte, und sich bei der Aufnahme von DP's unnachgiebig zeigte, machte er aktiv Politik für ehemalige Nationalsozialisten.

Josef Hindels, einer derjenigen langjährigen SPÖ-Funktionäre, die während der Zeit des Faschismus den Weg ins Ausland gefunden hatten, beurteilte 1987 in einem Interview die Beziehung zwischen Schärf und Helmer folgendermaßen:

„Das Verhältnis zwischen Schärf - Helmer war so, daß in den großen Linien der Politik – Versöhnung mit den Nazis, Große Koalition auf ewige Zeiten, Koalitions gesinnung – Übereinstimmung vorhanden war. Der Unterschied zwischen ihnen war der, daß Schärf dem Wesen nach ein korrekter Jurist war und nicht übrig hatte für irgendwelche krummen Dinge. Helmer war, ich würde sagen zu jeder Schweinerei bereit und daher hat es gewisse Spannungen gegeben, aber von politischen, ideologischen Meinungsverschiedenheiten konnten zwischen den beiden keine Rede sein.“¹⁹⁰

Durch die Länge seiner Amtszeit prägte Oskar Helmer die gesamte Phase der Entnazifizierung in Österreich entscheidend mit. Gemeinsam mit Adolf Schärf zeichnete er sich auch für die Mechanismen der Integration von ehemaligen Nationalsozialisten in die SPÖ verantwortlich, auf die wir in Folge näher eingehen werden.

3.1.6 Die Integration von ehemaligen Nationalsozialisten in die SPÖ

Auch wenn die SPÖ nach 1945, aus welchen Gründen auch immer, nicht gewillt war, bestimmte ehemalige Funktionäre aus dem Exil zurückzuholen, war sie gezwungen zu handeln. Das Beamtentum wurde durch die provisorische Staatsregierung, soweit möglich, von ehemaligen Nationalsozialisten „gesäubert“. Zwar durften viele später in ihre Berufe zurückkehren, doch trotzdem fand eine große politische Umfärbung statt. Das „saubere“ Personal, mit dem man die entstandenen Lücken füllte war jenes, das beim Machtantritt

¹⁸⁸ Claudia Kuretsidis-Haider, „Persönliche Schuld ist faktisch keine Vorhanden“. Innenminister Helmer und die Begnadigung von verurteilten NS-Tätern, in: Justiz und Erinnerung Nr.8/Okttober 2003, 4

¹⁸⁹ Thomas Albrich, Gauleiter Franz Hofer und die „braune Elite“ des Gaues Tirol-Vorarlberg in der Nachkriegsjustiz, in: Thomas Vormbaum (Hg.), Juristische Zeitgeschichte. Jahrbuch Band 8, Berlin 2007, 46-47

¹⁹⁰ Zit. nach: Wilhelm Svoboda, Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern, Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur, Wien/Köln/Weimar 1993, 30

des Nationalsozialismus 1938 weichen musste. Das Beamtentum des Ständestaates feierte also seine große Rückkehr, und naheliegender Weise sympathisierte dieses zu einem beträchtlichen Teil mit der ÖVP. Große Teile des Personals rekrutierten sich hierbei aus dem katholischen Cartell Verband (CV), dem Akademikerbund der Volkspartei, was der SPÖ ein Dorn im Auge war. Unter dem Aspekt des Machtgewinnes für den politischen Gegner, erschien für Adolf Schärf auch die Entnazifizierung in einem anderen Licht. Er warf der ÖVP vor, sich unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Überbleibsel des Nationalsozialismus, den österreichischen Verwaltungsapparat einzuverleiben.¹⁹¹ Der begründeten Angst, den „Schwarzen“ in diesen Bereichen das Feld zu überlassen und somit an Einfluss zu verlieren, stand die Tatsache gegenüber, dass man kein alternatives Personal aus den eigenen Reihen aufzubieten hatte. Die SPÖ konnte es sich nicht leisten zu warten bis eine neue junge Generation sozialistischer Akademiker herangewachsen war, denn immerhin wäre man somit gegenüber der ÖVP in den nächsten Jahrzehnten stets ins Hintertreffen geraten, wenn es um die Besetzung wichtiger Ämter gegangen wäre. Wie sehr die Sozialdemokratie darunter litt, dass die ehemaligen „schwarzen“ Faschisten ohne Probleme in ihre Posten zurückkehren konnten, zeigt ein Artikel aus der Arbeiter-Zeitung, wo bereits im Oktober 1945 bemängelt wurde:

*„Da ist vor allem das Wiederauftauchen so vieler Personen, deren Namen mit jener Erinnerung [Anm.: an die Zeit des Ständestaates] belastete ist: die öffentlichen Ämter, insbesondere die höheren Stellen im Staatsdienst sind voll von ihnen. In den westlichen Bundesländern [...] sind unverfälschte Heimwehrleute wieder zu Amt und Würden gelangt.“*¹⁹²

So unmoralisch und verwerflich es uns aus heutiger Sicht auch erscheinen mag, so begründet und, sofern man nicht gewillt war die Volkspartei allein die Geschicke des Staates bestimmen zu lassen, nahezu ohne Alternative war die Methode, mit der die SPÖ versuchte das politische Gleichgewicht herzustellen. Man entschied sich dazu, ganz bewusst auf Nationalsozialisten zurückzugreifen, die die fehlenden Qualifikationen vorzuweisen hatten. Die Rekrutierung von Akademikern mit NS-Vergangenheit erfolgte vielfach über den „Bund sozialistischer Akademiker“ (BSA), der als Pendant zum CV eingerichtet wurde. Eine umfangreiche Darstellung über den Vorgang der Stärkung des eigenen Kaders durch diese Institution, liefert das Buch *„Der Wille zum aufrechten Gang“* von Wolfgang Neu-

¹⁹¹ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005, 34-35

¹⁹² „Das Gespenst“, Arbeiter-Zeitung, 3.10.1945

gebauer und Peter Schwarz.¹⁹³ Darin wird sehr nachvollziehbar die schwierige Situation der SPÖ skizziert, die den Schritt zur Integration von Nationalsozialisten in die Sozialdemokratie notwendig gemacht hatte, ohne diesen Umstand zu verharmlosen oder zu beschönigen.

Für die Nationalsozialisten, die mit Hilfe des BSA in die Gesellschaft zurückfanden, war der Neustart ein Segen. Im Gegenzug dafür, dass sie sich für den Bund und die Partei engagierten, half man ihnen, ihre Weste reinzuwaschen. Sie wurden allesamt als harmlose Mitläufer dargestellt, ohne dass von Seite der Sozialisten tatsächlich Interesse am wahren Ausmaß ihrer Taten bestanden hätte. Richter, Staatsanwälte, Ärzte, Polizeiangehörige, Mitglieder der SS und anderer nationalsozialistischer Organisationen wurden so in die Partei integriert, obwohl sie teilweise ganz unmittelbar an den schrecklichen Verbrechen des Regimes beteiligt gewesen waren, oder sie sogar selbst verübt hatten.¹⁹⁴ Der Sinn nach Gerechtigkeit wurde bei dieser Art der Rekrutierung ausgeschaltet, denn während andere Menschen, die ähnliche Dinge getan hatten, der juristischen Verfolgung ausgesetzt waren, die die SPÖ auch selbst als Regierungspartei angeordnet und beschlossen hatte, stellte man den wechselwilligen Neusozialisten Unbedenklichkeitsbescheinigungen aus. Somit verzeichnete der BSA im ersten Jahrzehnt nach dem Krieg ein gewaltiges Wachstum, obwohl durch die Judenverfolgung große Teile der alten sozialistischen Intelligenz ausgefallen waren. Von 2340 Mitgliedern im Jahr 1947 vergrößerte sich der Bund bis 1955 auf eine Anzahl von 9864 Personen.¹⁹⁵

So abscheulich, grausam und, hinsichtlich der eigenen Entnazifizierungsbemühungen zusätzlich auch widersprüchlich dieses Vorgehen der Partei einerseits auch war, so erfolgreich war es andererseits. Lange Jahre wurde über diese Art der Aufstockung der Intellektuellen durch die Sozialdemokratie nicht diskutiert. Einerseits wusste die breite Öffentlichkeit über diese Praxis nicht Bescheid, andererseits konnten sich die Beteiligten und Eingeweihten gut mit den Gegebenheiten arrangieren. Die BSA-Mitglieder, die auf diese Weise für die sozialistische Sache gewonnen worden waren, konnten somit teilweise trotz des Systemwechsels vom NS-Regime zur Diktatur erstaunlich kontinuierliche Karrieren vorweisen.

¹⁹³ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005

¹⁹⁴ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005, 108-109

¹⁹⁵ Martin von Amerongen, *Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart*, Graz/Wien/Köln 1977, 44

In den 1970er Jahren wurde diese Arbeitsweise der Nachkriegs-SPÖ erstmals für die breite Masse augenscheinlich. Bruno Kreisky berief in seiner ersten Amtszeit vier, und insgesamt bis 1983 sogar sechs Minister in sein Kabinett, denen eine NS-Vergangenheit nachzuweisen war. Drei von ihnen waren über den BSA in die Partei integriert worden. Erstmals hagelte es heftige öffentliche Kritik für die Doppelmoral der SPÖ.¹⁹⁶ Bekanntermaßen war Bruno Kreisky von derartigen Widerständen nicht zu beeindrucken, und hielt an seinen Ministern fest, die er mit aller Vehemenz verteidigte. So geschehen etwa im Falle des ehemaligen Landwirtschaftsministers Johann Öllinger, der nicht nur Mitglied der NSDAP, sondern auch der SA gewesen war, wo er den Rang des Sturmführers innegehabt hatte.¹⁹⁷ Außerdem diente er in der SS, wo er zuletzt den Rang des SS-Obersturmbannführers einnahm. Gemäß der österreichischen Entnazifizierungsgesetzgebung hatte er sich also des Hochverrats schuldig gemacht. Tatsächlich war er auch den entsprechenden Registrierungspflichten nachgekommen und galt demgemäß von Rechts wegen her als „belastet“. ¹⁹⁸ Erst 1960 fand er den Weg zum BSA, nachdem er schon zuvor als Landwirtschaftsexperte für die Kärntner Landesregierung tätig gewesen war.¹⁹⁹ Die harsche Kritik an seiner Person schien Öllinger schwer zu treffen, denn schon nach einem Monat trat er, offiziell aus gesundheitlichen Gründen, als Mitglied der Bundesregierung zurück. Dies geschah jedoch keinesfalls auf Drängen Kreiskys, denn dieser hatte sich immer demonstrativ vor Öllinger gestellt. In einer Fernsehdiskussion über seinen Minister meinte er:

„Ich stehe nicht nur voll und ganz hinter Dr. Öllinger, sondern ich stehe sogar vor ihm, schützend vor ihm in dieser Kampagne.“²⁰⁰

Auf die Frage, was es damit auf sich habe, dass Öllinger bis 1940 bei der SS gewesen sei, und danach nicht mehr, meinte Kreisky:

„Dr. Öllinger hat sich sozusagen von der SS abgemeldet und ist als einfacher Soldat in den Krieg gegangen. Er hat es vorgezogen, an die Front zu gehen, statt irgendwo in einem

¹⁹⁶ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 160-161

¹⁹⁷ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 161-164

¹⁹⁸ Doris Sottopietra/Maria Wirth, Ehemalige NationalsozialistInnen in der SPÖ: eine Untersuchung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 317-318

¹⁹⁹ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 161-164

²⁰⁰ Zit. nach: Bruno Kreisky, Der Mensch im Mittelpunkt, hg. von Oliver Rathkolb/Johannes Kunz/Margit Schmidt, Wien 1996, 232

*Konzentrationslager oder anderwärts seinen Dienst als SS-Mann zu versehen und hat die ganzen Jahre in der Armee verbracht. Und ich bin der Meinung, daß es schon ein Akt besonderer Anständigkeit ist, daß er diesen Schritt getan hat“.*²⁰¹

Von der NS-Vergangenheit seines Ministers wurde der Kanzler erst 1970 persönlich durch selbigen unterrichtet gewesen. Er sei der SS beigetreten, weil ihm „*diese Organisation der NSDAP mit dem Leitbild der damaligen Agrarpolitik ideologisch am nächsten verwandt zu sein schien*“²⁰², so die schriftliche Erklärung Öllingers. Damit war die Sache für ihn jedoch auch schon wieder erledigt, da abgesehen von seiner „*Zugehörigkeit zur SS nichts Nachteiliges oder Belastendes*“²⁰³ zu seiner Person vorliegen würde. Vor allem diejenigen, die ihr Leben für den Widerstand riskiert hatten, sahen dies jedoch anders. Dem Rücktritt Öllingers ging heftige parteiinterne Kritik an Kreisky voraus.²⁰⁴

Wie wenig der Bundeskanzler auf den medialen Aufschrei gab, zeigte sich schon, als er die Nachfolge für den vakanten Posten des Landwirtschaftsministers regelte. Auf Öllinger folgte Oskar Weihs, ebenfalls ehemaliger Nationalsozialist und seit 1945 BSA-Mitglied, der bis 1976 der Regierung angehörte.²⁰⁵ Weihs übernahm nicht nur Öllingers Posten, sondern auch seinen Sekretär Gerhard Pleschiutschnig, was die mediale Kritik neuerlich anheizte, da dieser ebenfalls eine einschlägige Vergangenheit hatte. Unter anderem war Pleschiutschnig 1960 wegen Neonazismus angeklagt worden. Kreisky konnte die Aufregung um Weihs nicht nachvollziehen. Dieser wäre, so Kreisky 1970 in einem Schreiben an die „World Federation of Jewish Fighters“, „*niemals Mitglied der NSDAP*“ gewesen, womit

²⁰¹ Zit. nach: Bruno Kreisky, *Der Mensch im Mittelpunkt*, hg. von Oliver Rathkolb/Johannes Kunz/Margit Schmidt, Wien 1996, 232

²⁰² Zit. nach: Doris Sottopietra/Maria Wirth, *Ehemalige NationalsozialistInnen in der SPÖ: eine Untersuchung*, in: Maria Mesner (Hg.), *Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ*, Wien 2005, 318

²⁰³ Zit. nach: Doris Sottopietra/Maria Wirth, *Ehemalige NationalsozialistInnen in der SPÖ: eine Untersuchung*, in: Maria Mesner (Hg.), *Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ*, Wien 2005, 318

²⁰⁴ Doris Sottopietra/Maria Wirth, *Ehemalige NationalsozialistInnen in der SPÖ: eine Untersuchung*, in: Maria Mesner (Hg.), *Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ*, Wien 2005, 318-319

²⁰⁵ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005, 161-164

die Vorwürfe gegen ihn haltlos seien. Ob der Kanzler zu diesem Zeitpunkt bereits wusste, dass sein Minister sehr wohl der NSDAP angehört hatte, ist nicht bekannt.²⁰⁶

Die Wählerschaft der SPÖ tangierte diese Diskussion offensichtlich nicht besonders. 1971 errangen die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit und verteidigten dieses Ergebnis 1975 mit einem identen Mandatsstand von 93 der insgesamt 183 möglichen Sitze.²⁰⁷ Auch in anderen Fragen, auf die wir später noch eingehen werden, hatte Kreisky eine, zumindest kontroversielle, wenn nicht sogar problematische Einstellung zu Themen, die in Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus standen. Ob die Wähler der SPÖ sich nicht für diese Themen interessierten, mit Kreisky übereinstimmten, auf andere Dinge größeren Wert legten oder einfach in den anderen Parteien keine Alternative sahen, ist schwer zu beantworten. Wahrscheinlich verdeckten einfach die Strahlkraft des beliebten Kanzlers und der wirtschaftliche Aufschwung den objektiven Blick auf die Materie.

Fast schon gewohnheitsgemäß war 1976 die Personalauswahl Kreiskys für die Nachfolge im Landwirtschaftsministerium. Auf Weihs folgte Günther Haiden, der nach seiner Mitgliedschaft in der Hitlerjugend auch in die NSDAP aufgenommen worden war, und den zwischen 1983 und 1986 auch Fred Sinowatz als Minister in sein Kabinett aufnahm. Seinen Weg in die Partei fand er 1947 über den Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSSStÖ), bevor ihm 1958 der Beitritt zum BSA den entscheidenden Schub für seine weitere Karriere gab.²⁰⁸

Der BSA bestand aber nicht nur aus ehemaligen Nationalsozialisten. Auch ehemalige Widerstandskämpfer fanden sich in den Reihen der Organisation. Vor allem in Wien, wo die Sozialisten von Haus aus stark vertreten waren, und daher die Probleme des strukturellen Aufbaus geringer waren, gab es daher Vorbehalte gegen die massive Aufnahme von „Ehemaligen“. In den anderen Bundesländern war man in den entsprechenden Verfahren weit weniger zimperlich. Mit gezielten Werbeaktionen, wie etwa einer eigenen BSA-Zeitschrift, Veranstaltungsabenden und Referaten zur NS-Frage, ging man vor allem in Tirol, Salzburg, Oberösterreich, Kärnten und der Steiermark auf die Suche nach akademisch gebildetem Personal mit „brauner“ Vergangenheit zu. Die Befürworter dieses Vor-

²⁰⁶ Doris Sottopietra/Maria Wirth, Ehemalige NationalsozialistInnen in der SPÖ: eine Untersuchung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 330-333

²⁰⁷ Die Wahlen in den Bundesländern seit 1945. Nationalrat und Landtage, Mistelbach 1986⁶, 49-53

²⁰⁸ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 164-165

gehens waren der Ansicht, dass man, sofern man sich um diese Personen nicht bemühen würde, die nationalsozialistischen Intellektuellen geschlossen in die Arme der ÖVP treiben würde, die bei der Entregistrierung von früheren Nationalsozialisten schon unmittelbar nach dem Krieg weit weniger zimperlich gewesen war, als die SPÖ. Mit dem BSA hatte man in dieser Hinsicht jedoch rasch aufgeholt. Die entsprechende „Erfolgsbilanz“ war überwältigend. So waren laut einem Protokoll der BSA-Bundesausschusssitzung 1948 70 Prozent aller BSA-Mitglieder in der Steiermark registrierungspflichtig. In Oberösterreich wäre es laut dem Ärzte-Fachverbandsobmann Dr. Rom überhaupt nur durch die Integration von ehemaligen Nationalsozialisten möglich gewesen, einen Vorstand zu stellen. Daher wurden in diesem Bundesland in den ersten Jahren des Bestehens des BSA sogar Personen aufgenommen, gegen die noch Verfahren wegen Verstößen gegen das Verbotsgesetz anhängig waren. Auch die steirische Landesorganisation stellte fest, dass für sie *„jedes Mitglied tragbar“* wäre.²⁰⁹

Bis 1949 versuchte die Bundesorganisation des BSA die Aufnahme „belasteter“ Nationalsozialisten zu verhindern. Mit der Zulassung Minderbelasteter zur Wahl und der Installation einer eigenen Partei für die „Ehemaligen“ in Form des VdU, sah man sich jedoch unter Zugzwang. Einige Länderorganisationen setzten sich massiv für die Aufnahme aller ehemaligen Nationalsozialisten ein. Im Zuge einer Bundesausschusssitzung des BSA wurde 1949 bekannt, dass auch die SPÖ bereits „belastete“ Mitglieder in ihrer Reihen integriert hatte. Außerdem hatten sich die Landesorganisationen Vorarlberg, Tirol, Oberösterreich und Salzburg über die Weisung des Bundes-BSA hinweggesetzt und ebenfalls „belastete“ Nationalsozialisten aufgenommen. Schließlich wurden die kritischen Stimmen innerhalb der Organisation überstimmt oder gaben nach. Auch „belastete“ Nationalsozialisten sollten unter gewissen Bedingungen in das BSA aufgenommen werden können, was in der Praxis bedeutete, dass jede Landesorganisation so vorgehen konnte, wie es ihr beliebte. Der Landesorganisation in Salzburg war dies offenbar immer noch zu wenig, denn ihrer Meinung nach sollte man prinzipiell jeden, der sich nach 1945 positiv zum österreichischen Staat bekannt habe, in die eigenen Reihen aufnehmen, ohne irgendwelche Bedingungen zu stellen. Ohnehin seien die „Belasteten“, deren Qualifikationen man teilweise dringend für

²⁰⁹ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005, 61-69

den Wiederaufbau benötige, nur die Opfer einer übertriebenen Entnazifizierung. Durch ihre berufliche Reintegration könnte man jedenfalls ihre Not lindern.²¹⁰

Nach der Diskussion über die „Belasteten“ ging der BSA noch einen Schritt weiter. Auch Burschenschafter aus deutschnationalen und rechtsextremen Studentenverbindungen wurden ab den 1950er Jahren unter Duldung der Bundesorganisation aufgenommen. Zwar befürchtete man zunächst eine Unterwanderung der eigenen Organisation durch derartige Verbindungen, doch die Konkurrenz zum Cartellverband, der schon zuvor derartigen Personen Unterschlupf gewährt hatte, führte letztlich dazu, dass die Bedenken über Bord geworfen wurden. Somit wurden die rechtslastigen und teilweise rechtsextremen Tendenzen des BSA, die erst Jahrzehnte später für die Öffentlichkeit sichtbar wurden, weiter verstärkt.²¹¹

Neugebauer und Schwarz beschreiben den BSA als „*Katalysator*“ für künftige Karriereverläufe, der als Zugabe auch noch den „*ansonsten mühseligen Prozess der individuellen Entnazifizierung*“ von den Schultern seiner Schützlinge genommen hätte. Die NS-Vergangenheit wäre bei der „*Jobbörse*“ BSA in den Hintergrund getreten. Die Dominanz der SPÖ in den 1970er- und 80er-Jahren, so meinen Neugebauer und Schwarz, wäre wohl ohne die Praktiken des BSA nicht möglich gewesen.²¹² Aus heutiger Sicht kann dies natürlich in keiner Weise als Legitimation für diesen lockeren Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten gesehen werden, doch die SPÖ-Funktionäre konnten sich zumindest bis zu den 80er-Jahren offensichtlich zu einem beträchtlichen Teil mit diesem moralischen Dilemma arrangieren, dass den Wiederaufbau der Partei jedenfalls begünstigte.

Mit der Affäre Waldheim begann ein kritischer Diskurs zum Nationalsozialismus, der ein Verantwortungsbewusstsein für die Verbrechen dieser Zeit mit sich brachte. Auch die SPÖ wurde teilweise von diesem Umdenken erfasst, und plötzlich wurden die merkwürdigen Vorgänge im BSA, der in einzelnen Fällen selbst schweren Verbrechern Unterschlupf gewährt hatte, kritisch beleuchtet. Künftig waren NS-Biographien, sofern bekannt, durchaus ein Hindernisgrund für hohe politische Ämter. Als Aufarbeitung ist dieses Umdenken freilich noch nicht zu werten, und der Fall Gross, mit dem wir uns gleich näher beschäftigen

²¹⁰ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 70-80

²¹¹ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 70-80

²¹² Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 165-166

werden, zeigt, dass damit erst viel später richtig begonnen wurde. Erst in der jüngeren Vergangenheit richtete die Führung der SPÖ einen kritischen Blick auf die eigene Geschichte. Auch wenn damit ein großer, und für die Vertreter der Partei wohl bereits der entscheidende Schritt getan ist, wird der Prozess der Aufarbeitung auf historischer Ebene wohl noch einige Jahre in Anspruch nehmen.

3.1.7 Der Fall Gross

Zwar war in der Ära Kreisky die Integration von ehemaligen Nationalsozialisten erstmals zu einem Thema für die breite Öffentlichkeit geworden, doch der BSA blieb weitgehend unbehelligt. Anstatt die Praktiken des BSA zu durchleuchten, vermied die SPÖ die unangenehme Beschäftigung mit der eigenen Geschichte. Ende der 1970er-Jahre kamen nach und nach die Details eines Falles auf, den man nicht ohne weiteres unter den Tisch kehren konnte. Die unglaublich grausamen Taten des ehemaligen NS-Kindereuthanasiearztes Heinrich Gross fanden große Resonanz in den Medien und fügten dem BSA einen schweren Imageschaden zu.²¹³ Zwangsläufig brachte der Fall auch eine Diskussion über Euthanasie im Allgemeinen mit sich.

Dass Heinrich Gross nicht bereits viel früher zur Rechenschaft gezogen worden war, verdankte er mehreren, aus seiner Sicht sicherlich glücklichen Umständen. Die Vorgänge am Spiegelgrund waren nach dem Fall des NS-Regimes nämlich nicht im verborgenen geblieben, obwohl gegen Ende des Krieges gezielt Unterlagen vernichtet und verschiedene Geheimhaltungsmaßnahmen ergriffen worden waren. 1945 befasste sich ein Wiener Volksgerichtsprozess mit dem beteiligten Personal. Unter den Angeklagten war auch Ernst Illing, der ehemalige Klinikleiter des Spiegelgrundes und ein überzeugter Nationalsozialist.²¹⁴ Doch während Illing 1946 die Todesstrafe erhielt, befand sich Heinrich Gross bis 1947 in russischer Kriegsgefangenschaft und war somit in dieser Zeit für die österreichische Justiz nicht greifbar.²¹⁵

Auch Gross hatte eine beachtliche Karriere in diversen nationalsozialistischen Organisationen vorzuweisen. Unter anderem war er langjähriges Mitglied der SA, nachdem er zuvor schon in der Hitlerjugend gewesen war. Es wurde ihm auch die, wie man nicht oft genug

²¹³ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 267

²¹⁴ Mathias Dahl, Die Tötung behinderter Kinder in der Anstalt Am Spiegelgrund 1940 bis 1945, in: Eberhard Gabriel/Wolfgang Neugebauer (Hg.), NS-Euthanasie in Wien, Wien/Köln/Weimar 2000, 78-79

²¹⁵ Mathias Dahl, Die Tötung behinderter Kinder in der Anstalt Am Spiegelgrund 1940 bis 1945, in: Eberhard Gabriel/Wolfgang Neugebauer (Hg.), NS-Euthanasie in Wien, Wien/Köln/Weimar 2000, 88

erwähnen kann keinesfalls selbstverständliche, Ehre der Mitgliedschaft in der NSDAP zuteil. Auch ein goldenes Ehrenzeichen der Hitlerjugend zeugt vom Engagement von Heinrich Gross für die nationalsozialistische Bewegung. Ab 1940 arbeitete Gross dann zunächst als Aushilfsarzt und später als Anstaltsarzt „Am Spiegelgrund“.²¹⁶ Auf seine, teilweise recht gut dokumentierten Verbrechen im Zuge der NS-Euthanasie wollen wir an dieser Stelle nicht näher eingehen, da dies nicht Gegenstand unserer Untersuchungen ist. Bemerkenswert ist jedoch die Hingabe von Heinrich Gross für seine wissenschaftliche Tätigkeit. Auch als er zur Wehrmacht eingezogen wurde, machte er in seinen Urlauben mehrfach Dienst „Am Spiegelgrund“ (er beteiligte sich also auch in seiner Freizeit an den Tötungen) und versorgte sich, wie er 1978 selbst zugab, mit etwa 300 Gehirnen von getöteten und verstorbenen Patienten für Hirnforschungen.²¹⁷

Der erste Prozess gegen Heinrich Gross endete 1950 wenig überraschender Weise mit einem Schuldspruch. Das Urteil, verbunden mit zwei Jahren schwerem Kerker, wurde jedoch 1951 aufgehoben und das Verfahren gegen den ehemaligen NS-Kindereuthanasiearzt wurde eingestellt.²¹⁸ Gross konnte wieder als Arzt und Wissenschaftler tätig werden und wurde, obwohl die juristisch relevanten Verdachtsmomente gegen ihn nicht entkräftet worden waren, Mitglied des BSA, wo er dem Fachverband der „Sozialistischen Ärztevereinigung Österreichs“ angehörte. Der SPÖ trat er schließlich 1953 bei.²¹⁹ Für seine Studien verwendete er mehrfach Präparate aus seiner Zeit „Am Spiegelgrund“. Obwohl diese Arbeitsweise 1962 dazu führte, dass ein Habilitationsversuch von Gross abgelehnt wurde, und somit sein makaberes Vorgehen im Zuge seiner Forschungen bekannt geworden war, konnte er seine Karriere unbehelligt fortsetzen.²²⁰ Seine zahlreichen Gutachten machten ihn darüber hinaus bis 1978 zum bestverdienenden Gerichtspsychiater des Landes, und zahlreiche Preise untermauerten seinen Ruf als Koryphäe auf seinem Gebiet.²²¹ Der gute Ruf des Heinrich Gross war für die SPÖ Grund genug, lange Zeit über dessen schwere Verbrechen hinweg-

²¹⁶ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005, 267-269

²¹⁷ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005, 270-271

²¹⁸ Mathias Dahl, *Die Tötung behinderter Kinder in der Anstalt Am Spiegelgrund 1940 bis 1945*, in: Eberhard Gabriel/Wolfgang Neugebauer (Hg.), *NS-Euthanasie in Wien*, Wien/Köln/Weimar 2000, 89

²¹⁹ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005, 272

²²⁰ Mathias Dahl, *Die Tötung behinderter Kinder in der Anstalt Am Spiegelgrund 1940 bis 1945*, in: Eberhard Gabriel/Wolfgang Neugebauer (Hg.), *NS-Euthanasie in Wien*, Wien/Köln/Weimar 2000, 89

²²¹ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005, 273-274

zusehen, obwohl man schon bevor die Medien sich Ende der 70er- und Anfang der 80er-Jahre des Themas annahmen, genug Anhaltspunkte für die Notwendigkeit einer genaueren Betrachtung seiner Biographie gehabt hätte.

Bezeichnenderweise war es kein Politiker, der den Fall Gross noch einmal ins Rollen brachte. Friedrich Zawrel, der selbst ein Insasse „Am Spiegelgrund“ gewesen war, erkannte den ehemaligen NS-Arzt, als dieser für ihn ein Gerichtsgutachten erstellen sollte. Gross stellte Zawrel Hilfe beim anstehenden Verfahren in Aussicht, sollte dieser über seine Vergangenheit in der Euthanasieanstalt schweigen bewahren. Doch Gross hielt sein Versprechen nicht. Er erstellte für Zawrel ein Gutachten, dass ihn als gefährlichen Rückfallstäter darstellte, woraufhin dieser in eine geschlossene Anstalt verfrachtet wurde. In seiner Begründung bezog sich Gross auf eine Arbeit seines ehemaligen Vorgesetzten Ernst Illing, und griff somit auf die „Erkenntnisse“ der NS-Psychiatrie zurück. In zwei Briefen schilderte Zawrel diesen Sachverhalt dem Justizminister Christian Broda. Doch der sozialdemokratische Minister antwortete nie auf diese Beschwerde und verschaffte Gross durch seine Untätigkeit, aus welchen Gründen heraus auch immer er diese an den Tag gelegt haben mochte, eine weitere Galgenfrist. Erst Ende 1978 konnte sich Zawrel in einem Zeitungsinterview Gehör verschaffen, wodurch eine Welle der Empörung bei den Medien ausbrach.²²²

Die sozialdemokratische Partei mitsamt dem, von Broda vertretenen, Justizministerium, sowie der BSA, blieben jedoch weiterhin untätig. Obwohl die Fakten nun auf dem Tisch lagen, und nur noch einer entsprechenden Prüfung bedurften, war Gross nach wie vor ein vollwertiges Mitglied der SPÖ und des BSA, und konnte seinen Beruf weiterhin uneingeschränkt ausüben. Auch ein recht offenes Interview, dass Heinrich Gross am 8. Februar 1979 der Tageszeitung „Kurier“ gab, war scheinbar nicht Grund genug für die Sozialdemokratie, in dieser Causa tätig zu werden, was angesichts der Brisanz des Inhaltes aus heutiger Sicht mehr als überraschend ist:

„Der Leiter der Anstalt, ein ambitionierter Nationalsozialist, hat mir dann eines Tages gesagt: Sie hörn‘S, da gibt es einen Befehl. Schwer mißgebildete und idiotische Kinder bis zum Alter von drei Jahren sind durch Luminal oder ein anderes Schlafmittel zu töten. Später hat sich herausgestellt, es war gar kein Befehl, sondern ein Ermächtigung. [...] man muß dazu sagen, daß zu dieser Zeit die Tendenz in der gesamten Psychiatrie lebensfeind-

²²² Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 274-275

lich war. Namhafte Ärzte und Rechtsgelehrte haben Bücher geschrieben über die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, und auch ich war sicher in dieser Richtung beeinflusst. [...] Ich habe heute einen viel größeren Abstand zu den Dingen und sehe, daß ich zu meinem Vorgesetzten gehen und sagen hätte sollen: Burschen, das ist ja Wahnsinn, was da gemacht wird. Wir sind doch nicht Frankensteins Nachfolger.“²²³

Gross gab später auch zu Protokoll, dass er bei seiner Aufnahme in den BSA Angaben zu seiner Tätigkeit während der 40er-Jahre gemacht hatte. Auch Dr. Alfred Gisel, langjähriger Vorsitzender der BSA-Hochschullehrer und Mitglied des BSA-Ärztevorstandes, der laut eigenen Angaben zu diesem Zeitpunkt nichts über die Tätigkeit des ehemaligen NS-Arzt gewusst haben wollte, habe er über seine früheren Arbeitsplätze informiert, so Gross. Auch Neugebauer und Schwarz halten nach Durchsicht von Protokollen die Angaben von Gisel für unglaubwürdig. Er selbst hätte dabei Auskünfte über die Vergangenheit von Heinrich Gross vermerkt. Darüber hinaus seien auch die Unwissenheitsbeteuerungen der restlichen Sozialdemokraten und BSA-Angehöriger unglaubwürdig, da seine Prozesse sicher nicht im Verborgenen geblieben wären, und auch Gisel darüber zweifelsohne Bescheid gewusst hätte.²²⁴

Angesichts seines Interviews im Kurier darauf zu schließen, dass Heinrich Gross im Laufe der vergangenen Jahrzehnte ein ausgeprägtes Schuldbewusstsein entwickelt hätte, wäre allerdings weit gefehlt. Als ihn ein anderer Arzt 1979 öffentlich der Tötung unschuldiger Kinder bezichtigte, verteidigte sich Gross mit einer Klage wegen Ehrenbeleidigung. Das Gericht stellte jedoch fest, dass der ehemalige NS-Arzt tatsächlich die ihm vorgeworfenen Straftaten begangen habe.²²⁵

Für die Karriere des Heinrich Gross bedeuteten die Anschuldigungen ab 1978, und deren Verifizierung durch ein Gericht 1981, einen schweren Schlag. Er wurde pensioniert und nach einigen Einsprüchen letztlich 1982 aus der SPÖ ausgeschlossen.²²⁶ Doch Heinrich Gross war nach wie vor ein freier Mann, denn sein Verhalten wurde von der Justiz nicht als Mord, sondern als Totschlag gewertet. Auch das, nach wie vor von Christian Broda

²²³ Zit. nach: Wolfgang Neugebauer, Zum Umgang mit der NS-Euthanasie in Wien nach 1945, in: Eberhard Gabriel/Wolfgang Neugebauer (Hg.), NS-Euthanasie in Wien, Wien/Köln/Weimar 2000, 112

²²⁴ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 278-283

²²⁵ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 275-276

²²⁶ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 276-277

geführte, Justizministerium sprach sich für diese Verfahrensweise aus.²²⁷ Damit gab man Heinrich Gross die Möglichkeit, trotz seiner Pensionierung weiterhin Gerichtsgutachten zu erstellen, was er bis Ende der 90er-Jahre auch tat.²²⁸

Der BSA zeigte sich wiederum nicht besonders engagiert. 1981 stellte man die Mitgliedschaft von Gross, mit dem Verweis auf ein im Gange befindliches Berufungsverfahren gegen den SPÖ-Ausschluss, ruhend.²²⁹ Weitere Handlungen setzte der BSA vorläufig nicht. Es gab keine Aufarbeitung des Falles, und auch als die sozialdemokratische Partei Gross bereits ausgeschlossen hatte, blieb der Status der ruhenden Mitgliedschaft im BSA weiter aufrecht. Offensichtlich wollte man sich mit der unangenehmen Materie nicht auseinandersetzen und verhielt sich, als wäre man nicht enger in den Fall involviert. In Wahrheit war es jedoch der BSA gewesen, der die Karriere des Heinrich Gross vorangetrieben hatte, und der ihm geholfen hatte, sich zu rehabilitieren. Allerdings wäre eine genauere Untersuchung wohl nicht nur wegen dieses einen Falles höchst unangenehm gewesen, denn Gross war schließlich bei weitem nicht der einzige ehemalige Nationalsozialist, der seinen Weg in die Sozialdemokratie über die sozialistischen Akademiker gefunden hatte. Kritische Stimmen hatten dem Bund ohnehin bereits zuvor den wenig schmeichelhaften Beinamen „BSSA“ verliehen.²³⁰ Eine Diskussion über die, nach der Befreiung Österreichs durchgeführte Praxis der Aufstockung des Akademikeranteils der Partei, wollte man zweifelsohne nicht anheizen.

Erst 1988 musste Gross den BSA verlassen. Sein Fall leitete, gemeinsam mit anderen Ereignissen, wie etwa der Affäre Waldheim, ein massives Umdenken in der Bevölkerung ein. Auch die SPÖ passte sich an die veränderte Geisteshaltung an und Ende der 1990er- beziehungsweise Anfang der 2000er-Jahre begannen die ersten Aufarbeitungsprojekte. Auch der BSA begann damit, sich mit den dunklen Flecken der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen.²³¹ Die eingeleiteten Maßnahmen der Aufarbeitung können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Einsicht der Partei viel zu spät gekommen ist. Die handelnden

²²⁷ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005, 286-287

²²⁸ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005, 276

²²⁹ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005, 289

²³⁰ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005, 10

²³¹ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005, 292-295

Akteure auf Seiten des BSA und in der sozialdemokratischen Partei, die die Integration der Nationalsozialisten eingeleitet hatten, sind längst nicht mehr in Amt und Würden und müssen somit keine Konsequenzen fürchten. Auch viele der ehemaligen Nationalsozialisten erleben das Umdenken in der SPÖ nicht mehr. Die Partei wird sich daher nicht nur den Vorwurf gefallen lassen müssen, dass sie erst auf massiven öffentlichen Druck gehandelt hat, sondern auch, dass sie erst dann aktiv wurde, als es wegen der zeitlichen Distanz kaum noch Personen in der SPÖ gab, die die Aufdeckungen zu fürchten hatten.

Die Konsequenzen, die Heinrich Gross zu tragen hatte, kann man ebenfalls kaum als angemessen für seine Taten bezeichnen. Erst 1997 wurde vom Dokumentationsarchiv für österreichischen Widerstand eine neuerliche Anzeige gegen ihn eingebracht. Zu einem Ergebnis kam das Verfahren jedoch nicht. Es wurde 2000 eingestellt, da angeblich der Gesundheitszustand von Gross bereits zu schlecht war.²³² Somit hatte der ehemalige NS-Euthanasiearzt den Großteil der Nachkriegszeit völlig unbehelligt in Freiheit verbracht.

Die Geschichte von Heinrich Gross ist sicherlich einer der spektakulärsten Fälle von ehemaligen Nationalsozialisten, die sowohl vor, als auch nach 1945 Karriere gemacht hatten. In „Der Wille zum aufrechten Gang“ beschreiben Neugebauer und Schwarz auch viele andere ähnlich geartete Biographien, die ebenfalls dem BSA ihren neuerlichen Aufstieg in der Zweiten Republik verdanken. Trotzdem wäre es unfair, der SPÖ das Etikett der Nationalsozialistenpartei zu verpassen, und die anderen Parteien außen vor zu lassen. Denn vor allem bei der ÖVP und der FPÖ (dem vormaligen VdU) gäbe es sicherlich auch einige NS-Biographien aus den Reihen der eigenen Mitglieder aufzuarbeiten. Die Bereitschaft sich diesem Prozess der Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit zu stellen, ist von Seiten dieser Parteien jedoch gegenwärtig nicht gegeben.

3.2 Wahlgesetz und Nationalratswahlen 1945

Die Ausgangslage vor den ersten demokratischen Wahlen war ungewiss, und neben ÖVP und SPÖ machten sich auch die Kommunisten Hoffnungen auf ein gutes Ergebnis. Es oblag zunächst jedoch erst einmal der provisorischen Staatsregierung, ein Wahlgesetz festzulegen, mit dem auch der Alliierte Rat einverstanden war. Die juristischen Begriffe „minderbelastet“ und „belastet“ standen 1945 noch nicht zur Verfügung, denn sie wurden erst mit dem Nationalsozialistengesetz eingeführt. Für etwaige Ausschlusskriterien vom demo-

²³² Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 277

kratischen Prozess aufgrund von NS-Verbrechen oder Zugehörigkeit zu NS-Organisationen, stand nur das Verbotsgesetz zur Verfügung. Im Wesentlichen war es für die Verwendung im Wahlgesetz jedoch unbrauchbar, da es noch nicht in ganz Österreich in Kraft getreten war. Die Registrierungslisten konnten also nicht als Grundlage für einen Ausschluss herangezogen werden. Dementsprechend wurden für die erste Wahl eigene, nicht auf vorhandene Grundlagen zurückgreifende, Bestimmungen festgelegt, mit denen man die ehemaligen Nationalsozialisten von den Wahlen verbannen wollte.²³³ § 7 D enthält die entscheidenden Passagen für den Umgang mit diesen Leuten hinsichtlich des bevorstehenden Urnengangs. Von der Wahl ausgeschlossen sind demnach:

„1. Personen, die in der Zeit zwischen dem 1. Juli 1933 und dem 27. April 1945 jemals der NSDAP als Parteimitglieder oder Parteianwärter oder der SS (Schutzstaffel) oder der SA als Mitglieder angehört haben;

2. Personen, die in der Zeit zwischen dem 1. Juli 1933 und dem 13. März 1938 jemals dem NSKK oder NSFK als Mitglieder angehört haben;

3. Personen, die in der Zeit zwischen dem 13. März 1938 und dem 27. April 1945 jemals dem NSKK oder NSFK als Führer, vom Untersturmführer oder Gleichgestellten aufwärts, angehört haben.“²³⁴

Viele Menschen waren somit zumindest vorläufig vom demokratischen Prozess ausgeschlossen. Auch wenn sich der Ruf nach der Reintegration dieser Gruppe in die Gesellschaft erst in den folgenden Jahren immer mehr verstärkte, waren die politischen Parteien bereits 1945 daran interessiert, die Wählerschaft so groß wie möglich zu halten. Daher griff man in einem Punkt auf das an sich für eine österreichweite Anwendung ungeeignete Verbotsgesetz zurück. Menschen die, wie in diesem Gesetz vorgesehen, Nachsicht von der Registrierung erlangt hatten, durften an den Wahlen teilnehmen, auch wenn sie Mitglied oder Anwärter einer der zuvor genannten Einrichtungen gewesen waren. Trotz des großen Verwaltungsaufwandes bestand daher bei den Parteien durchaus großes Interesse daran, in kurzer Zeit viele derartige Bescheide positiv zu erledigen.²³⁵ Vor allem war natürlich die

²³³ Sonja Niederacher, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 32

²³⁴ StGBI. Nr. 198/1945

²³⁵ Sonja Niederacher, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, Seite 32

schnelle Rehabilitierung potentieller Wähler der eigenen Liste von besonderem Interesse. Ohnehin war der Ausschluss einer derart großen Gruppe von Personen vom Urnengang keine Selbstverständlichkeit. Julius Raab beanspruchte im Juli 1949 für sich und seine Partei, von Beginn an für das Stimmrecht der Minderbelasteten eingetreten zu sein, was von KPÖ und SPÖ verhindert worden sei:

*„Im Jahre 1945 ist die ÖVP für die Zulassung der Minderbelasteten zu den Wahlen eingetreten, ebenso auch Bürgermeister Koref. Dagegen ist der verstorbene Stadtrat Speiser aufgetreten. Koref ist in einer Geheimkonferenz der SPÖ in dieser Frage unterlegen, und Sozialisten und Kommunisten haben sich dafür entschieden, die minder belasteten Nationalsozialisten vom Wahlrecht auszuschließen.“*²³⁶

Von einem „Buhlen“ um die ehemaligen Nationalsozialisten zu sprechen, wäre jedoch übertrieben. Der parteiübergreifende Schulterschluss gegen den Nationalsozialismus und für die Demokratie überstand auch den Wahlkampf 1945. Mit dem „antifaschistischen Konsens“ nahmen es die Parteien aus heutiger Sicht überraschend genau. Sogar die ÖVP zeichnete stark negative Bilder von der Zeit des Hitlerfaschismus. An die Nationalsozialisten und ihre Angehörigen gab es hingegen keine versöhnlichen Botschaften. Die Nazis waren ein klares Feindbild in den Wahlkämpfen der Parteien, ohne jedoch eine konkrete Person oder eine Gruppe als Täter in den Vordergrund zu stellen. Die Gräueltaten, die von Österreichern begangen worden waren, wurden nicht mit konkreten Gesichtern versehen.²³⁷

Auch wenn es in den wiederauferstandenen demokratischen Parteien Österreichs nicht nur Opfer, sondern auch zahlreiche opportunistische Mitläufer und teilweise auch Täter gab, und obwohl die Rede vom vereinenden „Geist der Lagerstraße“ angesichts dieser Tatsachen nur nach einer identitätsstiftenden politischen Floskel klingt, muss man doch feststellen, dass ÖVP, SPÖ und KPÖ in Entnazifizierungsfragen durchaus um eine gemeinsame Politik bemüht waren, und taktische Spielereien weitgehend hinten angestellt wurden. Immerhin waren zwar die ehemaligen Nationalsozialisten weitgehend von den Wahlen ausgeschlossen, doch ihre große Anzahl bedingte auch, dass sie viele wahlberechtigte Angehörige hatten, die wahrscheinlich zu einem nicht unbeträchtlichen Teil sehr dankbar auf ver-

²³⁶ Zit. nach: Hellmut Butterweck, Verurteilt und begnadigt. Österreich und seine NS-Straftäter, Wien 2003, 21

²³⁷ Sonja Niederacher, Die öffentliche Rede über Entnazifizierung 1945-1949, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, Seite 32

söhnliche Signale der Politik hinsichtlich des Umganges mit diesen Menschen reagiert hätten. Der Versuchung, politisches Kapital aus vollmundigen Rehabilitierungsversprechen zu ziehen, hielten die Parteien jedoch geschlossen stand. Begünstigt war dies sicher dadurch, dass SPÖ, KPÖ und ÖVP allesamt schwere Verluste erlitten hatten, über die man nicht ohne weiteres hinweg sehen konnte. Zusätzlich hätte man aber übertriebene Großzügigkeit gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten gar nicht in die Praxis umsetzen können, da die Alliierten hierbei nicht mitgespielt hätten. Darüber hinaus sahen viele wohl im Nationalsozialismus nach wie vor eine reelle Bedrohung für die Demokratie, was 1949 sicher in dieser Form nicht mehr der Fall war. Statt also Botschaften an die „Ehemaligen“ zu richten, machte die Volkspartei lieber deutlich, dass nur sie stets für ein eigenständiges Österreich eingetreten war. Dass ihrer Meinung nach das Schreckgespenst des NS-Regimes von den Sozialdemokraten begünstigt worden war, machte die ÖVP mittels eines Wahlplakates publik:

„Der Anschluß

Das Steckenpferd der Österreichischen Sozialdemokratie und ihr wunder Punkt.

Von Dr. Bauer 7. Juni 1919 bis Dr. Renner im Mai 1938. ²³⁸

Trotz der Bereitschaft zum überparteilichen Schulterschluss, gingen die Parteien natürlich sehr unterschiedlich mit ihrer Kritik am Nationalsozialismus um. Zwar setzte sich, wie



Quelle: Österreichische Nationalbibliothek, Plakatarchiv Austria

bereits erwähnt, innerhalb der SPÖ der rechte Flügel deutlich durch, doch die Plakatwerbung der Sozialisten erinnerte zunächst an bildliche Darstellungen des Kommunismus. In der nebenstehenden Abbildung ist ein Plakat aus dem Wahlkampf von 1945 zu sehen. Dargestellt sind eine Frau

und ein Mann, die beide offensichtlich der arbeitenden Bevölkerung zuzurechnen sind. Gemeinsam ziehen sie, mit nach vorne gebeugtem Körper, einen Karren aus dem, natürlich

²³⁸ Zit. nach: Karl Stadler, Adolf Schärf, Mensch, Politiker, Staatsmann, Wien 1982, 279

nicht zufällig in der Farbe braun dargestellten, Sumpf. Dieser ist mit den Worten „Krieg“, „Korruption“ und „Massenmord“ beschriftet. Die symbolhafte Darstellung der NS-Herrschaft, unterstrichen durch das Hakenkreuz, ist außerdem mit dem Wort „Arbeiterver-sklavung“ versehen. Für die SPÖ war es ganz wichtig, das Regime als Gegner der arbeitenden Menschen darzustellen. Immerhin hatte der Nationalsozialismus auch in der Herrschaft nachweislich große Zustimmung gefunden. Vor allem die Beschäftigungspolitik der Nationalsozialisten und der scheinbare wirtschaftliche Aufschwung, der in Wahrheit nur durch die Aufrüstung für den Kriegszustand aufrecht zu erhalten war, hatten auf viele Arbeiter Eindruck gemacht. Dass die Arbeiter in Wahrheit unfrei gewesen seien, war daher eine wichtige Botschaft der sozialistischen Wahlwerbung. Mit der Versetzung in die Opferrolle nahm man der Arbeiterschaft außerdem die Bürde der Mitschuld an den Ereignissen der vorangegangenen Jahre.

Die beiden dargestellten Menschen tragen rote Kleidung und sind somit in der Farbe abgebildet, in der auch die Silhouette der Republik Österreich gezeigt ist, die sich in dem Wagen befindet. „Wie 1918“ wird auf dem Plakat festgestellt. Wieder, so die Aussage, müssten die Arbeiter das darniederliegende Land aufbauen und den „Karren“ aus dem (diesmal braunen) „Dreck“ ziehen. „Wählt sozialistisch!“, wird auf dem Plakat daher gefordert. Mit ihren pessimistischen Plakatwerbungen stand die SPÖ nicht alleine da. Der Terror der Vergangenheit war noch sehr gegenwärtig für alle politischen Lager, und entsprechend war er es, mit dem sich der Wahlkampf beschäftigte. Wiederaufbauparolen spielten hingegen bestenfalls eine untergeordnete Rolle in der Wahlwerbung.²³⁹

Die nebenstehende Abbildung zeigt ein weiteres SPÖ-Wahlplakat aus dem Jahr 1945. „Schluß mit den Hüten“ und „wir



Quelle: Österreichische Nationalbibliothek, Plakatarchiv Austria

²³⁹ Norbert Hölzl, Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 bis 1971, Wien 1974, 18

brauchen Köpfe“, ist darauf zu lesen, und drei verschiedene Hüte, einer von der SA, einer von der Heimwehr und ein Zylinder sind darauf abgebildet. Die SPÖ beschäftigte sich also nicht nur mit dem „braunen“ Faschismus, sondern rechnete auch mit dem Ständestaat ab. Der Zylinder war ein gängiges Symbol für den Kapitalismus, den man natürlich aus der eigenen ideologischen Positionierung heraus ebenfalls ablehnte.

Die Abrechnung mit der Vergangenheit war sichtlich für die SPÖ sehr wichtig. Den Nationalsozialisten reichte man keinen Strohalm, sondern forderte eine rigorose Abrechnung mit ihnen ein, wobei vor allem das „Sibirien-Plakat“ der Sozialisten zu großer Berühmtheit gelangte, auch weil es von den politischen Gegnern der SPÖ in späteren Wahlkämpfen gerne wieder hervorgezaubert wurde:

*„Zehntausende Österreicher befinden sich fern der Heimat in Kriegsgefangenenlagern und werden zum Aufbau Österreichs benötigt. Zehntausende Nazi befinden sich in der Heimat und sabotieren den Wiederaufbau Österreichs. Wir fordern den Austausch.“*²⁴⁰

Derart revolutionäre Ansagen führten natürlich zu großen Ängsten bei den Angehörigen der angesprochenen Nationalsozialisten, auch wenn diese Forderung gänzlich unrealistisch war. Der SPÖ lag 1945 scheinbar nichts daran, versöhnliche Töne gegenüber den ehemaligen Mitgliedern der diversen NS-Organisationen anzuschlagen. Die ÖVP, die die Wahl mit 85 von 165 möglichen Mandaten gewann²⁴¹, war nicht ganz so drastisch in ihren Aussagen, wenngleich auch sie die eine oder andere radikalere Darstellung wählte, an die man sich schon 1949 nicht mehr gerne erinnerte. Ein Plakat, auf dem, mit dem Hakenkreuz versehene marschierende Menschen zu sehen waren, hatte eine gewisse Ähnlichkeit mit den Darstellungen, die die SPÖ in diesem Wahlkampf wählte.²⁴² Als Parole war zu lesen:

*„Nie wieder Diktatur, Faschismus, Terror, Krieg – Wählt ÖVP.“*²⁴³

Diese Darstellung ist insofern bemerkenswert, als sich die ÖVP sonst in ihren Wahlkämpfen eher durch ihre Gegnerschaft zum Kommunismus und Sozialismus Profil zu verschaffen versuchte. Außerdem präsentierte man sich 1949 als einzige Partei, die sich immer für

²⁴⁰ Zit. nach: Norbert Hölzl, Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 bis 1971, Wien 1974, 45

²⁴¹ Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung (Hg.), Die Wahlen in den Bundesländern seit 1945. Nationalrat und Landtage, Mistelbach 1986⁶, Seite 28

²⁴² Norbert Hölzl, Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 bis 1971, Wien 1974, 21

²⁴³ Zit. nach: Norbert Hölzl, Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 bis 1971, Wien 1974, 21

die Rechte der ehemaligen Nationalsozialisten eingesetzt hatte. Trotzdem war die Volkspartei 1945 wohl die attraktivste Variante für jene Teile der Wählerschaft, die sich in irgendeiner Form den „Ehemaligen“ verbunden fühlten.

Wie sehr die Frage des Umgangs mit den Nationalsozialisten die Wahl beeinflusste, ist schwer zu sagen. Immerhin war das Kräfteverhältnis zwischen den beiden großen politischen Lagern ähnlich wie 1930, während die KPÖ weiterhin keine Rolle spielte. Die Kommunisten hatten im Wahlkampf auch die mit Abstand radikalsten Töne angeschlagen, und sogar die Greuel der Konzentrationslager zum Gegenstand ihres Wahlkampfes gemacht.²⁴⁴ Dass diese Variante nicht gut angekommen war, wurde durch das Wahlergebnis nun für alle Parteien offenkundig. Gleichzeitig war jene Partei, die die ehemaligen Nationalsozialisten am wenigsten scharf attackiert hatte, als klarer Sieger aus der Wahl hervorgegangen. Aus Sicht der SPÖ musste sich jedenfalls etwas ändern, wenn man die Vorherrschaft des bürgerlichen Lagers, mit der man schon in der Ersten Republik zu kämpfen gehabt hatte, endlich durchbrechen wollte.

3.3 Nationalratswahlen 1949

Die Nationalratswahlen von 1949 fanden unter stark veränderten Voraussetzungen im Vergleich zu jenen von 1945 statt. Die erste Welle von Amnestien hatte Einzug in die österreichischen Gesetzestexte gehalten. Auch die Wahlgesetzgebung war von der veränderten Geisteshaltung betroffen. Die „minderbelasteten“ Nationalsozialisten wurden in die Wählerschaft zurückgeführt. Im Vergleich zu 1945 stieg daher die Anzahl der Wahlberechtigten stark an. Sonja Niederacher spricht von etwa 530.000 „minderbelasteten“ Personen, die in diese Kategorie fielen.²⁴⁵ Dieter Stiefel sieht einen Anstieg der Wählerschaft um 487.000 Menschen.²⁴⁶

Eine Veränderung der Parteienstrategien war gefragt, denn das zusätzliche Wählerpotential im Vergleich zu 1945 machte in etwa 12% aus.²⁴⁷ Nachdem diese Menschen selbst als ehemalige Nationalsozialisten vom politischen Prozess ausgenommen worden waren, und ihnen Sühnemaßnahmen aufgebürdet worden waren, muss man annehmen, dass sie ihre

²⁴⁴ Norbert Hölzl, Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 bis 1971, Wien 1974, 23-26

²⁴⁵ Sonja Niederacher, Die öffentliche Rede über Entnazifizierung 1945-1949, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, Seite 53

²⁴⁶ Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, 316

²⁴⁷ Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, 316

Stimmen an eine Partei vergeben wollten, die sich für ein Ende der Entnazifizierung oder eine Abschwächung der bestehenden Maßnahmen einsetzte. Dies wurde auch von Seiten der Politik erkannt, und so begann ein Wahlkampf, der unter ganz anderen Vorzeichen stand, als jener von 1945. Das neue Wählerpotential, welches die Macht sowohl zugunsten der SPÖ als auch der ÖVP verschieben konnte, wurde auch entsprechend umworben. Der verschärfte Wettkampf beendete auch die Einigkeit des „antifaschistischen Konsens“. Norbert Hölzl konstatiert in seinem Buch „Propagandaschlachten“ daher völlig zurecht, dass *„die eigentliche Nachkriegswahlschlacht nicht im November 1945, sondern erst im Oktober 1949 stattfand.“*²⁴⁸ Die bevorstehenden Gefahren erkannte der sozialistische Abgeordnete Rupert Zechtl schon im Februar 1948 bei einer Rede im Nationalrat:

*„Das Problem der ehemaligen Nationalsozialisten darf unter keinen Umständen zu einem Problem der Wahltaktik und der Wahltechnik für einzelne Parteien degradiert werden. [...] Schließt dieses Werben um die ehemaligen Mitglieder der NSDAP nicht eine große Gefahr für die Werbenden in sich und erweckt dieses Werben nicht bei den Umworbenen falsche Gefühle, die letzten Endes für uns alle, wo immer wir stehen mögen, zu einer ganz großen Gefahr werden könnten?“*²⁴⁹

Allerdings hatte auch die Partei des Abgeordneten Zechtl ihre Wahltaktiken und -techniken selbst bereits angepasst. Schon nach den Wahlen 1945, als die „minderbelasteten“ Personen, ebenso wie die „belasteten“, durch das strenge Wahlrecht ausgeschlossen gewesen waren, hatte sich für die SPÖ gezeigt, dass eine strenge Vorgehensweise gegenüber ehemaligen Mitgliedern der NSDAP, die sich nicht an weiteren Verbrechen beteiligt hatten, nicht mehrheitsfähig war, was zu einem Kurswechsel der Partei führte.²⁵⁰ Eine wesentliche Rolle spielte hierbei wohl auch, dass die KPÖ zu keinem bedeutenden politischen Faktor wurde. Damit verlor auch der linke Parteiflügel eine wesentliche Legitimationsgrundlage, denn er hatte stets die Abstimmung mit den Kommunisten in den wichtigen Fragen gesucht, bevor man mit der ÖVP in Verhandlungen getreten war.²⁵¹

²⁴⁸ Norbert Hölzl, Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 bis 1971, Wien 1974, 15

²⁴⁹ Zechtl, 76.Sitzg., 18.2.1948, 2185

²⁵⁰ Sonja Niederacher, Die öffentliche Rede über Entnazifizierung 1945-1949, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 53

²⁵¹ Maria Mesner, Die Unabwägbarkeiten der Nachkriegszeit und die Sicherheit des Kalten Krieges. Die SPÖ-interne Diskussion der Entnazifizierung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 69

Maria Mesner kommt vor allem anhand der Analyse von Parteivorstandsprotokollen zu dem Schluss, dass man in der SPÖ der Ansicht gewesen sei, mit einer milden Form der Entnazifizierung die besten Erfolgsaussichten zu haben. Dies sieht sie auch durch das Einlenken von Schärf in die Entnazifizierungslinie der ÖVP bestätigt.²⁵² Für die neue Positionierung der Partei waren die, in den Monaten davor getätigten Aussagen und Forderungen, wie etwa jene des Austausches von Nazis und Kriegsgefangenen, natürlich etwas hinderlich. Deshalb wurde die eigene Position nach den Wahlen von 1945 rückblickend ein wenig uminterpretiert. So meinte etwa Alfred Migsch, der 1944 und 1945 selbst als Widerstandskämpfer im Konzentrationslager Mauthausen inhaftiert gewesen war²⁵³:

*„Wir sind von Anfang an dafür eingetreten, daß dem kleinen Nazi, der sich nichts zuschulden hat kommen lassen, diesem kleinen Bauern, Arbeiter und Angestellten [...] nichts geschieht.“*²⁵⁴

Dass die SPÖ offensichtlich zunächst nicht in der, von Migsch angeführten Art und Weise mit den ehemaligen Nationalsozialisten verfahren wollte, wurde bereits aus den vorangegangenen Ausführungen deutlich. Im Zuge des harten Kampfes um die Stimmen der „minderbelasteten“ Personen, wurden die alten Positionen jedoch stark aufgeweicht. Auch ein Fairnessabkommen zwischen den Parteien konnte nicht verhindern, dass mit allen Mitteln um das freie Stimmenpotential gerungen wurde.²⁵⁵

Die ÖVP sorgte selbstverständlich dafür, dass die radikalen Forderungen der SPÖ aus dem vergangenen Wahlkampf nicht so schnell in Vergessenheit gerieten, und erinnerte an alte Slogans der Sozialisten:

„1945 – alle Nazi nach Sibirien!“

1947 – Wahlrecht für Minderbelastete!

*1949 – Ihr lieben, lieben Nazi, wählt doch!“*²⁵⁶

²⁵² Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 70-71

²⁵³ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 37

²⁵⁴ Zit. nach: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 71

²⁵⁵ Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, 316

²⁵⁶ Zit. nach: Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, 317

Die SPÖ distanzierte sich von ihrem „Sibirien-Plakat“ von 1945, dass die ÖVP im Wahlkampf von 1949 auch im Originaltext anschlagen ließ, um die Wählerschaft an die Haltung der Sozialisten zu erinnern. In Graz kam es im Zuge der Verbreitung dieser Faksimiledrucke des Plakates aus dem vorangegangenen Wahlkampf zu Handgreiflichkeiten zwischen VP- und SP-Gruppen. Die Entstehung des, nunmehr als ausgesprochen unangenehm empfundenen Plakates, schob die SPÖ Erwin Scharf in die Schuhe. Die Parteileitung habe von dem Alleingang des späteren kommunistischen Überläufers nichts gewusst.²⁵⁷ Während sich die ÖVP über den Kurswechsel des politischen Hauptgegners lustig machte, zeigte sie in ihrer Werbekampagne bildlich, dass sie, natürlich im Gegensatz zu den „Roten“, bereit wäre, den ehemaligen Nazi die Hand zu reichen.²⁵⁸ Die SPÖ stand dem Kontrahenten jedoch in geschmackloser Rhetorik und Anbiederung an die Nationalsozialisten um nichts nach. Der Ärger darüber, dass ehemalige Heimwehrmitglieder und hohe Funktionäre der Vaterländischen Front nicht zur Rechenschaft gezogen wurden, führte zu großer Verbitterung bei den Sozialisten.²⁵⁹ Wie tief der Stachel der fehlenden Aufarbeitung des Austrofaschismus bei den SPÖ-Mitgliedern saß, zeigt auch eine Aussage von Karl Renner, der im Oktober 1945 bemerkte, *„daß ihm, wenn die außenpolitische Auswirkung nicht dagewesen wäre, der braune Faschismus lieber als der schwarze gewesen wäre.“*²⁶⁰

Doch nicht nur das Einlenken der Parteien in Fragen der Entnazifizierung war eine wesentliche Veränderung gegenüber dem Jahr 1945. Obwohl SPÖ und ÖVP auch in den folgenden Jahrzehnten Großparteien blieben, und das politische Parkett klar dominierten, veränderte sich 1949 die Parteienlandschaft nachhaltig. Mit der Rückkehr eines Großteils der Menschen, die mit dem Etikett der ehemaligen Nationalsozialisten versehen worden waren, durfte sich nun auch das dritte Lager wieder um Stimmen bemühen. Der „Verband der Unabhängigen“ (VdU) bzw. „Wahlverband der Unabhängigen“ (WdU) wollte der, dieser Gruppierung zuzuordnenden Wählerschaft eine neue Heimat bieten, aber auch Protestwähler ansprechen.²⁶¹ Mit entsprechender Skepsis stand die ÖVP dem neuen Konkurrenten gegenüber, der in der Lage war, das bürgerliche Lager zu spalten. Dies wiederum war für

²⁵⁷ Norbert Hölzl, Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 bis 1971, Wien 1974, 45

²⁵⁸ Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, 317-318

²⁵⁹ Maria Mesner, Die Unabwägbarkeiten der Nachkriegszeit und die Sicherheit des Kalten Krieges. Die SPÖ-interne Diskussion der Entnazifizierung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 74

²⁶⁰ Zit. nach: Maria Mesner, Die Unabwägbarkeiten der Nachkriegszeit und die Sicherheit des Kalten Krieges. Die SPÖ-interne Diskussion der Entnazifizierung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 74

²⁶¹ Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981, 322

die SPÖ zweifelsohne ein guter Grund, die Zulassung des VdU zur Wahl zu unterstützen.²⁶²

Tatsächlich konnte die ÖVP bei den Nationalratswahlen 1949 nicht die absolute Mandatsmehrheit erringen, während dem VdU mit der Erringung von 16 Mandaten ein beachtlicher Erfolg gelang.²⁶³ Somit war das Kalkül der Sozialdemokraten aufgegangen, dass die Pragmatiker in der Partei rund um Adolf Schärf mit ihrer Unterstützung für das „Sammelbecken von Ehemaligen“ verfolgt hatten.²⁶⁴ Das Wahlergebnis gab vor allem jenen Argumenten, die für einen weiteren Abbau der Entnazifizierungsmaßnahmen sprachen, mehr politisches Gewicht.²⁶⁵

Für Maria Mesner liegt das weitreichende Umdenken der SPÖ gegen Ende der 1940er-Jahre auch an den Verschiebungen der politischen Pole durch den Kalten Krieg. Durch einen allgemeinen „antikommunistischen Grundkonsens“, so meint sie, wäre die Integration der Nationalsozialisten legitimiert worden.²⁶⁶ Die, anhand der Wahlergebnisse der Zweiten Republik recht deutlich zu erkennende, Ablehnung von radikalen Linksparteien in Österreich scheint jedenfalls Einfluss auf die Veränderung der Haltung der SPÖ gehabt zu haben.

Wären die Sozialdemokraten bei ihrem rigorosen Kurs gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten geblieben, wären sie möglicherweise weit weniger erfolgreich gewesen. Zumindest gingen davon offensichtlich viele wichtige Funktionäre in der Partei aus. Die „kleinen Nazi“ und die „Mitläufer“, wie weit auch immer man diese Begriffe fassen mochte und möchte, schlüpfen in der sozialistischen Logik unter den Terminus „Opfer“. Immerhin konnte man alle, die, abgesehen von ihrer Untätigkeit, keinen Beitrag zum NS-Regime geleistet hatten, damit entschuldigen, dass sie den Zwängen des Systems gefolgt waren. Natürlich konnte man den Opportunismus, den viele Menschen vor 1945 gezeigt hatten, nicht mit dem aufopferungsvollen Kampf der Widerstandskämpfer gleichsetzen, doch wenn man davon ausging, dass diese Personen nur unter Druck, aus Angst und in

²⁶² Dieter Stiefel, *Entnazifizierung in Österreich*, Wien 1981, 320-321

²⁶³ Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung (Hg.), *Die Wahlen in den Bundesländern seit 1945. Nationalrat und Landtage*, Mistelbach 1986⁶, Seite 31

²⁶⁴ Maria Mesner, *Die Unabwägbarkeiten der Nachkriegszeit und die Sicherheit des Kalten Krieges. Die SPÖ-interne Diskussion der Entnazifizierung*, in: Maria Mesner (Hg.), *Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ*, Wien 2005, 76

²⁶⁵ Dieter Stiefel, *Entnazifizierung in Österreich*, Wien 1981, 322

²⁶⁶ Maria Mesner, *Die Unabwägbarkeiten der Nachkriegszeit und die Sicherheit des Kalten Krieges. Die SPÖ-interne Diskussion der Entnazifizierung*, in: Maria Mesner (Hg.), *Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ*, Wien 2005, 76

manchen Fällen aus Unwissen so gehandelt hatten, wie es eben der Fall gewesen war, dann konnte man ihnen zumindest nicht die Chance verwehren, wieder in die Gesellschaft zurückzukehren. Insofern ist die Diskussion über die Entnazifizierung nicht nur eine Auseinandersetzung um machtpolitische Fragen oder eine resignative Anerkennung realpolitischer Gegebenheiten. Immerhin ist uns auch heute die Idee, dass Menschen, die eine Straftat begangen haben, wieder in die Gesellschaft zurückfinden sollen nicht fremd. Der Begriff der Resozialisierung fand Jahre später seinen Einzug in die sozialistischen Vorstellungen des Strafvollzuges. So gesehen könnte man rückblickend die Politik, die die Sozialisten ab den späten 1940er-Jahren gegenüber den Nationalsozialisten verfolgten, als konsequent, und mit der späteren Linie der Partei vereinbar bezeichnen.

4 Der Fall „Boro“

Wie bereits erwähnt, kann man das Jahr 1957 als Schlusspunkt der Entnazifizierung betrachten. Nach den großzügigen Amnestien waren auch die politischen Debatten rund um die gesetzliche Materie, die sich mit ehemaligen Nationalsozialisten befasste, abgeflaut. Gleichzeitig hatte sich die Demokratie stabilisiert, und die Gefahr eines Rückfalles schien gebannt, zumal sich im Gegensatz zu den letzten Jahren der Ersten Republik alle Parteien zu freien Wahlen bekannten. Außerdem war das „dritte Lager“, von dem man sich aufgrund seiner Gründungsgeschichte am ehesten eine Bedrohung für das System erwarten hätte können, nur mit vergleichsweise geringer Wählerzustimmung ausgestattet, und somit kein entscheidender politischer Faktor. Entsprechend lag auf der Zeit vor 1945 nicht mehr der entscheidende Fokus, wohl auch weil viele Menschen sich nicht allzu gerne an die eigenen Handlungen unter der Hakenkreuzfahne, sowie an das Leid, dass das Regime und der Krieg verursacht hatten, zurückerinnern wollten. Dass über die Zeit des Hitlerfaschismus mehr oder weniger Gras gewachsen war, bedeutete auch, dass sich jene ehemaligen Nationalsozialisten, die nicht durch die Welle der Entnazifizierungsmaßnahmen erfasst worden waren, nun einigermaßen sicher fühlen konnten.

Einer von denen, die nach wie vor dem Nationalsozialismus nachtrauerten, und ihren Antisemitismus nun wieder ungeniert und offen zur Schau trugen, war Taras Borodajkewycz. Im „Dritten Reich“ war er bereits als Dozent in Wien und als Professor in Prag im universitären Bereich beschäftigt gewesen.²⁶⁷ Der Fall des Hitlerregimes konnte der Karriere des ehemaligen NSDAP-Mitgliedes, SS-Schulungsleiters und SA-Kulturreferenten Borodajkewycz jedoch nichts anhaben. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam er an der Hochschule für Welthandel unter, und konnte somit seinen Beruf ohne Probleme weiter ausüben. Obwohl einige Zeitungen bereits 1956 die antisemitischen und nationalsozialistischen Meinungskundgebungen in seinen Vorlesungen thematisierten, konnte Borodajkewycz weiterhin seiner Lehrtätigkeit nachgehen. Als ÖVP-Mitglied besaß er auch den notwendigen politischen Rückhalt.²⁶⁸ Obwohl sein Verhalten zumindest einer kleinen Öffentlichkeit bekannt war, und zahlreiche Studenten seine Vorlesungen durchliefen, gab es für Borodajkewycz zunächst keinerlei Konsequenzen. Dieses Beispiel zeigt, wie wenig Interesse von Seiten der Politik bestand, die verbliebenen „braunen Flecken“ zu beseitigen, vor allem wenn sie sich in den eigenen Reihen befanden. Auf der anderen Seite war offensichtlich

²⁶⁷ Peter Glaninger, *Rassismus und Rechtsextremismus*, Frankfurt 2009, 159

²⁶⁸ Martin van Amerongen, *Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart*, Graz 1977, 8-11

auch die Öffentlichkeit im Hinblick auf die Verbreitung von nationalsozialistischem und antisemitischem Gedankengut nicht in dem Ausmaß sensibilisiert, wie dies heute der Fall ist.

Die Affäre Borodajkewycz brachte schließlich ein frisch promovierter Jurist aus den Reihen der SPÖ erneut ins Rollen, nämlich der spätere Bundespräsident Heinz Fischer. Gestützt auf eine Vorlesungsmitschrift schrieb er in der sozialistischen Zeitung „Die Zukunft“ und in der Arbeiter-Zeitung Artikel über die Zustände an Österreichs Hochschulen, wobei er vor allem kritisierte, dass Sozialisten in dem katholisch-konservativen System keine faire Chance auf eine Lehrbefugnis hätten. Als Negativbeispiel führte er Borodajkewycz an. Die belastende Vorlesungsmitschrift, in der die antisemitischen und neonazistischen Äußerungen des ehemaligen NSDAP-Mitgliedes und nunmehrigen Universitätsprofessors protokolliert worden waren, war Fischer von einem Studenten zugespielt worden. Dieser war bereit, als Belastungszeuge vor Gericht gegen Borodajkewycz aufzutreten, doch als dieser drohte, sich für den Universitätsausschluss des „Spitzels“ stark zu machen, verzichtete der Anwalt von Heinz Fischer auf die Offenlegung des Namens. Wie sich später herausstellte, handelte es sich bei dem anonymen Informant um den damaligen VStStö-Funktionär und späteren Finanzminister Ferdinand Lacina.²⁶⁹

Dass sich Borodajkewycz mit aller Kraft verteidigte war wenig verwunderlich. Einerseits hielt er nicht besonders viel von der, seiner Diktion nach, „jüdischen SPÖ“.²⁷⁰ Andererseits waren die Anschuldigungen des Jungsozialisten Fischer derart schwerwiegend, dass der, namentlich angegriffene Professor durchaus Konsequenzen befürchten musste. Gestützt auf Lacinas Aussagen stellte Fischer 1962 in der Arbeiter-Zeitung Borodajkewycz als Beispiel für einen konservativen Professor mit einschlägiger nationalsozialistischer Vergangenheit an den Pranger:

„Borodajkewycz war ein eifriger Verfechter des Ständestaates [...]; nach 1938 rühmte sich Borodajkewycz hingegen, schon lange ein Mitglied des illegalen Blocks gewesen zu sein, was durch die NSDAP-Mitgliedsnummer 6,124.741 bewiesen wurde. Später stellte sich sogar heraus, daß dieser feine Herr seit Anfang 1935 Mitglied des berüchtigten deutschen NSDAP-Nachrichtendienstes war. Heute mutet man den Studenten zu, sich an der

²⁶⁹ Elisabeth Grabenweger/Stephan Kurz, „Denn, was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen.“, Vom Mitschreiben einer Vorlesung, in: Arno Dusini/Lydia Miklautsch (Hg.), Vorlesung, Göttingen 2007, 90-92

²⁷⁰ Martin van Amerongen, Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart, Graz 1977, 11

Hochschule für Welthandel von Herrn Borodajkewycz ausgerechnet in Geschichte unterrichten zu lassen.“²⁷¹

Nachdem Fischer im Rechtsstreit mit Borodajkewycz wegen Ehrenbeleidigung seinen Informanten Ferdinand Lacina nicht preisgab, stellte der Professor die Echtheit der Mitschrift in Frage. Das Gericht folgte seiner Argumentation, und Fischer wurde eine Geldstrafe aufgebürdet.²⁷² Doch Borodajkewycz blieb unbelehrbar. Auch nach dem Verfahren und der Veröffentlichung seiner nationalsozialistischen Vorlesungsinhalte versteckte er seine Gesinnung nicht. Vor einem vollen Hörsaal, und in Anwesenheit von Fernsehkameras, stellte er 1965 seinen Antisemitismus zur Schau, und löste eine Welle der Empörung aus. Schockierend wirkte vor allem, dass Borodajkewycz offensichtlich große Sympathien in den Reihen seiner Studenten fand.²⁷³ Die mediale und öffentliche Resonanz auf dieses Ereignis war enorm. Friedrich Scheu, ein Kolumnist der Arbeiter-Zeitung, gewann den Vorfällen rund um Taras Borodajkewycz daher auch etwas Positives ab:

*„Dass es sich um antisemitische Kundgebungen handelt, kann nicht bezweifelt werden. Wer bei der Nennung des Namens Kelsen lacht, aber ernst bleibt, wenn ein Deutschnationaler Borodajkewycz heißt, tut das gewiss aus politischen Motiven. Die Entlarvung dieser Kundgebung im Fernsehen ist ein neuer Beweis für die Nützlichkeit dieser Einrichtung. Hunderttausende werden dadurch in die Lage versetzt, sich ein eigenes Urteil über Borodajkewycz zu bilden.“*²⁷⁴

Tags darauf zeigte sich die Arbeiter-Zeitung jedoch darüber schockiert, welche Meinung sich Thiel, der Vorsitzende der österreichischen Hochschülerschaft, über die Causa gebildet hatte:

*„Thiel erklärte [...], er distanzieren sich namens der Hochschülerschaft entschieden von der unfairen und unkorrekten Vorgangsweise gegen Professor Borodajkewycz.“*²⁷⁵

Borodajkewycz ließ über seinen Anwalt ausrichten, dass seine Arbeit streng wissenschaftlichen Kriterien folgen würde. Er fühle sich als Historiker verpflichtet, jüdische Persön-

²⁷¹ Heinz Fischer, „Der Philosoph staubte die Bücher ab“, Arbeiter-Zeitung, 27.6.1962

²⁷² Elisabeth Grabenweger/Stephan Kurz, „Denn, was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen.“, Vom Mitschreiben einer Vorlesung, in: Arno Dusini/Lydia Miklautsch (Hg.), Vorlesung, Göttingen 2007, 92

²⁷³ Martin van Amerongen, Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart, Graz 1977, 8-10

²⁷⁴ Friedrich Scheu, „Der Fall Borodajkewycz“, Arbeiter-Zeitung, 26.3.1965

²⁷⁵ „Welthandel“: Demonstrationen. Polizei schütze Borodajkewycz, Arbeiter-Zeitung, 27.3.1965

lichkeiten auch als solche zu deklarieren. Erst kürzlich wäre durch eine jüdische Studienkommission bemängelt worden, „*daß bei vielen großen Männern ihr Judentum verschwiegen werde.*“²⁷⁶ Borodajkewycz war also bestrebt die Diskussion zu verschleppen, indem er seine eindeutig antisemitischen Äußerungen hinter wissenschaftlichen Beweggründen zu verstecken versuchte.

Die unterschiedlichen Resultate der öffentlichen Meinungsbildung entluden sich schließlich auf der Straße. In Wien fanden Großdemonstrationen gegen Borodajkewycz statt. Doch schon bald gab es Gegendemonstrationen aus dem freiheitlichen Lager, und als die rivalisierenden Gruppen aufeinander stießen, kam es zu Handgreiflichkeiten. Ein Pensionist namens Ernst Kirchweger, der während der Zeit des Nationalsozialismus im Konzentrationslager gefangen gewesen war, wurde dabei von einem Neonazi, der eine Ausbildung als Amateur-Boxer hatte, durch einen Faustschlag getötet. Somit war der bekennende Kommunist Ernst Kirchweger das erste politische Opfer der Zweiten Republik. Etwa 25.000 Menschen kamen gemeinsam mit der Spitze der Republik zu seiner Beerdigung.²⁷⁷ Doch auch nach dem Zwischenfall verteilten Demonstranten des „Ringes freiheitlicher Studenten“ Flugzettel, um Borodajkewycz zu unterstützen.²⁷⁸ Die Arbeiter-Zeitung sprach jedenfalls angesichts der Tragödie rund um Ernst Kirchweger davon, dass die Demokratie auf dem Spiel stehe. Vor dem faschistischen Geist an den österreichischen Hochschulen hätte man oft genug gewarnt. Nun dürfe man die Gefahr nicht übersehen, und müsse sich zur Demokratie bekennen:

*„Die Sozialisten sind bereit, jedem aufrechten Demokraten und Österreicher als Kampfgenossen für die Sicherung der Demokratie in unserer Republik die Hand zu reichen.“*²⁷⁹

Weit weniger kämpferisch zeigte sich die ÖVP-SPÖ-Koalition, die sich nun auch mit dem „Fall Boro“ beschäftigte. Schließlich wurde der ältere Herr, (Borodajkewycz war zu die-

²⁷⁶ „Welthandel“ bis Samstag geschlossen. Professoren gegen Antisemitismus, Arbeiter-Zeitung, 31.3.1965

²⁷⁷ Paulus Ebner, Universität Wien, 1968 – Studieren im gesellschaftlichen Wandel, in: Martin Scheutz/Vlasta Valeš, Wien und seine WienerInnen. Ein historischer Streifzug durch Wien über die Jahrhunderte, Wien/Köln/Weimar 2008, 316-317

²⁷⁸ Borodajkewycz lässt sich beurlauben. Das Opfer seiner Freunde gestorben, Arbeiter-Zeitung, 3.4.1965

²⁷⁹ Borodajkewycz lässt sich beurlauben. Das Opfer seiner Freunde gestorben, Arbeiter-Zeitung, 3.4.1965

sem Zeitpunkt bereits über 63 Jahre alt²⁸⁰) nach langem hin und her vorzeitig in die Pension verabschiedet.²⁸¹

Bis dahin hatte die Politik dem Treiben des umstrittenen Professors lange Zeit tatenlos zugesehen. Der Unterrichtsminister Theodor Piffl-Perčević hatte schon vor der öffentlichen Vorlesung seines Parteikollegen Borodajkewycz einen SPÖ-Antrag auf die Einrichtung einer Untersuchungskommission strikt abgelehnt. Auch nach der Vorlesungspressekonferenz sah der Minister keinen Grund zu handeln.²⁸² Auf eine Anfrage des SP-Nationalratsabgeordneten Neugebauer, ob denn Borodajkewycz nun bereits von Dienst suspendiert sei, verneinte Piffl-Perčević dies. Er wolle hier nicht vorschnell handeln und die Ergebnisse der entsprechenden gerichtlichen Verfahren abwarten.²⁸³ Dass sich der Minister, angesichts seiner Untätigkeit, hierbei auf den korrekten Ablauf der Rechtsstaatlichkeit berief, wirkt fast wie ein Hohn, wenn man bedenkt, dass die ersten Berichte über die Art und Weise, in der Borodajkewycz unterrichtete, bereits neun Jahre zuvor erschienen waren, und auch die Aufdeckungen von Heinz Fischer schon seit drei Jahren bekannt waren. Die SPÖ war, abgesehen vom Engagement des damals relativ unbedeutenden Jungpolitikers Fischer und des sozialistischen Studenten Lacina, in dieser Causa ebenfalls sehr passiv gewesen, obwohl es sich bei Borodajkewycz um einen Parteigänger der ÖVP handelte. Erst durch die endgültige Eskalation nach dem Fernsehauftritt des Professors, schienen die Sozialisten in diesem Fall wachgerüttelt worden zu sein. Der, vom Unterrichtsminister mit ungenügenden Antworten abgespeiste, Abgeordnete Neugebauer erinnerte bei einer folgenden Wortmeldung daran, dass man auch im Nationalrat nicht zum ersten Mal mit der Affäre „Boro“ beschäftigt sei, und machte auch seiner Gemütslage im Zusammenhang mit der öffentlichen Zurschaustellung des antisemitischen Gedankenguts des Professors Luft:

„Schon am 20. Jänner dieses Jahres wurde über diese Vorfälle im Nationalrat eine Anfrage eingebracht. [...] Der Disziplinarsenat hat jedoch nichts unternommen, die Zeit ist verstrichen und die Schwierigkeiten sind gewachsen.“

²⁸⁰ Paulus Ebner, Universität Wien, 1968 – Studieren im gesellschaftlichen Wandel, in: Martin Scheutz/Vlasta Valeš, Wien und seine WienerInnen. Ein historischer Streifzug durch Wien über die Jahrhunderte, Wien/Köln/Weimar 2008, 316

²⁸¹ Martin van Amerongen, Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart, Graz 1977, 10

²⁸² Elisabeth Grabenweger/Stephan Kurz, „Denn, was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen.“, Vom Mitschreiben einer Vorlesung, in: Arno Dusini/Lydia Miklautsch (Hg.), Vorlesung, Göttingen 2007, 92

²⁸³ Piffl-Perčević, 76. Sitzg., 31.3.1965, 4192

Durch die Anfrage der Abgeordneten wurden zum erstenmal im Parlament die antiösterreichischen und antisemitischen Vorgänge an der Hochschule für Welthandel bekannt. Der Urheber dieser Vorfälle, Professor Dr. Taras Borodajkewycz, hat inzwischen dafür gesorgt, daß seine Ansichten über Österreich und über die staatsbürgerliche Erziehung der Hochschuljugend der gesamten Öffentlichkeit bekanntgeworden sind.

Was das Fernsehen den Österreichern dargeboten hat, war aufwühlend und erschreckend. Man glaubte sich in das Jahr 1938 zurückversetzt und teilzunehmen an einer Schulungsstunde der nationalsozialistischen Partei.“²⁸⁴

Neugebauer verwies auch darauf, dass sich die Gesinnung von Borodajkewycz nicht nur in seiner Lehre, sondern auch in seinen Publikationen niedergeschlagen habe:

„Für ihn (Anm.: Borodajkewycz) ist das Jahr 1945 ein Jahr, das reich ist an Gesinnungs- und Würdelosigkeit. Er verwendete diese Charakterisierung in einem Aufsatz aus dem Jahre 1956 als aktiver österreichischer Hochschullehrer.“²⁸⁵

Schließlich stellte sich Neugebauer, dessen Partei lange Zeit selbst in diesem Fall nichts unternommen hatte, die Frage, wie es überhaupt zu der Affäre „Boro“ kommen konnte:

„In den Vorwochen zu diesen Festtagen marschieren Hochschüler durch Wien. Die einen demonstrieren für Österreich, die anderen schreien: "Hoch Borodajkewycz!" Man muß sich die Frage stellen: Wie war es möglich, daß sich so etwas entwickelt hat? Die Äußerungen des Professors sind doch nicht erst gestern erfolgt, sondern schon seit vielen Jahren! Hat sich denn niemand an der Hochschule gefunden, der dies bemerkt hat? Und wenn - warum ist man nicht dagegen eingeschritten? Mußte erst ganz Österreich durch das Fernsehen Zeuge dieser Art von Jugendbildung werden?““²⁸⁶

Die ÖVP präsentierte sich zu diesem Zeitpunkt bereits sehr zurückhaltend, was den Fall „Boro“ betraf, und einige Abgeordnete sprachen von Klärungsbedarf. Die Annahme, dass, angesichts des Umstandes, dass ganz Österreich Zeuge der offensichtlich antisemitischen und neonazistischen Einstellung von Borodajkewycz geworden war, nun alle Parteien auf diesen Zug aufgesprungen wären, bestätigt sich jedoch nicht. Die FPÖ verteidigte geschlossen den umstrittenen Professor mit ÖVP-Mitgliedschaft. Seine Aussagen könne man

²⁸⁴ Neugebauer, 76. Sitzg., 31.3.1965, 4215

²⁸⁵ Neugebauer, 76. Sitzg., 31.3.1965, 4216

²⁸⁶ Neugebauer, 76. Sitzg., 31.3.1965, 4217

auch anders deuten, und man dürfe keine Vorverurteilungen treffen, so der Tenor bei den Freiheitlichen, die sich beim Abgeordneten Neugebauer beschwerten, *„daß durch diese Dramatisierung, die Sie hier vornehmen, dem Ansehen Österreichs in der Welt durch Übertreibungen dieser ganzen Angelegenheit kein guter Dienst erwiesen wird.“*²⁸⁷

Der damalige sozialistische Außenminister Bruno Kreisky mahnte 1966 im Zusammenhang mit den möglichen innenpolitischen Konsequenzen im Fall Borodajkewycz zur Vorsicht:

*„Wir müssen wachsam sein, wenn wir nicht haben wollen, daß wieder jene furchtbare Zwietracht unter uns gesät wird, die uns schon einmal ins Unglück geführt hat.“*²⁸⁸

Trotz des großen Aufsehens, der medialen Präsenz, des öffentlichen Interesses und der Stellungnahmen von Parteienvertretern, passierte von politischer Seite auch nach dem Tod von Ernst Kirchweger wenig. Selbst das Disziplinarverfahren, welches letztlich zur Pensionierung des Professors führte, hatte nicht Unterrichtsminister Piffl-Perčević oder ein Gremium der Universität eingeleitet, sondern Borodajkewycz selbst.²⁸⁹ Über die Gründe dafür, dass die Parteispitze der SPÖ keine schärfere Linie in diesem Fall verfolgte, kann nur spekuliert werden. Möglicherweise wollte man den Koalitionspartner nicht zu massiv angreifen. Vielleicht war es auch das Wissen um die „schwarzen Schafe“ in den eigenen Reihen, und eine mögliche Retourkutsche der Volkspartei, die die Sozialisten zu dieser großzügigen Diplomatie veranlasste. Die Demonstrationen für Borodajkewycz zeigten außerdem, dass nicht alle Menschen der Meinung waren, dass dessen Gedankengut verwerflich wäre. Möglicherweise war es daher auch taktisches Kalkül, sich nicht auf eine Diskussion über die NS-Vergangenheit einzulassen, um keine riskanten Spiele um die Wählerstimmen in Kauf zu nehmen. Schon unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war die ÖVP gut mit der Taktik gefahren, sich gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten großzügig zu zeigen. Von Diskussionen über den Nationalsozialismus und Antisemitismus konnte die SPÖ erst später, in der Ära Kreisky Kapital schlagen.

Gegen Borodajkewycz gab es keine weiteren rechtlichen Schritte, abgesehen von der Wiederaufnahme des Ehrenbeleidigungsverfahrens gegen Heinz Fischer aus dem Jahr 1962.

²⁸⁷ Tongel, 76. Sitzg., 31.3.1965, 4218

²⁸⁸ Zit. nach: Martin van Amerongen, Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart, Graz 1977, 11

²⁸⁹ Elisabeth Grabenweger/Stephan Kurz, „Denn, was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen.“, Vom Mitschreiben einer Vorlesung, in: Arno Dusini/Lydia Miklautsch (Hg.), Vorlesung, Göttingen 2007, 92

Ferdinand Lacina sagte nun persönlich vor Gericht aus und kippte somit das alte Urteil gegen den späteren Bundespräsidenten.²⁹⁰

Seine „wissenschaftliche“ Tätigkeit verfolgte Borodajkewycz auch nach seiner Pensionierung weiter. Die als rechtsextrem einzustufende deutschnationale Organisation der „Österreichischen Landsmannschaft“²⁹¹ gab beispielsweise noch 1972 ein Buch des umstrittenen Professors, mit dem Titel „Wegmarken der Geschichte Österreichs“, heraus, in dessen Vorwort zu lesen ist, dass das Verhältnis des Österreicher zu seiner Geschichte gestört sei, da man seit 1945 danach trachte, *„alles Deutsche aus seiner Erinnerung und aus seiner Vorstellungswelt zu verbannen.“*²⁹² Die nationalsozialistische „Volk ohne Raum“-Theorie gab Borodajkewycz in seinem Werk ebenfalls wieder:

*„Heute gibt es weder ein deutsches Reich noch einen deutschen Nationalstaat, zerbrochen ist auch die deutsche Nation im politischen Sinne. Geblieben ist das deutsche Volk, in mehreren Staaten geteilt und auf verkürztem Lebensraum lebend.“*²⁹³

Es wirkt befremdlich, dass die österreichische Politik keine weiteren Verfahren gegen Borodajkewycz einleitete, und ihm trotz seines hohen Bekanntheitsgrades weiterhin eine Bühne für die Verbreitung seines verzerrten neonazistischen Geschichtsbildes ließ, obwohl in diesem Fall zweifelsohne die Tatbestände der Verhetzung und der Wiederbetätigung erfüllt waren.

²⁹⁰ Elisabeth Grabenweger/Stephan Kurz, „Denn, was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen.“, Vom Mitschreiben einer Vorlesung, in: Arno Dusini/Lydia Miklautsch (Hg.), Vorlesung, Göttingen 2007, 93

²⁹¹ Brigitte Bailer-Galanda, Die Entstehung der Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung. Die Republik Österreich und das in der NS-Zeit entzogene Vermögen, Wien 2003, 336

²⁹² Taras Borodajkewycz, Wegmarken der Geschichte Österreichs, Wien 1972, 3

²⁹³ Taras Borodajkewycz, Wegmarken der Geschichte Österreichs, Wien 1972, 5

5 Die Ära Kreisky

5.1 Kreisky und die FPÖ

Einer der wenigen, die den Weg aus dem Exil zurück nach Österreich fanden, war Bruno Kreisky. Während viele österreichische Politiker vor ihm, und auch nach ihm, nicht gerade stolz auf ihre Biographien zwischen den Jahren 1934 beziehungsweise 1938 und 1945 sein durften, konnte er auf seinen Widerstand im Kampf gegen den Austrofaschismus verweisen. Als „Jude“ musste Kreisky danach vor der nationalsozialistischen Rassenverfolgung ins Exil nach Schweden flüchten, obwohl er nicht jüdischen Glaubens war. Schon 1931 war Kreisky, der sich später stets als Agnostiker bezeichnete, aus der israelitischen Kultusgemeinde ausgetreten.²⁹⁴

Angesichts dessen, dass Kreisky im Exil gewesen war, jüdische Wurzeln hatte und sich als Mitglied der „Revolutionären Sozialisten“ engagiert hatte, ist seine spätere Karriere mehr als erstaunlich, denn wie bereits erläutert übernahmen nach 1945 die Pragmatiker in der Partei das Ruder, während die ehemaligen Angehörigen der RS ausgebootet wurden. Spitzenpolitiker aus Familien der jüdischen Glaubensrichtung waren ebenfalls Mangelware, und bis heute ist Kreisky der einzige Kanzler der Zweiten Republik mit einem solchen familiären Hintergrund.

Wenig überraschenderweise versuchte sich die ÖVP im ersten großen Wahlkampf gegen den neuen Frontmann der SPÖ antisemitischer Reflexe der österreichischen Bevölkerung zu bedienen. Ein Plakat mit dem Bild des ÖVP-Kandidaten Josef Klaus, mit der Aufschrift *„ein echter Österreicher“*, bildete eine klare Abgrenzung zum jüdischen Emigranten Bruno Kreisky.²⁹⁵ Im Gegensatz zum, der ÖVP-Werbesuggestion zur Folge, „unechten Österreicher“ an der Spitze der Sozialdemokratie, hatte der amtierende Bundeskanzler Klaus zwischen 1939 und 1945 in der Wehrmacht gedient.²⁹⁶ Dass der Antisemitismus sowohl in der Wählerschaft, als auch in der Politik nach wie vor verwurzelt war, zeigte sich etwa an der pseudowissenschaftlichen Serie *„Die Juden in Österreich“*, die zu Kreiskys Zeiten in der Kronenzeitung erschien, und die die alten Vorurteile bestätigte und legitimierte. Auch im Parlament wurde Kreisky mit Äußerungen aus der untersten Schublade konfrontiert.

²⁹⁴ Wolfgang Petritsch, Bruno Kreisky. Die Biographie, St. Pölten/Salzburg 2010³, 29

²⁹⁵ Norbert Hölzl, Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 bis 1971, Wien 1974

²⁹⁶ Robert Kriechbaum, Die Ära Klaus. Aufgeklärter Konservatismus in den „kurzen“ sechziger Jahren in Österreich, in: Robert Kriechbaum (Hg.), Die Ära Josef Klaus. Österreich in den „kurzen“ sechziger Jahren, Wien/Köln/Weimar 1998, 17

Mit dem Zwischenruf „*Lauter Juden!*“, bei einer seiner Reden, sorgten die ÖVP-Abgeordneten Haider und Suppan für Aufregung.²⁹⁷

Die Ära Kreisky wurde jedoch keineswegs zur großen Abrechnung mit der NS-Vergangenheit, wie es angesichts der bisherigen Erfahrungen des langjährigen Kanzlers vielleicht zu erwarten gewesen wäre. Stattdessen präsentierte er sich als großer Strategie und Taktiker, der auch bereit war, auf das Stimmenpotential des nationalen Lagers zuzugreifen, um die ÖVP zu überflügeln.

Bei den Wahlen 1970 triumphierte die SPÖ, und brach mit 81 von 165 Mandaten nicht nur die bis dahin bestehende absolute Mehrheit der ÖVP, sondern wurde vor dem großen Konkurrenten, der nur 78 Mandate erreichte, auch die stärkste Kraft.²⁹⁸ Bekanntermaßen suchte Kreisky sein Glück daraufhin nicht in einer Koalition, sondern wagte unter Duldung der FPÖ, eine Alleinregierung. Auch wenn die Verbindung zwischen der SPÖ und dem, zu diesem Zeitpunkt kleinen dritten Lager nur eine Zweckgemeinschaft war, mit der die Sozialdemokratie die Volkspartei ausbremsen wollte, wofür sich die Freiheitlichen im Gegenzug die eine oder andere Forderung erfüllen ließen, reichte Kreisky damit dem deutschnationalen Lager die Hand. Rechtsaußen in der FPÖ standen zahlreiche ehemalige Nationalsozialisten, was angesichts der Gründungsgeschichte der Partei wenig überraschend ist.²⁹⁹ Zwar hatten sich viele NSDAP-Mitglieder, SS- und SA-Leute, Euthanasieärzte und sonstigen aktiven Unterstützer des Hitlerregimes später auch der SPÖ angeschlossen, doch in der FPÖ war der Deutschnationalismus nach wie vor Programm, und viele Parteimitglieder waren stark von der NS-Rassenideologie beeinflusst. Zu diesen Menschen gehörte auch der ehemalige Nationalsozialist Otto Scrinzi, der drei Jahrzehnte lang entscheidend die Geschichte des Kärntener VdU beziehungsweise der Kärntner Freiheitlichen mitbestimmte, und seine Partei auch im Nationalrat vertrat.³⁰⁰ Dass er stark vom Antisemitismus beeinflusst war, wurde unter anderem 1970 augenscheinlich, als er sich über „*den unheilvollen und negativen Einfluß*“ der Juden auf die „*moderne Kunst*“ ausließ, und sich mit deren

²⁹⁷ Martin van Amerongen, *Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart*, Graz 1977, 23-25

²⁹⁸ Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung (Hg.), *Die Wahlen in den Bundesländern seit 1945. Nationalrat und Landtage*, Mistelbach 1986⁶, Seite 49

²⁹⁹ Herbert Pierre Secher, *Kreisky and the Jews*, in: Günther Bischof/Anton Pelinka (Hg.), *The Kreisky Era in Austria*, New Jersey 1994, 10

³⁰⁰ Michael Hubenstorf, *Tote und/oder lebendige Wissenschaft: Die intellektuellen Netzwerke der NS-Patientenmordaktion in Österreich*, in: Eberhard Gabriel/Wolfgang Neugebauer, *Von der Zwangssterilisation zur Ermordung. Zur Geschichte der NS-Euthanasie in Wien. Teil II*, Wien/Köln/Weimar 2002, Wien/Köln/Weimar 2002, 318

Rolle bei den „*extremen Linken*“ beschäftigte.³⁰¹ Der Bund mit der SPÖ brachte Scrinzi eine neue Plattform, denn in der Ära Kreisky durfte er den parlamentarischen Gesundheitsausschuss leiten. Pikanterweise kam er in dieser Funktion auch mit dem Fall Gross in Berührung. Scrinzi vertrat die Ansicht, dass die Resultate der nationalsozialistischen Wissenschaft zur Kenntnis zu nehmen seien, ohne dabei auf ihren verbrecherischen Kontext einzugehen.³⁰²

Die Chance, die sich für die Ambitionen der Freiheitlichen durch die Duldung der SPÖ-Minderheitsregierung ergab, ließ die Stimmen von Rechtsaußen kurzfristig ihre Vorbehalte gegen Kreisky vergessen. Mit großem Enthusiasmus wurde sein Amtsantritt begrüßt.³⁰³ Erstmals in der Zweiten Republik konnte das dritte Lager realpolitischen Einfluss nehmen, auch wenn es nicht an der Regierung beteiligt war. Ausgerechnet der jüdische Emigrant Kreisky machte die FPÖ salonfähig, und holte sie aus ihrer Isolation. Für die überzeugten Antisemiten des nationalen Lagers war das jedoch kein Grund für ein Umdenken. 1973 äußerte etwa der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete Klement, auf die Frage nach den Chancen einer Regierungskoalition mit den Sozialisten, bedenken, denn immerhin gäbe es bei der SPÖ das „*rassische Problem*“.³⁰⁴ Mit „*dem Juden Kreisky*“ könnte er sich „*höchstens aus opportunistischen Überlegungen*“ eine Zusammenarbeit vorstellen.³⁰⁵ Angesichts dieser offen zur Schau getragenen ideologischen Haltung, verwundert die Einschätzung Kreiskys, die er 1973 in der Zeitung „Profil“ zum Besten gab:

„*Es gibt heute keinen Antisemitismus mehr in Österreich. Das wird den Leuten höchstens eingeredet. Ich habe nie irgendeinen Antisemitismus verspürt.*“³⁰⁶

Vor allem der letzte Satz aus dem Zitat Kreiskys ist verwunderlich, wenn man bedenkt, dass er selbst zu einer Zielscheibe der nationalsozialistischen Aggression geworden war, der er sich nur durch das Exil entziehen konnte. Was seine Motivation war, derartige Behauptungen aufzustellen ist schwer zu sagen, zumal er seine Meinung im Laufe der Zeit auch immer wieder änderte. So hatte er noch unmittelbar vor den Nationalratswahlen des

³⁰¹ Martin van Amerongen, *Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart*, Graz 1977, 23

³⁰² Michael Hubenstorf, *Tote und/oder lebendige Wissenschaft: Die intellektuellen Netzwerke der NS-Patientenmordaktion in Österreich*, in: Eberhard Gabriel/Wolfgang Neugebauer, *Von der Zwangssterilisation zur Ermordung. Zur Geschichte der NS-Euthanasie in Wien. Teil II*, Wien/Köln/Weimar 2002, Wien/Köln/Weimar 2002, 318

³⁰³ Herbert Pierre Secher, *Kreisky and the Jews*, in: Günther Bischof/Anton Pelinka (Hg.), *The Kreisky Era in Austria*, New Jersey 1994

³⁰⁴ Martin van Amerongen, *Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart*, Graz 1977, 23-24

³⁰⁵ Martin van Amerongen, *Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart*, Graz 1977, 32

³⁰⁶ Zit. nach: Martin van Amerongen, *Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart*, Graz 1977, 25

Jahres 1970 die FPÖ in einem Interview mit dem „Spiegel“ nicht als potentiellen Partner angesehen:

„Die FPÖ ist keine liberale, sie ist eine konservative, in manchen Dingen sogar reaktionäre Partei. Uns verbindet nur wenig. Wie sollte sich eine sehr fortschrittliche Partei wie die unsere mit den Freiheitlichen politisch verbinden können?“³⁰⁷

In seinem Buch *„Spezialdemokratie Österreich“* wirft Norbert Leser Kreisky vor, dass er für den Bund mit der FPÖ seinen Marxismus im Stich gelassen habe. Außerdem kritisiert er die Naivität der SPÖ. Man habe angenommen, dass die FPÖ den Steigbügelhalter spielen würde, und dafür im Jahr 2000 die Retourkutsche erhalten, als sich erstmals eine schwarz-blaue Koalition formierte.³⁰⁸ Auf lange Sicht betrachtet ging die Strategie der Spaltung des bürgerlichen Lagers durch den VdU, und der Mehrheitsbeschaffung durch die FPÖ, für die Sozialdemokratie nicht auf. Auch mit dem enormen Zulauf, den das dritte Lager später unter Jörg Haider hatte, war wohl ursprünglich nicht kalkuliert worden. Dass die Freiheitlichen in späteren Jahren in großem Stil in die Wählerschaft der Sozialdemokratie einbrechen sollten, war jedoch in den 1970er-Jahren noch nicht abzusehen. Der kurzfristige Erfolg, der sich vor allem bei den Neuwahlen im Jahr 1971 mit dem Gewinn der absoluten Mehrheit einstellte, gab Kreisky recht. Erst 1987 musste man die ÖVP wieder an der Macht beteiligen, und feierte somit die wahltechnisch erfolgreichste Phase der bisherigen Parteigeschichte. Der Preis für den Erfolg war jedoch, dass sich die Sozialdemokratie noch weiter von ihren Wurzeln entfernte, als sie dies in der Zweiten Republik ohnehin schon getan hatte. Die bürgerliche SPÖ dieser Zeit ist mit der austromarxistischen Bewegung, deren Kopf lange Jahre Otto Bauer war, den der junge Bruno Kreisky sehr bewundert hatte, und auf dessen Anraten er Jus studiert hatte, kaum zu vergleichen.

5.2 Das Kabinett Kreisky und seine „Ehemaligen“

Die Berührungspunkte mit dem Nationalsozialismus in der Ära Kreisky beschränkten sich jedoch nicht nur auf die Wahl des nationalen Lagers als Mehrheitsbeschaffer. In der Beschäftigung mit der Politik des BSA sind wir bereits auf dem Umstand eingegangen, dass die SPÖ auch bei der Wahl der Minister durchaus ungewöhnliche Wege gegangen war. Sechs ehemalige Nationalsozialisten kamen im Laufe der Ära Kreisky zu Ministerehren. Neben den bereits erwähnten BSA-Leuten, die der Reihe nach im Landwirtschaftsministe-

³⁰⁷ Zit. nach: Martin van Amerongen, Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart, Graz 1977, 32

³⁰⁸ Norbert Leser, Spezialdemokratie Österreich. Analysen und Perspektiven, Wien/München 2002, 44-45

rium tätig waren, fanden Erwin Frühbauer als Verkehrsminister, Josef Moser als Bautenminister und Otto Rösch als Innenminister den Weg in die Regierung.³⁰⁹ Eine einschlägige Vergangenheit hatte auch der ehemalige Generalstabsoffizier Hans Freihöfner, der ins Verteidigungsministerium einzog.³¹⁰ Natürlich zog Kreisky mit dieser Personalauswahl auch viel Kritik auf sich. Nicht nur rund um Landwirtschaftsminister Öllinger, durch den der BSA erstmals in den öffentlichen Fokus rückte, entzündeten sich die Diskussionen. Dem „Nazi-Jäger“ Simon Wiesenthal waren alle „Ehemaligen“ in der Regierung ein Dorn im Auge. Er trug die NS-Vergangenheiten der Minister an die Öffentlichkeit, woraufhin sich Kreisky jedes Mal schützend vor seine Minister stellte. Die genannten Leute hätten „*politische Irrtümer*“ begangen, so Kreisky, wären jedoch nun in einer neuen Lebensphase, in der man ihnen die Chance geben müsse, ihre Fehler zu korrigieren.³¹¹ Doch Wiesenthal war die Mentalität des Vergessens, die in der Zweiten Republik im Bezug auf die Verbrechen des Faschismus eingesetzt hatte, fremd. Mit seinen Enthüllungen erregte er den Zorn vieler SPÖ-Funktionäre. Der spätere Wiener Bürgermeister Leopold Gratz, als Unterrichtsmister ebenfalls Teil der Regierung, reagierte auf die Diskussionen rund um die Anschuldigungen Wiesenthals, mit Kritik am „Nazi-Jäger“:

„Die Weise, wie man SPÖ-Funktionären versucht, eine Nazi-Vergangenheit zuzuschreiben, nimmt langsam groteske Formen an, und man wartet nur mehr auf den Tag, daß man zu beweisen versucht, daß auch unser Vorsitzender Dr. Kreisky einmal Mitglied der NSDAP gewesen sein soll.“³¹²

Ähnlich kommentierte Bruno Kreisky die Aufdeckungen rund um seine Personalentscheidungen:

„Ich warte nur darauf, bis Herr Wiesenthal nachweist, daß auch ich bei der SS gewesen bin.“³¹³

Im Juli 1970 ging Kreisky in einem Interview mit der niederländischen Tageszeitung „Vrij Nederland“ in der Kritik an seinem Widersacher sogar noch weiter:

³⁰⁹ Josef Fiala, „Österreicher“ in den SS-Einsatzgruppen und SS-Brigaden. Die Tötungsaktionen in der Sowjetunion 1941-1942, Hamburg 2010, 109

³¹⁰ Martin van Amerongen, Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart, Graz 1977, 48

³¹¹ Peter Berger, Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, Wien 2008², 329

³¹² Zit. nach: Martin van Amerongen, Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart, Graz 1977, 50

³¹³ Zit. nach: Martin van Amerongen, Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart, Graz 1977, 49

„Wir machen keine Jagd auf Wiesenthal. [...] Es wird nur diskutiert über die Wichtigkeit der persönlichen Freiheit des Menschen; wie kann man es vereinbaren, daß eine Privatorganisation die Menschen so belauern kann? Hier kann ich nicht zuschauen. Wiesenthal ist ein jüdischer Faschist. Die Art, wie er unserem Innenminister Otto Rösch nach so langer Zeit die Mitgliedschaft in der HJ vorgeworfen hat... Nein, Ing. Wiesenthal ist ein sehr reaktionärer Mensch, der der ÖVP nahesteht. Glücklicherweise ist er reaktionär, glücklicherweise findet man unter uns Juden auch Reaktionäre, ebenso wie man bei uns Juden Diebe, Mörder und Prostituierte findet. So gehört es sich auch. Aber alles in allem finde ich die Angelegenheit Ing. Wiesenthal nicht so wichtig.“³¹⁴

Obwohl Kreisky den Artikel zuvor, laut dem interviewenden Journalisten Martin van Amerongen, nach der Durchsicht persönlich autorisiert hatte, dementierte er zehn Tage später, derartige Aussagen getroffen zu haben. Trotzdem führte dieses Interview zu internationalem Aufsehen und teilweise zu Empörung.³¹⁵

Der angesprochene Otto Rösch, über den Kreisky bei jeder Kritik seine schützende Hand legte, war eine der am heftigsten diskutierten Personalien. Er kam aus einer sozialistischen Familie und war bei seinem Großvater Eduard Rösch aufgewachsen, der im Dienste der SPÖ Bürgermeister von Stockerau, Landtagsabgeordneter von Niederösterreich und später Mitglied des Bundesrates war. Otto Rösch studierte, mit dem Wunsch später Lehrer zu werden, Philosophie. Dieser Traum ging für ihn 1938, noch vor dem Erhalt der Lehrbefugnis, in Erfüllung, als er in der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt in Traiskirchen unterrichten durfte. Später rückte Rösch in die Wehrmacht ein, wo er für seine Verdienste das „*Deutsche Kreuz in Gold*“ erhielt.³¹⁶ Er war sowohl Mitglied der NSDAP als auch der SA gewesen. Nach dem Krieg hatte er jedoch keine radikale Wandlung durchgemacht, sondern wurde wegen des Verdachtes von neonazistischer Betätigung mit acht Monaten Freiheitsstrafe bedacht.³¹⁷ Auch das „Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs“, die Arbeiter-Zeitung, berichtete 1948 über den späteren Innenminister. Insgesamt waren laut AZ im November und Dezember 1947 15 Mitglieder der Heimkehrer- Hilfs- und Betreuungsstelle (HHB) verhaftet worden, da sie sich an einer illegalen nationalsozialistischen Orga-

³¹⁴ Zit. nach: Martin van Amerongen, Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart, Graz 1977, 51-52

³¹⁵ Martin van Amerongen, Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart, Graz 1977, 52

³¹⁶ Doris Sottopietra/Maria Wirth, Ehemalige NationalsozialistInnen in der SPÖ: eine Untersuchung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 320

³¹⁷ Martin van Amerongen, Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart, Graz 1977, 48

nisation beteiligt hatten, der ein Mann namens Theodor Soucek vorstand.³¹⁸ Otto Rösch kommt in dem Artikel ebenfalls zu der Ehre einer namentlichen Erwähnung:

*„Am 8.Dezember wurde der 30jährige Otto Rösch unter dem dringenden Verdacht der Beteiligung an der illegalen Organisation des Soucek in Graz in Haft genommen. Otto Rösch, der Referatsleiter des HHB. in Graz war, hat sich an der illegalen Organisation des Theodor Soucek beteiligt und hat auch von der Fälschung von Personalausweisen Kenntnis gehabt.“*³¹⁹

Bereits früh im Artikel wird darauf hingewiesen, dass der Führung des steirischen HHB, von dem die illegalen Aktivitäten ausgeübt wurden, hauptsächlich Mitglieder der ÖVP angehören würden. Außerdem zeigt sich die AZ empört über die offensichtlich von kommunistischer Seite aufgestellte Behauptung, dass ein Parteifunktionär der Sozialisten an der Aktion beteiligt gewesen wäre:

*„Die kommunistische Presse hat „enthüllt“, daß einer der Verhafteten, Rösch, Leiter der Heimkehrerstelle der steirischen Sozialistischen Partei gewesen sein soll. Das ist falsch; der Leiter dieser Stelle ist seit ihrer Gründung der Sozialist Alfred Kosel. Allerdings hat Rösch in der Heimkehrerstelle zeitweise mitgearbeitet, da er nachweisen konnte, daß er nicht registrierungspflichtig ist. Irgendeine Parteifunktion hat Rösch jedoch nicht ausgeübt.“*³²⁰

Die AZ richtet einen Appell an das Innenministerium, mit der „skrupellosen Bande“ „gründlich aufzuräumen“, da diese Menschen „die Nöte im Lande und die Schwierigkeiten mit den Alliierten durch ihre Umtriebe noch mehr“ vergrößern würden.³²¹ Dass ein Mitglied des „ausgeräucherten Grazer Nazinests“ später selbst Innenminister werden sollte, und zwar im Dienste der eigenen Partei, konnten die Kolumnisten der Arbeiter-Zeitung zu diesem Zeitpunkt noch nicht erahnen.

Scheinbar hatte Rösch jedoch ohnehin auf eine Anregung aus den Reihen der SPÖ reagiert, als er sich in der illegalen Organisation betätigte.³²² Zumindest waren die Sozialdemokraten an der Gründung einer „vierten“ Partei interessiert. Laut eigenen Angaben hatte Oskar Helmer ihn in der illegalen Organisation positioniert. Belege für diese Weisung gibt es

³¹⁸ „Das ausgeräucherte Grazer Nazinest“, Arbeiter-Zeitung, 4.1.1948

³¹⁹ „Das ausgeräucherte Grazer Nazinest“, Arbeiter-Zeitung, 4.1.1948

³²⁰ „Das ausgeräucherte Grazer Nazinest“, Arbeiter-Zeitung, 4.1.1948

³²¹ „Das ausgeräucherte Grazer Nazinest“, Arbeiter-Zeitung, 4.1.1948

³²² Hella Pick, Simon Wiesenthal. Eine Biographie, Hamburg 1997, 385

jedoch nicht.³²³ Otto Rösch soll, so die Annahme die Wiesenthal im Zuge seiner Aufdeckungen traf, von der SPÖ den Auftrag erhalten haben, ehemalige Nationalsozialisten als Mitglieder für den VdU zu gewinnen.³²⁴ Zumindest teilweise bestätigte diese Version sogar Bruno Kreisky, der zu Protokoll gab, dass Rösch tatsächlich auf Weisung der Partei gehandelt hätte. Wiesenthal war sogar der Meinung, der Auftrag wäre direkt vom Innenministerium gekommen, und die vermeintlich gefälschten Dokumente der Soucek-Bande hätten in Wahrheit ebenfalls von dort ihren Weg zu Rösch gefunden.³²⁵ Jedenfalls schienen die Verstrickungen zwischen dem späteren Innenminister und den Sozialisten nicht ganz so bedeutungslos gewesen zu sein, wie dies aus den Schilderungen der Arbeiter-Zeitung hervorgeht. Schon die illegalen Aktivitäten während seiner Zeit bei der HHB, derentwegen Rösch verhaftete worden war, waren darauf ausgelegt gewesen, Strukturen für eine neonazistische Partei aufzubauen. Der spätere Innenminister spielte bei diesen Plänen eine entscheidende Rolle. Laut mehreren Zeugenaussagen war er als künftiger Leiter des organisationseigenen Nachrichtendienstes vorgesehen. Pikanterweise hätte ausgerechnet der spätere Innenminister für die geplante neonazistische Organisation die Verbindungsstelle zur Polizei und zu anderen Ämtern bilden sollen. Rösch widersprach in dem folgenden Prozess den Zeugenaussagen. Er wäre in keinem Kontakt zu der neonazistischen Gruppierung gestanden. Außerdem wäre er auch niemals Mitglied der NSDAP gewesen. Stattdessen wäre er stets ein überzeugter Sozialist gewesen. Nicht nur, dass er sich 1945 sofort wieder der SPÖ zur Verfügung gestellt hätte, er wäre darüber hinaus auch schon ab 1927 bei der SDAP gewesen und hätte vor dem Ausbruch des Austrofaschismus in Baden den Bund sozialistischer Mitschüler gegründet. Mangels Beweisen wurde Rösch schließlich freigesprochen.³²⁶

Auch der Registrierungspflicht kam das NSDAP-Mitglied Rösch nicht nach. Er hätte von seiner Mitgliedschaft nichts gewusst, da er zeitgleich mit der Stellung seines Antrages in die Wehrmacht eingerückt sei. Er hätte sich daher nicht als NSDAP-Mitglied gesehen. Er wäre außerdem nie bei der SA gewesen und hätte dies bei seiner Lehrtätigkeit ab 1938 nur deshalb angegeben, um eine Zurückstellung der Einberufung zur Wehrmacht zu erreichen.

³²³ Doris Sottopietra/Maria Wirth, Ehemalige NationalsozialistInnen in der SPÖ: eine Untersuchung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 321

³²⁴ Simon Wiesenthal, Recht, nicht Rache, Frankfurt/Berlin 1988, 69

³²⁵ Wilhelm Svoboda, Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern, Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur, Wien/Köln/Weimar 1993, 55

³²⁶ Doris Sottopietra/Maria Wirth, Ehemalige NationalsozialistInnen in der SPÖ: eine Untersuchung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 320

Tatsächlich gelang es ihm, diesen Einwand 1949 der Registrierungsstelle glaubhaft zu vermitteln, und somit seine kurzfristige Einstufung als „Belasteter“ abzuschwächen, und als ehemaliges NSDAP-Mitglied nur mehr als „Minderbelasteter“ zu gelten. Wenig später wurde Rösch durch einen Bescheid der Registrierungsbehörde beim Amt der steirischen Landesregierung von den Registrierungslisten gelöscht.³²⁷

Dass Rösch in den Strafprozess rund um Theodor Soucek involviert war, brachte ihm trotz seines Freispruches das Misstrauen einiger Parteikollegen ein. Als er 1957 für einen Sitz im Bundesrat vorgeschlagen wurde, gab es aufgrund angeblicher pro-nationalsozialistischer Äußerungen Widerstand aus den eigenen Reihen, der letztlich jedoch gebrochen wurde. Damit stand seinem Aufstieg nichts mehr im Weg, obwohl seine NS-Vergangenheit innerhalb der SPÖ sehr wohl bekannt war.³²⁸

Dass der ehemalige Nationalsozialist Rösch die volle Rückendeckung Kreiskys erhielt, war jedoch mehr als nur ein Zeichen der Versöhnung an die „Ehemaligen“. Der Innenminister beteiligte sich ganz aktiv an der Politik des Vergessens. Eine von Franz Olah eigens eingerichtete Abteilung zur vorbereitenden Ermittlung gegen NS-Gewaltverbrechen, verkleinerte Rösch nach seinem Amtsantritt erheblich, und löste sie 1975 sogar ganz auf, wodurch die Ermittlungskompetenz auf die Staatspolizei überging.³²⁹

5.3 Christian Broda und seine „kalte Amnestie“

Christian Broda hat zweifelsohne keine NS-Täterbiographie vorzuweisen. Während er im Zweiten Weltkrieg in der Wehrmacht diente, hatte er stets Kontakt zu Widerstandsorganisationen, weshalb er einmal von der Gestapo festgenommen wurde. Schon vor 1934 hatte er dem Kommunistischen Jugendverband angehört, und sich im Ständestaat dem illegalen Widerstand angeschlossen. Beiden faschistischen Regimen hatte er sich aktiv widersetzt, und gleichzeitig auch noch innerhalb der kommunistischen Bewegung eine oppositionelle Rolle eingenommen. Schon während der Zeit des Faschismus hatte er Kontakt zu Bruno

³²⁷ Doris Sottopietra/Maria Wirth, Ehemalige NationalsozialistInnen in der SPÖ: eine Untersuchung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 322

³²⁸ Doris Sottopietra/Maria Wirth, Ehemalige NationalsozialistInnen in der SPÖ: eine Untersuchung, in: Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005, 323-325

³²⁹ Claudia Kuretsidis-Haider, Die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen durch die österreichische Justiz, in: Jürgen Finger/Sven Keller/Andreas Wirsching (Hg.), Vom Recht zur Geschichte. Akten aus NS-Prozessen als Quellen der Zeitgeschichte, Göttingen 2009, 80

Kreisky und den Revolutionären Sozialisten, mit denen er teilweise Hand in Hand arbeitete. An seinem politischen Engagement im Kampf gegen den Anschluss wurde auch später nie gezweifelt. Kritisiert wurde Broda jedoch später für seine Doktorarbeit in Geschichte, mit dem Titel *„Volk und Führung. Ein Beitrag zum Problem der politischen Willensbildung im zweiten deutschen Reich“*. Manche Gegner des späteren Justizministers sahen darin einen Kniefall vor dem NS-Regime, während einige Befürworter seine Arbeit als Beispiel für seinen mutigen Widerstand ansahen.³³⁰ Das Urteil der Vertreter der moderneren Geschichtswissenschaft über die Doktorarbeit Brodas fällt weniger drastisch aus, und leistet dem Verfasser ein wenig Schützenhilfe. Wolfgang Neugebauer sieht die Arbeit *„an der Grenze der damals gerade noch vertretbaren linken Inhalte“*.³³¹ Auch Maria Wirth stärkt diese Einschätzung und bemerkt, dass Christian Broda in seinem Werk versucht hätte, weder seine alte Ideologie, den Austromarxismus, zu verraten, noch mit den gängigen Vorgaben des Regimes anzuecken. Kritik habe er stattdessen vor allem am Liberalismus geübt.³³² Unabhängig von der Bewertung des Inhaltes seiner Arbeit, kann man Broda in jedem Fall als Beispiel für einen kommunistischen Widerstandskämpfer nennen, der sich 1949 in die Reihen der Sozialdemokratie eingliederte. Kurioserweise fand auch er seinen Weg in die SPÖ über den BSA.³³³ In seiner Funktion als Personalreferent der BSA-Juristen, kam er natürlich auch mit den „braunen Flecken“ der Organisation in Berührung. So intervenierte er etwa für seinen Kollegen Hans Lawall. Der Jurist war schon 1932 der NSDAP beigetreten, und somit nach späterer Rechtsauffassung ein „Illegaler“, nach Nazi-diktion jedoch ein „Alter Kämpfer“. Sein frühzeitiges Engagement für die Bewegung verhalf ihm ab 1938 zu einem raschen Aufstieg. 1943 wurde der, seit 1919 im Postdienst tätige Lawall zum Oberpostrat befördert. Nach 1945 waren seine „Verdienste“ freilich ein Karrierehemmschuh. Er wurde 1945 aus dem Postdienst entlassen und ab 1948 in den dauernden Ruhestand versetzt. Um zurück in seinen Beruf gelangen zu können, schloss sich Lawall der SPÖ an. Christian Broda versuchte ihm 1952 zu seinem vermeintlichen Recht zu verhelfen. Interessanterweise stellte sich Broda damit gegen die Mehrheit des BSA. Der damalige BSA-Präsident, Waldbrunner, erteilte dem Ansinnen schließlich persönlich die Absage.³³⁴

³³⁰ Maria Wirth, Christian Broda. Eine politische Biographie, Wien 2011, 79-116

³³¹ Wolfgang Neugebauer, Der österreichische Widerstand 1938-1945, Wien 2008, 93

³³² Maria Wirth, Christian Broda. Eine politische Biographie, Wien 2011, 94-95

³³³ Maria Wirth, Christian Broda. Eine politische Biographie, Wien 2011, 152-153

³³⁴ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 104-106

Obwohl er aufgrund seiner Vergangenheit keinesfalls dazu angetan war, mit den Ministern Rösch oder Öllinger in einem Atemzug genannt zu werden, wurde Christian Broda ebenfalls Zielscheibe der Kritik Wiesenthals. In seinem Fall war es jedoch seine Arbeit im Justizministerium, die zu Meinungsverschiedenheiten führte. Dabei wurde Brodas Arbeit von seinen Parteikollegen sehr geschätzt, und er wurde zu einem der Aushängeschilder seiner Partei. Vor dem Kabinett Kreisky hatte er bereits bis 1966 der Regierung Raab angehört, und damals bereits Erfahrungen als Justizminister gesammelt. Berühmt wurde er vor allem durch seine „*Vision einer gefängnislosen Gesellschaft*“. Doch auch seine Reformen im Straf- und Familienrecht brachten ihm den Respekt seiner Anhänger ein und machten ihn zu einem der einflussreichsten Politiker der Zweiten Republik.³³⁵ Im Gegensatz zu Simon Wiesenthal hielt er nichts von der Verfolgung der ehemaligen NS-Verbrecher. Stattdessen wollte er mit der Erziehung der Menschen, hin zu einer liberal-demokratischen Gesellschaft, gegen Neonazismus und Antisemitismus vorbeugen.³³⁶ Dies drückte sich auch in seinen Reformen aus, die im Wesentlichen einen Schlussstrich unter die Verfolgung von NS-Straftätern setzten.

Wiesenthal war über die Art und Weise der Gesetzgebung unter Broda entsetzt. Noch mehr empörte er sich jedoch über das persönliche Engagement, dass der Justizminister in einzelnen Fällen für ehemalige Nationalsozialisten an den Tag legte. Broda machte massiv vom ministeriellen Weisungsrecht Gebrauch, was ihm den Vorwurf des Amtsmissbrauchs zu eigenen machtpolitischen Zwecken einbrachte.³³⁷ Schon während seiner Arbeit für die Regierung Raab hatte der Justizminister versucht, eine Diskussion über ehemalige NS-Richter und -Staatsanwälte abzuwürgen, die durch einen Zeitungsbericht ausgelöst worden war. In einem Schreiben an den Österreichischen Rundfunk versuchte er, gegen eine Berichterstattung der 1945 in Dienst gestellten Justizfunktionäre zu intervenieren, und erhielt diesbezüglich vom damaligen Generaldirektor Josef Scheidl eine positive Rückmeldung. Broda verwehrte sich dagegen, eine NS-Debatte zu eröffnen. Die Untersuchungen im Bereich Justiz seien längst abgeschlossen. Brodas Haltung in dieser Frage war mehr als umstritten, und die Österreichische Widerstandsbewegung schlug vor, einen entsprechenden Gesetzesentwurf einzubringen, um die Verfolgung der NS-Justizfunktionäre zu ermöglichen, womit man natürlich nicht den Geschmack des Innenministers traf.³³⁸ Dass ehemalige Na-

³³⁵ Maria Wirth, Christian Broda. Eine politische Biographie, Wien 2011, 20

³³⁶ Maria Wirth, Christian Broda. Eine politische Biographie, Wien 2011, 277

³³⁷ Maria Wirth, Christian Broda. Eine politische Biographie, Wien 2011, 21

³³⁸ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 194-198

tionalsozialisten im Justizdienst tätig gewesen waren, war ihm zwar bewusst, doch wie aus seinen Notizen zu dem Thema hervorgeht, sah er diese Causa ziemlich pragmatisch:

„Gerö [Anm.: Josef; der ehemalige, von der SPÖ nominierte, parteilose Justizminister] hat sie gebraucht und geholt; Regierung und Parlament waren einverstanden – kann man sie jetzt wegschieben, weil man sie (vielleicht) nicht mehr braucht?“³³⁹

Broda wehrte sich dagegen, dass die Justizfunktionäre, um die sich die Debatte drehte, mehrheitlich dem BSA oder der SPÖ angehören sollten. Lediglich in einem Fall räumte er diesen Umstand ein. Der umstrittene Walter Lillich, Leiter der Sondergerichtsabteilung der Staatsanwaltschaft beim Landesgericht Wien, hatte seine Vergangenheit über den BSA reingewaschen. Lillich hatte 1931 sein Studium der Rechtswissenschaften abgeschlossen, und danach eine juristische Karriere begonnen, die ihn 1935 ins Richteramt führte. Seinem beruflichen Streben war damals auch seine Mitgliedschaft in der Vaterländischen Front nützlich. Sofort nach dem Anschluss stellte er einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NSDAP, in die er schließlich 1941 aufgenommen wurde. Ab 1938 arbeitete Lillich als Ermittlungsrichter beim Volksgerichtshof. Dieser war ein wichtiges Instrument zur Verfolgung und Ermordung von NS-Gegnern. Er erhielt gute Beurteilungen und konnte auf eigenen Wunsch zum Sondergericht Wien wechseln, wo er mit der massenhaften und beschleunigten Aburteilung von politischen Gegnern und der Ahndung von „*Volksschädlingsdelikten*“ betraut war. Nach weiteren beruflichen Aufstiegen übernahm er 1942 die Leitung des Sondergerichts, das sich unter anderem durch Todesurteile für Bagatelldelikte auszeichnete. Er zeigte „Eigeninitiative“ indem er im Sinne des Regimes Leute vor Gericht stellte und überharte Strafen verhängte. Einen polnischen Zwangsarbeiter verurteilte er für den Diebstahl von Zigaretten, acht Rippen Schokolade und vier Stück Lebkuchen, aufgrund der „*besonderen Verwerflichkeit der Straftat*“, zum Tode. Nach Kriegsende tauchte Lillich unter und ließ sich 1947 als „Minderbelasteter“ registrieren. Ein Verfahren gegen ihn wurde später eingestellt. In seinem Verfahren erhielt er auch von einem oberösterreichischen Landtagsabgeordneten der SPÖ, namens Franz Zamponi, Schützenhilfe, der später auch BSA-Landesobmann werden sollte.³⁴⁰

³³⁹ Zit. nach: Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 197

³⁴⁰ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 197-208

In seiner Funktion im Justizdienst konnte sich Lillich schließlich auf die Hilfe seines BSA-Kollegen Christian Broda verlassen, der ihm bescheinigte, *„dass er mit den Todesurteilen in der NS-Zeit nichts zu tun gehabt hat.“*³⁴¹ Der große Widerstand gegen Lillich, und ständig neue Erkenntnisse zu dessen Untaten, änderten nichts an Brodas Fürsprache für seinen Mitarbeiter. Unter seiner schützenden Hand konnte der ehemalige NS-Richter bis zu seinem Ruhestand unbehelligt seiner Tätigkeit im Justizwesen nachgehen.³⁴²

Aus der Sicht Wiesenthals entstanden durch die großzügige Amnestiepolitik Brodas untragbare Härtefälle, in denen Personen, die aufgrund der Schwere ihrer Verbrechen der Strafverfolgung zugeführt werden sollten, freigingen. Er warf der SPÖ vor, dass man angesichts der erfolgreichen humanistischen Strafrechtsreformen Brodas lange Zeit über diesen Umstand hinweggesehen hätte.³⁴³ Wiesenthal kritisierte daher nicht nur einzelne Personen aus der Regierung, sondern die Sozialistische Partei im Allgemeinen:

*„Indessen kann man auch Christian Broda nur gerecht werden, wenn man seine Entwicklung im Zusammenhang mit der Entwicklung seiner Partei sieht: Die sozialistische Partei Österreichs wurde im Laufe der Jahre zur wichtigsten Fürsprecherin der ehemaligen Nationalsozialisten.“*³⁴⁴

Die SPÖ hätte unter Bruno Kreisky systematisch den Widerstand gegen die ehemaligen Nazis abgebaut, so die Diagnose Wiesenthals, der dies vor allem mit der politischen Annäherung an die FPÖ untermauerte.³⁴⁵

*„Ein entscheidender Bestandteil dieser Politik bestand darin, den Österreichern vorzuführen, daß es keinerlei Makel darstelle, Mitglied der NSDAP gewesen zu sein.“*³⁴⁶

5.4 Die Affäre Peter

Der Kampf um die Minister des Kabinetts Kreisky I, der zwischen Wiesenthal und dem Kanzler entbrannt war, schlug sowohl national als auch international hohe Wellen. Die Arbeit des „Nazi-Aufdeckers“ polarisierte. Einerseits erhielt er von verschiedenen Seiten

³⁴¹ Zit. nach: Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 209

³⁴² Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005, 208-210

³⁴³ Simon Wiesenthal, Recht, nicht Rache, Frankfurt/Berlin 1988, 347-353

³⁴⁴ Simon Wiesenthal, Recht, nicht Rache, Frankfurt/Berlin 1988, 353

³⁴⁵ Simon Wiesenthal, Recht, nicht Rache, Frankfurt/Berlin 1988, 356

³⁴⁶ Simon Wiesenthal, Recht, nicht Rache, Frankfurt/Berlin 1988, 356

Solidaritätskundgebungen, während sich andererseits viele Menschen ein Ende seiner Tätigkeit wünschten. Die „Kronen-Zeitung“, als auflagenstärkste Zeitung des Landes ausgesprochen einflussreich, schlug sich beispielsweise in der Causa Wiesenthal auf Kreiskys Seite. Trotzdem beschreibt Wiesenthal in seinen Memoiren den damals auf ihn ausgeübten Druck als vergleichsweise gering, zumindest in Relation zur „Affäre Peter“.³⁴⁷

Es war also nicht der Angriff auf einen der SPÖ-Minister, der die Auseinandersetzung mit dem Bundeskanzler endgültig zur Eskalation brachte. Wiesenthal enthüllte im Oktober 1975 sein Wissen über Friedrich Peter, der zuvor seine Mitgliedschaft bei der 1. SS-Infanterie-Brigade verschwiegen hatte. Diese Einheit hatte mehrere Morde an Zivilisten zu verantworten, die 1941 und 1942 in Polen und Russland begangen worden waren. Außerdem hatte Wiesenthal entdeckt, dass Peter für seine „Verdienste“ das „Eiserne Kreuz“ und eine Beförderung zum SS-Obersturmführer erhalten hatte.³⁴⁸ Friedrich Peter beteuerte stets, sich nicht an den Verbrechen seiner Einheit beteiligt zu haben, und verwies immer wieder darauf, dass er zu den fraglichen Zeitpunkten keinen Dienst getan hätte.

Wiesenthal wählte für seine Enthüllungen einen Zeitpunkt knapp nach der Nationalratswahl. Er behauptete, dass er sich damit den Anschuldigungen, er wäre aus politischem Kalkül vor den Wahlen an die Öffentlichkeit gegangen, entziehen wollte.³⁴⁹ Mit dieser Begründung war Friedrich Peter nicht einverstanden. Stattdessen wäre Wiesenthal schon lange Zeit über seine Vergangenheit informiert gewesen, und hätte mit seinen Enthüllungen versucht, so viel Einfluss wie nur möglich auf die österreichische Politik zu nehmen. Peter nahm die Angriffe aber nicht persönlich und schritt nicht zur Gegenattacke über. Er war der Ansicht, dass es Wiesenthal keineswegs um seine Person ging, sondern dass dieser es auf seinen Rivalen Bruno Kreisky abgesehen hatte.³⁵⁰ Peter ging also davon aus, dass Wiesenthal eine SPÖ-FPÖ-Koalition verhindern wollte. Dieser Hypothese zur Folge hätte ihm jedoch das tatsächliche Wahlergebnis, dass wieder eine absolute Mehrheit der SPÖ brachte, einen Strich durch die Rechnung gemacht, denn nun stand Peter als Vizekanzler nicht mehr zur Debatte. Doch Kreisky ging in seinen Überlegungen über die Wahlen von 1975 hinaus, und wollte sich die, FPÖ-Parteiintern nicht unumstrittene, Option einer Koalition mit den Freiheitlichen offen halten. Immerhin stand die absolute Mehrheit auf wackeligen Beinen und zu diesem Zeitpunkt war nicht abzusehen, ob man diese auch über die

³⁴⁷ Simon Wiesenthal, *Recht, nicht Rache*, Frankfurt/Berlin 1988, 359

³⁴⁸ Hella Pick, *Simon Wiesenthal. Eine Biographie*, Hamburg 1997, 393

³⁴⁹ Simon Wiesenthal, *Recht, nicht Rache*, Frankfurt/Berlin 1988, 362-363

³⁵⁰ Hella Pick, *Simon Wiesenthal. Eine Biographie*, Hamburg 1997, 395-397

nächsten Wahlen hinaus verteidigen könnte.³⁵¹ Tatsächlich musste die SPÖ erst 1983 auf die Unterstützung der FPÖ zur Mehrheitsbeschaffung zurückgreifen, die zu diesem Zeitpunkt unter Norbert Steger einen weit liberaleren Kurs eingeschlagen hatte. Somit war diese Konstellation, in der sich Kreiskys Nachfolger Fred Sinowatz in die Koalition mit den Freiheitlichen begab, weit weniger brisant, als jene 1975, als sich die SPÖ alle Möglichkeiten offenhalten wollte.

Auch angesichts der absoluten Mehrheit seiner Partei darf man also bei Kreiskys Verteidigungsversuchen für Friedrich Peter nicht außer Acht lassen, dass er diesen als seinen potentiellen späteren Vizekanzler sah. Während sich der FPÖ-Chef in Zurückhaltung gegenüber Wiesenthal übte, demonstrierte der Bundeskanzler seine Solidarität mit den „Blauen“. In einem Fernsehinterview machte er seinem Ärger über die Enthüllungen Luft, und gab an, dass ihm Peter versichert habe, keinerlei Verbrechen begangen zu haben.³⁵² Wiesenthal wolle ihn politisch umbringen und begehe Rufmord, lauteten die schwerwiegenden Anschuldigungen. Doch Kreisky ging in seinen Aussagen noch weiter, und unterstellte seinem Kontrahenten „Mafiamethoden“, um des Weiteren anzudeuten, dass dieser mit dem Nationalsozialismus kollaboriert hätte. Auch über angebliche Verbindungen zur Gestapo wollte Kreisky Bescheid wissen.³⁵³ Der folgende Rechtsstreit, in dem sich die Anschuldigungen als haltlos erwiesen, zog sich über Jahre und endete erst knapp vor dem Tod des langjährigen Kanzlers. Bis dahin bekräftigte Kreisky stets seinen Standpunkt. Auch in seinen Memoiren hält er fest, in der Verteidigung für Friedrich Peter formal korrekt gehandelt zu haben. Für diesen habe die Unschuldsvermutung gegolten.³⁵⁴

Auch knapp vor seinem Tod verteidigte Kreisky noch in einem Interview seine Fürsprache für Friedrich Peter:

*„Mir war die Mentalität des Herrn Peter ja nicht fremd. Denn in der Zeit, als er groß wurde, war der Herr Peter ein junger Nazi und die kannte ich. Die habe ich im Gefängnis kennengelernt. Für mich waren die Nazis nicht a priori meine ersten Feinde. Das waren die Austrofaschisten. [...] Nicht die Nazis.“*³⁵⁵

³⁵¹ Robert Kriechbaum, *Zeitenwende. Die SPÖ-FPÖ Koalition 1983-1987 in der historischen Analyse, aus der Sicht der politischen Akteure und in Karikaturen von Ironimus*, Wien/Köln/Weimar 2008, 61-62

³⁵² Simon Wiesenthal, *Recht, nicht Rache*, Frankfurt/Berlin 1988, 364

³⁵³ Hella Pick, *Simon Wiesenthal. Eine Biographie*, Hamburg 1997, 397-398

³⁵⁴ Bruno Kreisky, *Die Zeit in der wir leben. Betrachtungen zur internationalen Politik*, Wien 1978, 230-231

³⁵⁵ Zit. Nach: Wolfgang Petritsch, Bruno Kreisky. *Die Biographie*, St. Pölten/Salzburg 2010³, 243-244

Der Sache, für die Wiesenthal stand, nämlich der Verfolgung von Tätern des Nationalsozialismus und der entsprechenden Verhängung einer, soweit irgendwie möglich, angemessenen Strafe, wurde mit der Affäre Peter kein großer Dienst erwiesen. Zwar fanden die Verbrechen der NS-Zeit dadurch vermehrt den Weg in den öffentlichen Diskurs, doch die eigentliche Diskussion zwischen Kreisky und Wiesenthal wurde ab diesem Zeitpunkt hauptsächlich auf der persönlichen Ebene ausgetragen. Auf die Details des weiteren Streits wollen wir an dieser Stelle nicht näher eingehen, da der Konflikt sich von jeglicher Sachlichkeit entfernte. Als kurioses Beispiel hierfür kann man etwa die Anschuldigung Kreiskys, Wiesenthal habe seinen Bruder aus Israel entführen lassen, anführen.³⁵⁶ In den Augen des Kanzlers konnte es sein Gegner einfach nicht ertragen, dass ein Jude dieses, nach dessen Meinung antisemitische und neonazistische Österreich anführe.³⁵⁷ Auch auf die Frage, warum er Wiesenthal so überaus kritisch gegenüber stehe, wusste Kreisky eine Antwort:

„Ich bin kritisch, weil ich glaube, daß man mit Methoden des permanenten Hasses nicht erreicht, was man erreichen sollte. Man kann auf diese Art nicht die Lehren ziehen, die man aus den furchtbaren Ereignissen der Hitlerzeit ziehen muß. Ich habe in meiner engsten Familie viele Opfer zu beklagen und verfüge über einen außerordentlich ausgeprägten Familiensinn. Ich kenne die Psyche der Menschen. Wenn man erreichen will, daß sie sich ändern, muß man sie überzeugen, daß das, was sie tun schlecht ist. Mit unsympathischen Methoden hindert man die Leute daran, sich überzeugen zu lassen. Ich glaube, daß ich durch mein Wirken viele Menschen von der Schändlichkeit des Antisemitismus überzeugen konnte.“³⁵⁸

5.5 Kreiskys psychologisches Trauma?

Die Geschichtswissenschaft neigte schon lange dazu, das irrationale Handeln Kreiskys in der Causa Wiesenthal psychologisch zu begründen. Tenor dieser Theorien, die sich auch in einigen aktuellen Werken finden, ist, dass der Kanzler nie mit seiner jüdischen Vergangenheit in Einklang gekommen sei, oder versucht habe, diese zu verdrängen. Auch andere, ähnliche Hypothesen, gestützt auf Kreiskys Wurzeln und seine damit verbundene *„unbewältigte Gegenwart“*³⁵⁹, finden sich zu Hauf. Aus zwei Gründen sollen sie an dieser Stelle nicht näher erörtert werden. Erstens treffen sie inhaltlich nur sehr am Rande den Kern der

³⁵⁶ Hella Pick, Simon Wiesenthal. Eine Biographie, Hamburg 1997, 401-402

³⁵⁷ Bruno Kreisky, Die Zeit in der wir leben. Betrachtungen zur internationalen Politik, Wien 1978, 233-234

³⁵⁸ Bruno Kreisky, Die Zeit in der wir leben. Betrachtungen zur internationalen Politik, Wien 1978, 69

³⁵⁹ Martin van Amerongen, Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart, Graz 1977

vorliegenden Arbeit. Zweitens sind sie, meiner Meinung nach, auf einem sehr wackeligen Gerüst aufgebaut. Bei der Betrachtung der psychologischen Faktoren wird teilweise die machtpolitische Realität aus den Augen verloren. Möglicherweise war Kreisky nicht im Einklang damit, dass seine Vorfahren Juden waren, doch dafür kann man höchstens Indizien anführen. Fakt ist jedoch, dass die ehemaligen Nationalsozialisten ein großes Wählerpotential stellten, vor allem wenn man bedenkt, dass auch ihre Angehörigen sicherlich zum Teil ihre Interessen teilten. Gleichzeitig war die SPÖ, ebenso wie die ÖVP, lange Jahre an die große Koalition gefesselt, und hatte somit wenig taktischen Spielraum. Nachdem die Volkspartei 1966 die absolute Mehrheit gewonnen hatte, war man daher gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, um nicht dauerhaft dem bürgerlichen Konkurrenten die politische Macht zu überlassen. Anhand der österreichischen Wahlergebnisse der Ersten und Zweiten Republik bis zu diesem Zeitpunkt musste man jedoch davon ausgehen, dass die Mehrheit der Wählerschaft im Land rechts der Mitte anzusiedeln war. Bruno Kreisky war bekannt für sein Gespür hinsichtlich des Wählerwillens. Er adressierte seine Aussagen häufig an die Mehrheit, und seine Politik wird in der historischen Betrachtung häufig auch als populistisch bezeichnet. Dass seine Verteidigungsbemühungen für Friedrich Peter und die eigene Regierungsmannschaft, seine Personalauswahl, seine Angriffe gegen Simon Wiesenthal und seine Bemerkungen zum Thema Antisemitismus in Österreich allesamt Teil seines politischen Kalküls waren, ist wahrscheinlich. Die versöhnliche Politik gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten war auch innerhalb der Partei bei weitem keine Erfindung Kreiskys. Wie bereits erläutert hatte die SPÖ diesen Weg bereits zu Beginn der Zweiten Republik, unter der Regie von Renner, Schärff, Helmer und anderen Repräsentanten des rechten Flügels der Partei eingeschlagen, wobei die Unterstützung des VdU zweifelsohne das eindeutigste Signal in diese Richtung darstellte. Erklärt man die Politik der Ära Kreisky allein aus den psychologischen Befindlichkeiten des Parteichefs heraus, dann blendet man diese historischen Fakten aus.

Auch am Beginn der Auseinandersetzung mit Simon Wiesenthal gelang es Kreisky, die breite Öffentlichkeit mitsamt vielen Medien auf seine Seite zu ziehen. Erst viel später geriet dieser Konflikt auf eine, aus machttaktischer Sicht gesehen, irrationale Ebene. Hier kann man wahlweise psychologische Erklärungen einfließen lassen, etwa dass sich Kreisky in seiner Sturheit nicht zu einer Entschuldigung durchringen konnte und sich deshalb mit Gegenangriffen immer tiefer in die Affäre ritt. Abgesehen von diesen Spekulationen kann man jedoch das Faktum festhalten, dass der Kanzler an seinem vehementen Auftreten gegen den „Nazi-Jäger“ sein Profil schärfen konnte. Durch den Umstand, dass er selbst Jude

war, konnte Kreisky dabei Dinge sagen, die viele Menschen bislang nur hinter vorgehaltener Hand ausgesprochen hatte. In den heiklen Fragen von Antisemitismus und Neonazismus beruhigte der Kanzler das Gewissen der Massen, und knüpfte in seine Argumentationen hierfür an alte Vorurteile an. Wiesenthal galt hingegen, obwohl er ebenfalls viele Befürworter hatte, als unbequem. Er wühlte in einer Vergangenheit an die sich viele nicht mehr erinnern wollten.

Ein wesentlicher Aspekt, der bei der reinen Psychologisierung von Kreiskys jüdischer Vergangenheit und seiner daraus resultierenden Handlungen ebenfalls unter den Tisch fällt, ist, dass Simon Wiesenthal der ÖVP nahestand. Hätte sich der SPÖ-Chef nicht vor Öllinger, Rösch und die anderen „Ehemaligen“ in seinem Kabinett gestellt, dann wäre dies einem politischen Triumph der Volkspartei gleichgekommen, auch weil die Minderheitsregierung damit binnen kürzester Zeit vor der Zerreißprobe gestanden wäre. Egal ob es Wiesenthals Absicht war, Einfluss auf die Innenpolitik zu nehmen, wie es Kreisky und viele seiner Anhänger dem „Nazi-Jäger“ unterstellten, oder ob es ihm tatsächlich nur um Gerechtigkeit ging, wie er selbst stets betonte; durch seine Nähe zur ÖVP bekam der Konflikt in jedem Fall auch eine parteipolitische Dimension, und somit konnte die SPÖ-Spitze sich von dem eingeschlagenen Kurs kaum zurückziehen, ohne dabei ihr Gesicht zu verlieren. Wiesenthals Zurückhaltung in den großen NS-Affären der ÖVP wurde immer wieder als Argument gegen seine Glaubwürdigkeit verwendet, wie er selbst in seinen Memoiren im Zusammenhang mit der Affäre Waldheim feststellt. Dabei sei dieser Fall ganz anders gelagert gewesen, als der Fall Peter und schließlich habe er sich 1988 auch für Waldheims Rücktritt ausgesprochen, verteidigt sich Wiesenthal.³⁶⁰ Der Vorwurf, dass der „Nazi-Jäger“ starke parteipolitische Tendenzen bei der Auswahl seiner Enthüllungen an den Tag legte, ist sicherlich nicht ganz unbegründet. Wolfgang Petritsch weist in seiner Kreisky-Biographie darauf hin, dass Simon Wiesenthal in der Causa Taras Borodajkewycz trotz Aufforderungen von Aktivisten keinerlei Anstalten gemacht habe, sich in irgendeiner Form in dieser Sache zu engagieren. Dass in Tom Šegevs Wiesenthal-Biographie ebenfalls kein einziges Mal von Borodajkewycz die Rede ist³⁶¹, deutet Petritsch scheinbar ebenfalls als Indiz für Wiesenthals Desinteresse an dieser Materie.³⁶² Tatsächlich ist auch in Wiesenthals Autobiographie *„Recht, nicht Rache“* über alle großen Nazi-Affären der Zweiten

³⁶⁰ Simon Wiesenthal, *Recht, nicht Rache*, Frankfurt/Berlin 1988, 380-395

³⁶¹ Tom Šegev, *Simon Wiesenthal. Die Biographie*, München 2010

³⁶² Wolfgang Petritsch, *Bruno Kreisky. Die Biographie*, St. Pölten/Salzburg 2010³, 246

Republik zu lesen, während nur der Fall Borodajkewycz mit keinem Wort erwähnt wird.³⁶³ Außerdem hatte Wiesenthal bereits in den 1960er-Jahren einmal über die NSDAP-Vergangenheit eines Ministers hinweggesehen. Für den ehemaligen ÖVP-Finanzminister und früheren SS-Anwärter Kamitz hatte Wiesenthal keine kritischen Worte gefunden.³⁶⁴ Allerdings ändert Wiesenthals Naheverhältnis zur ÖVP nichts an der Korrektheit seiner Anschuldigungen gegen Friedrich Peter oder die Regierungsmitglieder aus dem Kabinett Kreisky, und ist daher nicht zur Verteidigung des Standpunktes des Kanzlers geeignet.

Die liberale Politik, die die SPÖ gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten verfolgte, ist jedoch nicht nur durch machtpolitisches Kalkül, sondern zumindest zum Teil auch vom ideologischen Standpunkt der Partei aus erklärbar. Die Idealvorstellungen von Christian Broda, die von dem Gedanken getragen waren, dass jeder Mensch resozialisierbar wäre, beziehungsweise, dass man mit Erziehung gegen totalitäre Systeme vorgehen könne, prägte die Politik des Justizministeriums. Angesichts dieser Geisteshaltung, die er mit vielen Parteikollegen und Juristen teilte, wie man an dem breiten Zuspruch für seine Arbeit sehen konnte, musste konsequenterweise auch davon ausgegangen werden, dass die ehemaligen Nationalsozialisten wieder in die Gesellschaft integriert werden konnten. Die Utopie von einem gefängnislosen Staat wäre mit einer schärferen Gangart gegenüber den „Ehemaligen“ nicht vereinbar gewesen. Die persönlichen Interventionen des Ministers in einigen Fällen, und der ihm vorgeworfene Missbrauch des ministeriellen Weisungsrechts, sind durch die Einbeziehung der ideologischen Ebene natürlich dennoch nicht zu rechtfertigen.

³⁶³ Simon Wiesenthal, *Recht, nicht Rache*, Frankfurt/Berlin 1988

³⁶⁴ Wolfgang Petritsch, Bruno Kreisky. *Die Biographie*, St. Pölten/Salzburg 2010³, 246

6 Resümee

Eine wichtige Grundlage für die spätere Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Nationalsozialismus, bildeten die Februarkämpfe 1934, und die starke Radikalisierung der beiden großen politischen Lager in der Zeit davor. Durch die Gegnerschaft zu den Christlichsozialen, und die folgende Etablierung eines Einparteiensstaates unter Engelbert Dollfuß und später Kurt Schuschnigg, erschienen die, ebenfalls im illegalen Widerstand befindlichen, Nationalsozialisten für einige ehemalige Schutzbündler plötzlich als Kampfgefährten. Viele Mitglieder aus den Reihen letzterer waren nach der Niederlage im Bürgerkrieg von einem starken Revanchege Gedanken geprägt, und auch für radikale Lösungen aufgeschlossen, für die in ihren Augen vor allem die Nationalsozialisten standen.

Doch es gab nicht nur Kollaborateure und Mitläufer in den Reihen der Sozialdemokraten. Auch in der Gruppe der Opfer war man stark vertreten. Darüber hinaus gab es einige Widerstandskämpfer, zum Großteil organisiert in der Gruppierung der „Revolutionären Sozialisten“, die im Kampf für ihre Ideologie ihr Leben riskierten. Entsprechend zurückhaltend waren diese, wenn es nach 1945 um die Reintegration der „Ehemaligen“ ging. Die ehemaligen „Revolutionären Sozialisten“ traten teilweise für drakonische Strafen ein, und suchten politisch vor allem die Nähe zu den, wie die folgenden Wahlen zeigten, in Österreich ausgesprochen unpopulären Kommunisten. Die Wahlergebnisse schwächten ihre Position gegenüber dem rechten Flügel der Partei, der unter Renner, Schärf und Helmer einen versöhnlichen Ton gegenüber ehemaligen Nationalsozialisten anschlug. Die Strategien in diesem Zusammenhang reichten von großzügigen Amnestieversprechungen bis hin zur Unterstützung des VdU, mit dessen Hilfe man das bürgerliche Lager sprengen wollte.

Nicht nur als Wähler waren die „Ehemaligen“ von Interesse für die SPÖ. Man hatte auch große personelle Sorgen, bedingt durch elf Jahre des Faschismus, in denen die Partei nicht existiert hatte. Neben politischen Verfolgungen und Tötungen fielen außerdem viele ehemalige Mitglieder der SPÖ dem Holocaust zum Opfer, oder flüchteten davor ins Ausland. Nicht alle, die ins Exil gegangen waren, kamen auch wieder zurück. Bei vielen bestand nach ihren schrecklichen Erlebnissen kein Interesse an einer Rückkehr. Die Sozialdemokratie kümmerte sich nur wenig um Fragen der Remigration von ehemaligen Mitgliedern. Neben parteiinternen Machtkämpfen war es wohl vor allem die Angst vor antisemitischen Reflexen, die die Partei auf jüdische Funktionäre verzichten ließ. Die große, in erster Linie intellektuelle Lücke in der SPÖ, führte zur Gründung des BSA. Vor allem über diesen,

aber auch über andere Wege, fanden einige ehemalige Nationalsozialisten die Chance zu einem Neuanfang. Die neuen Mitglieder genossen den Schutz der Partei, und brachten im Gegenzug das fehlende Know-How ein. Erst viel später, in der Ära Kreisky und vor allem anlässlich des Falles Heinrich Gross, wurde dieser Vorgang kritisch hinterfragt und öffentlich diskutiert. Bis dahin war die braun-rote Umfärbungsaktion ziemlich unauffällig passiert. Sogar neonazistische Tendenzen innerhalb einiger BSA-Bundes- und Fachverbände konnten unter Verschluss gehalten werden.

Auch die ÖVP bemühte sich um die „Ehemaligen“. Zunächst war sie mit dem Cartell-Verband dabei auch wesentlich erfolgreicher und brachte die SPÖ unter Zugzwang. Auch für die Wählerschaft mit einschlägiger NS-Vergangenheit konnte man sich zunächst als attraktivste Adresse präsentieren. Bevor man sich in der SPÖ mehrheitlich zu einem Ruf nach großzügigen Amnestien durchringen konnte, hatte die ÖVP diese schon versprochen. Die Volkspartei war den Sozialisten beim Kampf um die Stimmen der „Ehemaligen“ meistens einen Schritt voraus. Insofern sind viele Aktionen der SPÖ als Reaktionen auf die Überlegenheit der ÖVP zu betrachten. All die Beschäftigung mit den „braunen Flecken“ auf der Geschichte der Sozialdemokratie, und die nach wie vor fehlende Bereitschaft der Volkspartei, ihre Geschichte aufzuarbeiten, sollen nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die ÖVP antisemitische Ressentiments schürte, sich an die Wählerschaft mit nationalsozialistischer Vergangenheit anbot und Nationalsozialisten in die eigenen Reihen integrierte. Lange Zeit gab die Volkspartei beispielsweise ihrem Mitglied Taras Borodajkewycz die volle Rückendeckung. Dass man sich danach auch in keinsten Weise für die Aufarbeitung der Causa engagierte, zeigt, dass man derartige Fälle lieber unter den Tisch kehrte. Der Umstand, dass auch die FPÖ viele ehemalige Nationalsozialisten in ihren Reihen hatte, und sich für deren Rechte engagierte, erklärt sich schon aus ihrer Gründungsgeschichte, als WdU beziehungsweise VdU, heraus. Mit den wenigsten „braunen Flecken“ kamen jedenfalls die Kommunisten davon, die den radikalsten Kurs gegenüber den „Ehemaligen“ einschlugen. Ihre chronische Erfolglosigkeit in der Zweiten Republik stellte auch ihren scharfen Ton im Bezug auf die Entnazifizierungspolitik in Frage, und bestärkte die anderen Parteien in ihrer milden Politik gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten.

Unter Bruno Kreisky konnte die SPÖ erstmals den Spieß in der Diskussion um die „Ehemaligen“ umdrehen. Die ÖVP konnte sich plötzlich nicht mehr als jene Partei präsentieren, die den versöhnlichsten Kurs gegenüber den Nationalsozialisten einschlug. Bei der Wählerschaft konnte Kreisky mit seinen Minister mit NS-Vergangenheit punkten, und die SPÖ

zu ihren bislang größten Wahlerfolgen in der Zweiten Republik führen. Den Eindruck, dass man, wie keine andere Partei, dazu bereit war, die Vergangenheit ruhen zu lassen, verstärkte auch die kalte Amnestie von Christian Broda. Der Streit mit Simon Wiesenthal verschaffte Kreisky eine große mediale Bühne für die Zurschaustellung seines Versöhnungskurses mit den „Ehemaligen“. Seine jüdischen Wurzeln ermöglichten ihm dabei eine Wortwahl, die andere Politiker nur mit vorgehaltener Hand treffen konnten. Nicht nur als eigene Wähler hielt sich Kreisky die früheren Nationalsozialisten warm. Auch die FPÖ, mit dem ehemaligen SS-Mann Friedrich Peter an der Spitze, spielte für die SPÖ eine strategisch wichtige Rolle. Von der Kooperation mit dem dritten Lager erhoffte sich Kreisky die langfristige Unabhängigkeit von der ÖVP. Dieses Kalkül ging auch viele Jahre auf, denn zwischen 1970 und 1987 war die Volkspartei erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik von einer Regierungsbeteiligung ausgeschlossen.

Nach den großen Debatten während der Ära Kreisky verlor das Thema der ehemaligen Nationalsozialisten wieder an Bedeutung, und entzündete sich danach in unregelmäßigen Abständen anhand aufsehenerregender Nazi-Fälle. Realpolitisch spielte diese Materie nach den Amnestien Brodas kaum noch eine Rolle, denn die „Ehemaligen“ waren nun weitestgehend rehabilitiert, und somit war die Strafverfolgung nicht mehr mit ihnen beschäftigt, womit sich hinsichtlich dieser Thematik die Frage des Umgangs mit ihnen ab diesem Zeitpunkt gar nicht mehr stellt. Gleichzeitig waren aus Altersgründen mit zunehmender zeitlicher Distanz zum Fall des NS-Regimes immer weniger ehemalige Nationalsozialisten in wichtigen öffentlichen Ämtern zu finden. Entsprechend ist auch die Frage nach der Integration von „Ehemaligen“ auf die ersten Jahrzehnte der Zweiten Republik beschränkt zu betrachten. Es ist wohl auch kein Zufall, dass die Sozialdemokratie erst in einer Phase, in der die Beschäftigung mit den ehemaligen Nationalsozialisten kaum noch realpolitisch relevant war, ihre Bereitschaft zur Aufarbeitung signalisierte.

Die zum Teil recht freundliche Politik der SPÖ gegenüber den „Ehemaligen“, wurde vor allem durch den politischen Rechtsruck möglich, den die Partei im Vergleich zur Ersten Republik durchmachte. Adolf Schärf, Oskar Helmer und zu Beginn auch Karl Renner stellten die Weichen für die Integration von Personal und Wählern mit NS-Vergangenheit. Mit moralisch teilweise höchst fragwürdigen Methoden engagierte sich vor allem Helmer für die „Ehemaligen“, während er sich in Fragen der Rückerstattung jüdischen Vermögens wie kein anderer querlegte. Man darf jedoch nicht übersehen, dass Schärf und Helmer mit ihrem Führungsstil die Basis für spätere Erfolge der Partei legten. Hätte man sich dagegen

verwehrt, ehemalige Nationalsozialisten in die eigenen Reihen aufzunehmen, hätte man wohl nur schwer eine derart große Rolle in der politischen Landschaft der Zweiten Republik spielen können, als dies letztlich der Fall war. Insofern muss man die Politik der SPÖ im Zusammenhang mit den „Ehemaligen“ als ausgesprochen erfolgreich bezeichnen. Ob dies als Rechtfertigung für die angewandten Strategien gesehen werden kann, ist eine andere Frage, die jeder für sich selbst beantworten muss.

7 Bibliographie

7.1 Bundes- und Staatsgesetzblätter

BGBI. Nr. 82/1957

StGBI. Nr. 3/1945

StGBI. Nr. 13/1945

StGBI. Nr. 198/1945

StGBI. Nr. 25/1947

7.2 Sitzungsprotokolle des österreichischen Nationalrats

76. Sitzg., 18.2.1948

28. Sitzg., 14.3.1957

76. Sitzg., 31.3.1965

7.3 Zeitungen und Zeitschriften

Arbeiter-Zeitung, 03.10.1945

Arbeiter-Zeitung, 24.07.1946

Arbeiter-Zeitung, 04.01.1948

Arbeiter-Zeitung, 27.06.1962

Arbeiter-Zeitung, 26.03.1965

Arbeiter-Zeitung, 27.03.1965

Arbeiter-Zeitung, 31.03.1965

Arbeiter-Zeitung, 03.04.1965

DÖW-Mitteilungen 195 (2010)

Justiz und Erinnerung, Nr.8/Okttober 2003

Neues Wiener Tagblatt, 3.4.1938

7.4 Monographien und Sammelbände

Martin van Amerongen, Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart, Graz 1977

Rudolf Ardel/Hans Hautmann (Hg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich, Wien 1990

Brigitte Bailer-Galanda, Die Entstehung der Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung. Die Republik Österreich und das in der NS-Zeit entzogene Vermögen, Wien 2003

Klaus Berchtold (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, Wien 1967

Peter Berger, Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, Wien 2008

Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/New York 1995

Günther Bischof/Anton Pelinka (Hg.), The Kreisky Era in Austria, New Jersey 1994

Taras Borodajkewycz, Wegmarken der Geschichte Österreichs, Wien 1972

Hellmut Butterweck, Verurteilt und begnadigt. Österreich und seine NS-Straftäter, Wien 2003

Arno Dusini/Lydia Miklautsch (Hg.), Vorlesung, Göttingen 2007

Hans Christian Egger, Die Exilpolitik der österreichischen Sozialdemokratie. Denkstrukturen, Strategien, Auswirkungen, Norderstedt 2004

Gertrude Enderle-Burcel (Hg.), Adolf Schärf. Tagebuchnotizen des Jahres 1955, Innsbruck 2008

Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jerabek/Leopold Kammerhofer (Hg.), Protokolle des Kabinettsrates der provisorischen Regierung Karl Renner 1945. Band 1 „...im eigenen Haus Ordnung schaffen“, Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945, Wien 1995

Josef Fiala, „Österreicher“ in den SS-Einsatzgruppen und SS-Brigaden. Die Tötungsaktionen in der Sowjetunion 1941-1942, Hamburg 2010

Jürgen Finger/Sven Keller/Andreas Wirsching (Hg.), Vom Recht zur Geschichte. Akten aus NS-Prozessen als Quellen der Zeitgeschichte, Göttingen 2009

Eberhard Gabriel/Wolfgang Neugebauer (Hg.), NS-Euthanasie in Wien, Wien/Köln/Weimar 2000

Eberhard Gabriel/Wolfgang Neugebauer (Hg.), Von der Zwangssterilisierung zur Ermordung. Zur Geschichte der NS-Euthanasie in Wien. Teil II, Wien/Köln/Weimar 2002

Peter Glaninger, Rassismus und Rechtsextremismus, Frankfurt 2009

Ernst Hanisch, Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938), Wien/Köln/Weimar 2011

Jaques Hannak, Karl Renner und seine Zeit, Wien 1965

Oskar Helmer, 50 Jahre erlebte Geschichte, Wien 1957²

Norbert Hölzl, Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 bis 1971, Wien 1974

Tim Kirk, Nazism and the working class in Austria. Industrial unrest and political dissent in the "national community", Cambridge 1996

Robert Knight (Hg.), „Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945-52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt 1988

Bruno Kreisky, Der Mensch im Mittelpunkt, hg. von Oliver Rathkolb/Johannes Kunz/Margit Schmidt, Wien 1996

Bruno Kreisky, Die Zeit in der wir leben. Betrachtungen zur internationalen Politik, Wien 1978

Robert Kriechbaum (Hg.), Die Ära Josef Klaus. Österreich in den „kurzen“ sechziger Jahren, Wien/Köln/Weimar 1998

Robert Kriechbaum (Hg.), Der Spiegel der Erinnerung - Die Sicht von innen. Österreichische Nationalgeschichte nach 1945, Wien/Köln/Weimar 1998

Robert Kriechbaum, Zeitenwende. Die SPÖ-FPÖ Koalition 1983-1987 in der historischen Analyse, aus der Sicht der politischen Akteure und in Karikaturen von Ironimus, Wien/Köln/Weimar 2008

Inez Kykal/Karl Stadler, Richard Bernaschek. Odysee eines Rebellen, Wien 1976

Norbert Leser, Grenzgänger. Österreichische Geistesgeschichte in Totenbeschwörungen. Band II, Himberg 1982

Norbert Leser, Spezialdemokratie Österreich. Analysen und Perspektiven, Wien/München 2002

Helene Maimann (Hg.), Die ersten 100 Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888-1988, Wien 1988

Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien 2005

Wolfgang Neugebauer, Der österreichische Widerstand 1938-1945, Wien 2008

Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005

Peter Pelinka/Gerhard Steger (Hg.), Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, Wien 1988

Wolfgang Petritsch, Bruno Kreisky. Die Biographie, St. Pölten/Salzburg 2010³

Hella Pick, Simon Wiesenthal. Eine Biographie, Hamburg 1997

Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005, Wien 2005

Karl Renner, Die Gründung der Republik Deutschösterreich, der Anschluß und die Sudentendeutschen, hg. von Eduard Rabovsky, Wien 1990 I-II von Eduard Rabovsky, Wien 1990

Martin Scheutz/Vlasta Valeš, Wien und seine WienerInnen. Ein historischer Streifzug durch Wien über die Jahrhunderte, Wien/Köln/Weimar 2008

Christian Schwendinger, Kriegspropaganda in der Habsburgermonarchie zur Zeit des Ersten Weltkriegs. Eine Analyse anhand fünf ausgewählter Zeitungen, Hamburg 2011

Tom Šegev, Simon Wiesenthal. Die Biographie, München 2010

Karl Stadler, Adolf Schärf, Mensch, Politiker, Staatsmann, Wien 1982

Rodney Stiefbold/Arlette Leupold-Löwenthal/Georg Ress/Walther Lichem/Dwayne Marvick, Wahlen und Parteien in Österreich. Band 3, Wien 1966

Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981

Wilhelm Svoboda, Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern, Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur, Wien/Köln/Weimar 1993

Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung (Hg.), Die Wahlen in den Bundesländern seit 1945. Nationalrat und Landtage, Mistelbach 1986

Karl Vocelka, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik, München 2009⁵

Thomas Vormbaum (Hg.), Juristische Zeitgeschichte. Jahrbuch Band 8, Berlin 2007

Tina Walzer/Stephan Templ, Unser Wien. Arisierung auf Österreichisch, Berlin 2001

Heinz Wassermann (Hg.), Antisemitismus in Österreich nach 1945. Ergebnisse, Positionen und Perspektiven der Forschung, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2002

Fritz Weber, Der Kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945-1950, Wien 1986

Simon Wiesenthal, Recht, nicht Rache, Frankfurt/Berlin 1988

Maria Wirth, Christian Broda. Eine politische Biographie, Wien 2011

Erich Zöllner, Geschichte Österreichs, Wien 1990⁸

7.5 Bilder

Österreichische Nationalbibliothek, Plakatarchiv Austria

Abstract

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit verschiedenen Ebenen des Umgangs der SPÖ mit den ehemaligen Nationalsozialisten. Einerseits stellt sich die Frage, inwieweit die Sozialdemokratie in diesen Menschen potentielle Wähler sah. Im Bezug darauf sind entsprechende Botschaften an Nationalsozialisten, beispielsweise in Reden von offiziellen Parteivertretern oder auf Wahlplakaten, von besonderem Interesse. Andererseits bezieht sich der Terminus des „Umgangs“ in diesem Fall auch auf Vorschläge der SPÖ für gesetzliche Vorgehensweisen im Zusammenhang mit der NS-Zeit, wobei dieser Aspekt nur eine unterordnete Rolle in der vorliegenden Arbeit spielt. Vor allem die Signale, die mit diversen Maßnahmen an die Bevölkerung gesendet werden sollten beziehungsweise wurden, sind daher von Bedeutung, während die Details der gesetzlichen Bestimmungen, sofern nicht im Bezug auf eine andere Fragestellung relevant, ausgeklammert werden.

Besondere Aufmerksamkeit erhält auch die Frage der Integration ehemaliger Nationalsozialisten in die Reihen des Personals der Sozialdemokraten. In diesem Zusammenhang ist besonders die Ära Kreisky von Interesse, da gleich mehrere Minister in den entsprechenden Regierungsmannschaften der SPÖ Mitglieder diverser nationalsozialistischer Organisationen gewesen waren. Auch die Reaktionen der Sozialdemokraten auf die Kritik Simon Wiesenthals anlässlich dieses Umstandes, aber auch in der Causa Friedrich Peter, spielen in der vorliegenden Arbeit eine wichtige Rolle. Vor allem ist aber zu klären, welche Mechanismen überhaupt bei der Integration von Nationalsozialisten in die eigene Partei zu tragen kamen, und wer letztlich die entsprechenden Entscheidungen traf. Hierbei gilt es auch die wichtige Funktion des BSA in diesem Prozess zu beleuchten. Auch die angeschlagene Personalsituation der SPÖ zu Beginn der Zweiten Republik, und die intellektuelle Ausdünnung der Partei, durch die Verfolgung und das Verbot der Sozialdemokratie während der Zeiten der austrofaschistischen und der nationalsozialistischen Diktatur in Österreich sind Teil der Betrachtung. Anhand ausgewählter Biographien soll jedoch auch deutlich gemacht werden, dass nicht nur in den Reihen der Opfer, sondern auch bei den Tätern, zahlreiche ehemalige beziehungsweise künftige sozialistische Spitzenfunktionäre vertreten waren.

Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Name:	Gernot Karl
Geburtsort:	Wien
Geburtsdatum:	25. September 1986
Staatsbürgerschaft:	Österreich
Familienstand:	ledig

Schulbildung und Studium

1993-1997	Volksschule Münnichplatz, 1110 Wien
1997	Eintritt ins Bundesrealgymnasium Geringergasse, 1110 Wien
1999	Wahl der Schulform Realgymnasium am Bundesrealgymnasium Geringergasse
2005	Matura am Bundesrealgymnasium Geringergasse
SS 2006	Beginn des Lehramtsstudiums Mathematik und Geschichte an der Universität Wien

Sonstige Tätigkeiten

Mai 1999	Teilnahme am Seminar „Kommunikation und Bewegung“ in Fladnitz
April 2003	Teilnahme am Workshop „Kommunikation“ am Bundesrealgymnasium Geringergasse
September 2003	Teilnahme am Workshop „Präsentation“ am Bundesrealgymnasium Geringergasse
Mai 2004	Absolvierung des „Intermediate Course (Higher) in English“ am „Department of Education & Science“ in Irland
Juli 2005 – März 2006	Absolvierung des Präsenzdienstes
seit 2006	diverse Nachhilfetätigkeiten in Mathematik